ISSN: 1865-9632

lotta-magazin.de

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

85
Winter
2021/2022

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

OST-DEUTSCHLAND RECHTS AUßEN?!

Entwicklung und Erfolgsbedingungen der extremen Rechten zwischen Ostsee und Sächsischer Schweiz

Außerdem: Der Koalitionsvertrag der Ampel + Fredy Hirsch – Ein jüdischer Sportlehrer aus Aachen + Das Drama an Polens Grenze

Editorial

Liebe Leser*innen,

Anfang November 2011, vor über zehn Jahren, enttarnte sich der rechtsterroristische *Nationalsozialistische Untergrund* selbst. Bis heute ist die Aufarbeitung der vom NSU begangenen Taten noch lange nicht abgeschlossen. Erschwert wird diese durch das Schreddern und Wegschließen von Akten und durch die Festlegung der Bundesanwaltschaft auf ein Trio. Auch die Bestätigung des milden Urteils für den NSU-Helfer André Eminger durch den Bundesgerichtshof Mitte Dezember 2021 geht auf diese Bewertung zurück. Wir möchten an dieser Stelle antifaschistischen Initiativen wie *NSU-Watch* für ihre kontinuierliche Aufklärungsarbeit danken.
Hoffnungen auf ein Ende der Corona-Pandemie haben sich auch 2021 nicht erfüllt. Die gesundheitlichen, sozialen und politischen Folgen sind fatal und ihre langzeitigen Entwicklungen noch nicht abzusehen. Die in unserer Ausgabe #81 im Schwerpunkt behandelten Proteste von Leugner*innen der Pandemie haben sich in Deutschland in den letzten Wochen intensiviert und radikalisiert. Insbesondere der Glaube an antisemitische Verschwörungserzählungen und die zunehmende Propagierung eines gesellschaftlichen „Endzustands" machen sie zur Gefahr. In Teilen werden sie sogar von extrem Rechten angeführt, an den allermeisten sind extrem Rechte beteiligt. Und: Die Pandemie verdeckt viele weitere Entwicklungen. Als ab Sommer 2021 Geflüchtete aufgrund nicht vorhandener legaler Möglichkeiten versuchten, über Belarus nach Polen, also in die EU zu gelangen, reagierten die deutsche Regierung und Teile der Presse mit einer Kriegsrhetorik und zeigten Desinteresse am Schicksal der Menschen. Ignoranz prägte auch die Reaktionen auf ein Schiffsunglück im Ärmelkanal, bei dem mindestens 27 Geflüchtete starben.
Siehe hierzu den aktuellen Artikel von Sascha Zinflou auf lotta-magazin.de.
In NRW wurde am 15. Dezember das neue Versammlungsgesetz im Landtag verabschiedet. Dem waren große und ausdauernde Proteste von Gewerkschaften, Fußball-Fans und sozialen Bewegungen vorausgegangen. Unter anderem werden Blockaden neonazistischer Aufmärsche mit dem Gesetz faktisch illegalisiert.
Am 19. Februar 2022 jährt sich zum zweiten Mal der rechtsterroristische Anschlag in Hanau. Den Opfern Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu möchten wir gedenken.

Die LOTTA-Redaktion

Vielen Dank an alle, die etwas zu dieser Ausgabe beigetragen haben.

Deadline für diese Ausgabe war der 10. Januar 2022. Erscheinungsdatum ist der 31. Januar 2022. Die nächste Ausgabe #86 wird am 25. April 2022 erscheinen.

Erratum

Leider hat sich in die letzte LOTTA-Ausgabe #84 ein inhaltlicher Fehler eingeschlichen. Im Artikel zum „Gruppe S"-Prozess in Stuttgart ist im Übergang von Seite 22 auf Seite 23 und danach die Rede davon, dass der Angeklagte Thomas N. im Dezember 2019 den Angeklagten Marcel W. für die Chatgruppe „Heimat" der „Gruppe S" rekrutiert hätte. Das ist falsch, Marcel W. aus Pfaffenhofen an der Ilm gehörte zu diesem Zeitpunkt der Gruppe längst an. Stattdessen telefonierte Thomas N. mit einem Bekannten, einem Marcel W. aus Bodenwerder, der aber trotz der Bemühungen von N. nicht zur „Gruppe S" stieß. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Liebe LOTTA-Abonnent*innen,
wir haben zwei Bitten an euch. Zum einem fänden wir es traumhaft, wenn ihr kurz Bescheid sagen würdet, wenn ihr umzieht. Es kommen von jeder verschickten Ausgabe um die 20 Sendungen zurück, was Arbeitszeit (neue Adressen anfragen und erneut verschicken) und auch Geld kostet. Nicht gut! Womit wir bereits beim zweiten Punkt wären. Vielen Sendungen mit dieser LOTTA-Ausgabe liegen Rechnungen bei, teilweise auch Zahlungserinnerungen. Weitere Rechnungen verschicken wir per E-Mail. Ihr ahnt, worum es gehen könnte. Genau: bitte zeitnah bezahlen oder — wenn es mal gar nicht gehen sollte: Kontaktiert uns bitte via **lotta-vertrieb@nadir.org**, um eine Absprache zu treffen. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Aufstand der Anständigen 2.0? ..... Seite 4
Der Koalitionsvertrag der Ampel

Schwerpunkt

Ostdeutschland rechtsaußen?! ..... Seite 6
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Brauner Osten? ..... Seite 7
Warum die extreme Rechte in Ostdeutschland
eine höhere politische Wirksamkeit als im Westen entfaltet

„Die Volkssubstanz bewahren“ ..... Seite 11
Die „Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland“

Wunsch und Wirklichkeit einer Bewegungspartei ..... Seite 14
Entwicklung, Erfolgsbedingungen
und Grenzen der AfD im Osten

„Wir dürfen die Genoss*innen im ostdeutschen Land nicht alleine lassen.“ ..... Seite 18
Im Gespräch mit dem Netzwerk „Polylux“

Extreme Rechte

„Damals wie heute“ ..... Seite 21
Kirtorf und seine Nazis

Anhaltende Unschärfe im Gesamtbild ..... Seite 24
Die rechtsterroristische „Gruppe S“ vor Gericht — Teil III

„Keine Rechtsrock-BRAVO“ ..... Seite 26
Das Projekt „Rock Hate“

Alternder Welterklärer ..... Seite 28
Der umtriebige Neonazi Günther Kümel

RechtsRock, Drogenhandel, Geldwäsche ..... Seite 30
Das kriminelle Netzwerk der Thüringer „Turonen“

Kurzmeldungen ..... Seite 33
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Unter freiem Himmel ..... Seite 38
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2021

International

Die Orbánisierung Sloweniens ..... Seite 39
Ministerpräsident Janez Janša verschiebt das Land politisch nach rechts

Geschichte / Geschichtspolitik

Fredy Hirsch ..... Seite 43
Ein jüdischer Sportlehrer aus Aachen
und die Rettung der Kinder von Theresienstadt

„Der Beginn der ‚Endlösung‘“ ..... Seite 47
Das Vernichtungslager Kulmhof in Chełmno

Hintergrund

Gramscis Hegemoniebegriff ..... Seite 51
Ein analytisches Werkzeug für rechte Theorie?

(Anti)Rassismus

Das Drama an Polens Grenze ..... Seite 55
Europas Abschied vom Asylrecht

Rezensionen

Faschisierung des Subjekts / Auf den Spuren von Julius Hirsch / Rote Bergsteiger ..... Seite 61

Foto: Olaf Kosinsky

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will bis Ostern einen „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ auf den Weg bringen.

Von Carl Kinsky

Aufstand der Anständigen 2.0?

Der Koalitionsvertrag der Ampel

Die geplanten Reformen der neuen Koalition dürften das Leben in Deutschland in mancherlei Hinsicht etwas angenehmer machen. Schön wird es dadurch noch lange nicht.

Mit dem Ende der Großen Koalition und der Kanzlerinnenschaft **Angela Merkel**s schließt eine Regierungsperiode ab, der man kaum hinterhertrauern kann. Exemplarisch für diese Ära steht etwa die Abschottung Europas vor Asylsuchenden, eine Konzept- und Tatenlosigkeit angesichts steigender rechter Gewalt oder das systematische Negieren struktureller Demokratiedefizite bei Polizei- und Verfassungsschutzbehörden — um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die neugewählte Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP versucht sich nun als progressive „Reformregierung“ zu positionieren.

Eine neue Innenpolitik?

Die Vorstellungsrede der neuen Bundesinnenministerin, der hessischen SPD-Politikerin **Nancy Faeser**, ließ viele aufhorchen. Nicht nur weil sie als erste Frau dieses Amt ausführt, sondern weil sie im Gegensatz zu ihrem rechtspopulistischen Vorgänger **Horst Seehofer**, der sich gerne Autokraten wie **Viktor Orbán** anbiederte und sich vor allem durch das Schüren rassistischer Ressentiments in Szene setzte, den „Kampf gegen Rechtsextremismus“ als ihr Kernanliegen benannt hat. Auch im Koalitionsvertrag wird die extreme Rechte als „größte Bedrohung“ der Demokratie ausgemacht. In den letzten 20 Jahren wurde diese vor allem bei islamistischen Bewegungen verortet. Welche Maßnahmen aber konkret ergriffen werden sollen, bleibt offen. Diese Verlautbarungen erinnern an den vom damaligen Kanzler **Gerhard Schröder** (SPD) beschworenen „Aufstand der Anständigen“ gegen rechte Gewalt im Jahr 2000, auf den allerdings keine nachhaltige Politik folgte. Stattdessen ignorierten Sicherheitsbehörden rechte Terrornetzwerke wie den NSU und drangsalierten die Familien der Opfer als

vermeintliche Kriminelle. Damals sprachen viele Medien von einer „Türken-Mafia", die für die Morde des NSU verantwortlich wäre. Heute würde man den rassistischen Begriff „Clankriminalität" bevorzugen.

Die Polizei bleibt Teil des Problems

Ein nennenswertes Versprechen der Koalitionär_innen ist die Erfassung von „Hasskriminalität" gegen Frauen und queere Menschen in Kriminalitätsstatistiken, was eine bessere Datengrundlage zur weiteren Problematisierung patriarchaler Gewaltverhältnisse böte. Versprochen wird auch die verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und eine Strategie gegen Gewalt an Frauen, die Betroffenenrechte in den Mittelpunkt stellt. Inwiefern aber Polizeibeamt_innen über die nötige Ausbildung verfügen werden, um Betroffene adäquat zu betreuen und gegen sie begangene Straftaten zu verfolgen, bleibt fraglich. Denn fünf Jahre nach der Verschärfung des Sexualstrafrechts fühlen sich Polizei und Justizbehörden weiterhin häufig nicht dazu bemüßigt, Anzeigen wegen Sexualstraftaten aufzunehmen, geschweige denn Ermittlungen.
Eine größere Reform zu Abtreibungsrechten wird es mit der neuen Koalition nicht geben. Allerdings soll das Werbebeziehungsweise Informationsverbot zu Schwangerschaftsabbrüchen aufgehoben und deren Durchführung Teil der medizinischen Ausbildung werden.
Im Koalitionsvertrag wird zudem eine Kennzeichnungspflicht für (Bundes-)Polizeibeamt*innen und die stärkere Unterrichtung in demokratischen Werten während der Ausbildung versprochen. Eine ausreichende Antwort auf verstärkte Kritik an rechten Strukturen in allen Sicherheitsbehörden und (rassistischer) Polizeigewalt ist das mitnichten. Die Koalitionär_innen machen sich stattdessen weiterhin für Sicherheitspolitik unter dem Codewort „Clankriminalität" stark und benennen es als Schwerpunkt ihrer Kriminalitätspolitik. Dieses Kalkül dürfte aufgehen, denn kaum eine andere rassistische Erzählung findet so breite Akzeptanz innerhalb der Bundesrepublik. Dass Polizeibehörden mit stark aufgebauschten und irreführenden Zahlen arbeiten, interessiert dabei nicht. Die damit einhergehende Kriminalisierung von Shishabars bereitete mit das Fundament für den rassistischen Massenmord in Hanau im Februar 2020. Das Versprechen einer „diversitätsorientierten Stellenbesetzungsoffensive" wird bei dieser Schwerpunktsetzung nichts an bestehenden rassistischen Einstellungen und Strukturen bei der Polizei verändern. Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU hat sich an deren Arbeitsweise nichts verändert. Die neue Innenministerin Faeser hat sich als Politikerin bisher stets unkritisch gegenüber strukturellen Problemen bei der Polizei gegeben und ist selbst Mitglied im Arbeitskreis *Sozialdemokraten in der Polizei*.

Eine Prise (Staats-)Bürgerrechte

Ein wichtiges Bekenntnis der neuen Regierung ist die Förderung der Bürgerrechte von queeren Menschen und trans Personen. So wird nicht nur ein „Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" etwa durch die Förderung von Bildungsprogrammen an Schulen versprochen, sondern auch ein Ende der staatlichen Gängelung von trans Personen. Das aktuelle „Transsexuellengesetz" soll durch ein „Selbstbestimmungsgesetz" ersetzt und die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen werden. Zudem soll es einen Entschädigungsfonds für trans und inter Personen, die Opfer von bisher gesetzlich erlaubten Körperverletzungen oder Zwangsscheidungen sind, geben. Das Blutspendeverbot für Homosexuelle und trans Personen soll endlich abgeschafft werden.
Im Kontrast zum abstammungsbasierten Staatsbürgerverständnis der CDU trägt die neue Regierung der demographischen Realität in der Bundesrepublik endlich Rechnung und verspricht eine Reform des Einwanderungs- und Staatsbürgerrechts. Neben der Akzeptanz von Mehrfachstaatsangehörigkeiten wird auch ein schnellerer Zugang zu Niederlassungserlaubnissen und Einbürgerung nach drei bis fünf Jahren angestrebt. Auch die Vergabe von Aufenthaltsvisa soll ausgeweitet werden. Diese längst überfälligen Reformen könnten vielen helfen, die in diesem Land seit vielen Jahren ohne klare Aufenthaltsperspektive leben müssen.

Flucht und Asyl

Positiv hervorzuheben ist die vorgesehene Aufhebung des Arbeitsverbots für Menschen mit laufenden Asylverfahren, denen hierdurch endlich durch legale Anstellungsverhältnisse eine Lebensperspektive eröffnet wird. Aufhorchen lässt aber auch die Ankündigung „irreguläre Migration wirksam reduzieren" und „Schleuserkriminalität" bekämpfen zu wollen, während man sich gleichzeitig nicht durch die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen „erpressbar" machen wolle. Trotz des unkonkreten Versprechens, die Aufnahme von Geflüchteten auf europäischer Ebene regeln zu wollen, scheint die neue Regierung die bisherige Abschottungspolitik der Großen Koalition gegen Schutzsuchende fortzusetzen. Das Bekenntnis zum Prinzip der Seenotrettung ist erfreulich, allerdings wird hier nur zu einem der ältesten Grundsätze der Seefahrt zurückgekehrt: andere nicht ertrinken zu lassen. Eine humanitäre Asylpolitik sähe anders aus.

Von Britta Kremers

Ostdeutschland rechtsaußen?!

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Bei der Betrachtung des öffentlichen und politischen Diskurses über „Rechtsextremismus“ dauert es nicht lange, bei dem Klischee zu landen, dieser sei doch vornehmlich ein „ostdeutsches“ Problem. Gerade in den 1990er Jahren waren die Bilder von Gewaltexzessen wie in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda medial omnipräsent. Auch die Herausbildung einer gewaltbereiten neonazistischen Szene nach der Wiedervereinigung sorgte in vielen Regionen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR für ein Klima der Angst, was in den letzten Jahren unter dem Namen „Baseballschlägerjahre“ von Betroffenen eindrücklich beschrieben wurde.

Spätestens nach den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau, Freital oder Chemnitz, mit der Entstehung von PEGIDA sowie den Wahlerfolgen der AfD mit dezidiert völkisch-nationalistischen Landesverbänden in Thüringen und Sachsen zieht sich eine erneute Debatte um die Spezifika der extremen Rechten in „Ostdeutschland“ durch die letzten Jahre.

Auch innerhalb der extremen Rechten wird eine Diskussion geführt, ob westdeutsche „multikulturelle“ Großstädte „verloren“ seien und ob man sich im Osten oder vielmehr in „Mitteldeutschland“ ansiedeln solle. Dabei wird eine Art Sehnsuchtsort vom Osten als das „deutschere Deutschland“ gezeichnet. Projekte wie die neonazistische *Initiative Zusammenrücken* sind ein Ausdruck dieser Entwicklung

Gibt es „den Osten“ überhaupt oder bedarf es nicht vielmehr eines differenzierteren Blickes auf Entwicklungen in ländlichen und urbanen Räumen zwischen Ostsee und Sächsischer Schweiz? In dem vorliegenden Schwerpunkt wollen wir nach den Bedingungen fragen, auf denen der „Erfolg“ der Rechten im Osten gründet. Dabei geht es nicht um die altbekannte „westdeutsche Entlastungsstrategie“ einer Verlagerung des Problems „Rechtsextremismus“. Vielmehr möchten wir antifaschistischen Perspektiven und Stimmen aus dem Osten dabei einen Raum geben.

Im Opener des Schwerpunktes gibt **Marcel Hartwig** einen Überblick über die Entwicklung und Wirksamkeit der extremen Rechten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ..... Seite 7

In Mittelsachsen hat sich in den vergangenen Jahren ein Netzwerk völkischer Neonazi-Familien angesiedelt. Die dahinter liegende Strategie und Struktur der „Initiative Zusammenrücken“ beleuchtet **Johannes Grunert** ..... Seite 11

Sebastian Friedrich und **Volkmar Wölk** skizzieren die Entwicklung, Erfolgsbedingungen und Grenzen der AfD im Osten..... Seite 14

Mit zwei Vertreter*innen des **Netzwerk Polylux** hat Johannes Hartwig über den Support und die Herausforderungen antifaschistischer Arbeit in Ostdeutschland gesprochen ..... Seite 18

Foto: Johannes Grunert

Von Marcel Hartwig

Brauner Osten?

Warum die extreme Rechte in Ostdeutschland eine höhere politische Wirksamkeit als im Westen entfaltet

Hohe Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Thüringen, erfolgreiche rassistische Mobilisierungen gegen Geflüchtete, PEGIDA, die schweren Gewalttaten und Pogrome von Neonazis in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, die Omnipräsenz einer rechten Jugendkultur in den 1990ern mit Schwerpunkt in der ehemaligen DDR und die aktuelle Etablierung neonazistischer Strukturen und Leuchtturmprojekte in diesem Bereich. All das sorgte und sorgt dafür, dass die extreme Rechte seit Jahren als ein „Ostproblem" gesehen wird. Wo und warum konnte und kann die extreme Rechte in Ostdeutschland eine höhere politische Wirksamkeit als im Westen entfalten? Wie valide ist die These vom „Ostproblem"? Oder geht es hier eher um Entlastung für „den Westen"?

Michael Kühnen war begeistert. Anfang Januar 1990, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer, war er auf Erkundungstour durch die im Zerfall befindliche DDR. Im thüringischen Mühlhausen und in Dresden traf Kühnen mit Kameraden aus dem Osten zusammen und stellte die soeben in der DDR durchgesetzte Versammlungsfreiheit auf die Probe. Bereitwillig bahnten die Volkspolizisten dem Neonazi aus dem Westen und seinen KameradInnen den Weg durch die Dresdner Innenstadt, während sie „Sieg heil" und „Deutschland erwache" riefen.
In der Folgezeit traten Neonazis auf den Montagsdemonstrationen auf und warben dort um Anhängerschaft. Doch der Versuch, das auf dem Gebiet der DDR vorhandene Potential (partei)-politisch in den Wirren des Umbruchs im Osten zu organisieren, scheiterte zunächst.

Extrem rechte Jugendkultur und militanter Neonazismus

Nicht Parteien prägten das Bild der extremen Rechten in Ostdeutschland in den Jahren nach der Wiedervereinigung, sondern rassistische Gewaltexzesse bis dahin nicht gekannten Ausmaßes. Bis Mitte der 1990er Jahre etablierte sich in

Ostdeutschland eine rechte Jugendkultur, die über Gewalt und Dominanz auf der Straße eine zeitweilige Hegemonie ausübte. Es waren westdeutsche Strukturen, wie die Label *Rock-O-Rama* aus Köln oder *Funny Sounds* aus Düsseldorf, welche die Tonträger mit dem Soundtrack des Neonazismus lieferten. Schnell jedoch bildeten sich lokale Szenen in nahezu allen Orten der ehemaligen DDR. Bands gründeten sich, Konzerte wurden veranstaltet. Es entwickelte sich gerade im Osten eine omnipräsente Lebenswelt, in der zehntausende junge Menschen sozialisiert wurden — Nationalismus, Rassismus und ein positives Bild des Nationalsozialismus inklusive. Dass heute ein Großteil der Label des RechtsRock in Sachsen, Brandenburg und vor allem in Thüringen ansässig sind, ist Ausdruck dieser Entwicklung. Die meisten der Betreibenden entstammen der Alterskohorte jener, die in den 1990er Jahren in der extremen Rechten politisiert wurden. Dabei kam die Netzwerkstruktur, in die die Akteure sich einbringen konnten, der Organisationsskepsis auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entgegen. Der Übergang zwischen neonazistischer Jugendkultur und militantem Neonazismus war fließend. Und auch die pogromartigen rassistischen Angriffe von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen bedurften keiner straffen Organisation durch neonazistische Kader. Sie fußten auf der Dynamik rassistischer Einstellungen und Stimmungslagen der Zeit. Erst in der Folge des Aufstiegs einer extrem rechten Jugendkultur, ihrer Verankerung und der damit einhergehenden Gewalttaten etablierte sich in den 1990er Jahren mit der NPD in Ostdeutschland erstmals eine extrem rechte Partei auch parlamentarisch.

Ende der 1980er Jahre hatte sich in der DDR eine informelle neonazistische Szene gebildet, die erstmals in der Nachkriegszeit offensiv und gewalttätig auftrat. Der Tabubruch bestand darin, dass es in der ihrem Selbstverständnis nach antifaschistischen DDR offiziell keine Erscheinungsformen des Neonazismus geben durfte. Den Mangel an legalen organisierten Strukturen wusste die rechte Szene durch extreme Gewaltbereitschaft und eine Strategie der Raumnahme auf der Straße auszugleichen. Das bis zur Mitte der 90er Jahre reichende Fehlen eines staatlichen Gewaltmonopols gab rechten GewalttäterInnen einen Freiraum, von dessen Existenz sie bis heute profitieren. Diese Gewaltbereitschaft und die Fähigkeit zur Mobilisierung auf der Straße bilden eine Kontinuität der extremen Rechten im Osten. Die politisch wirksame Ausübung kollektiver rechter Gewalt reicht von Hoyerswerda 1991 bis zu den Ereignissen in Chemnitz 2018.

Mentalitätsgeschichtlicher Hintergrund

Die extreme Rechte im Osten agiert seit der Wiedervereinigung erkennbar vor einem anderen zeit- und mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund als in Westdeutschland. Die Jahre der gesellschaftlichen Transformation Ostdeutschlands brachten für das Leben der Menschen im Osten umfassende kollektive und biografisch wirksame Umbrüche in allen Bereichen des Lebens mit sich, von der Berufsausübung bis zum Mietvertrag. Alle nur denkbaren Parameter des Lebens änderten sich grundsätzlich innerhalb weniger Monate. Bisherige Lebensentwürfe und die Werteordnung der Gesellschaft wandelten sich.

In der ideologischen Reflexion ostdeutscher Gesellschaft als politischem Ort spielen zudem Faktoren wie der in Ostdeutschland geringere Anteil von Migrant*innen an der Bevölkerung, die weitgehende Abwesenheit einer Amerikanisierung der Kultur nach dem Krieg und die Fortexistenz eines spezifischen

Kontinuität rassistischer Mobilisierungen von Hoyerswerda 1991 bis Freital 2015.

deutschen Nationalismus' in der DDR eine zentrale Rolle. Die frühere DDR und das heutige Ostdeutschland sind in vielerlei Hinsicht stärker von deutschen Traditionen in der Gesellschaft geprägt als der Westen. Dies fand nicht nur in der offiziellen Kulturpolitik der DDR Ausdruck, sondern auch in der Fortschreibung deutscher/ preußischer Mentalitätsbestände in der Alltagskultur. Disziplin, (Unter)Ordnung und Autoritätshörigkeit standen in der DDR etwa in der Schule mindestens ebenso hoch im Kurs wie die Erziehung zum Sozialismus. Die Mehrheit der ostdeutschen Gesellschaft grenzte sich kulturell und politisch deutlich von der sowjetischen Besatzungsmacht, der offiziell propagierten Freundschaft zur Sowjetunion und ihrer Einflussnahme auf die Alltagskultur des Landes ab. Eine Pluralisierung gesellschaftlicher Konventionen im Sinne einer kulturellen Öffnung, wie im Westen ab Mitte der 1960er Jahre vollzogen, wurde in der DDR nach 1966 bzw. 1968 rabiat von oben abgebrochen. Autoritäre Unduldsamkeit gegenüber Formen kultureller Abweichung war bis in die 1980er Jahre prägend. Dies spiegelt sich seit langem in den Ergebnissen der Einstellungsforschung wider. Regelmäßig erzielen autoritäre, regressive und rassistische Einstellungsmuster in Ostdeutschland evident höhere Zustimmungswerte als im Westen. In der Praxis schlägt sich dies in einem Klima der Unduldsamkeit und Intoleranz gegenüber Migrant*innen und Menschen mit von den ostdeutschen Normalitätsvorstellungen abweichenden Lebensformen nieder. Als eine Erklärung für die im Osten höheren Zustimmungswerte zu rechten und extrem rechten Items dienten nicht die realen Lebensbedingungen in der DDR, sondern ideologisch aufgeladene Erklärungen, die den Staat der DDR auf allen Ebenen diskreditieren sollten. **Christian Pfeiffer**, Kriminologe aus Hannover, behauptete, die extrem rechten Orientierungen der ehemaligen DDR-Bürger*innen lägen darin begründet, dass diese in den Kinderkrippen als Kleinkinder nebeneinander auf dem Topf saßen. So seien autoritäre Denkstrukturen entstanden, ein individueller freier Geist wie im Westen habe sich so nicht entwickeln können. Obwohl solche unterkomplexen Erklärungen große Popularität genossen, sind sie sozialwissenschaftlich nicht haltbar.

Politische Handlungsspielräume

Ob **Björn Höcke** oder **Götz Kubitschek** — auffällig viele führende Protagonisten der in Ostdeutschland erfolgreich agierenden extremen Rechten kommen aus dem Westen. Im Osten fanden sie, was ihnen im Westen versagt blieb: politische Handlungsspielräume und Gehör in der Gesellschaft.

Ein Grund für den Erfolg der extremen Rechten in Ostdeutschland liegt darin, dass die geringere Bindekraft des als westdeutsch wahrgenommenen politischen Systems gesellschaftspolitisch leere Räume schafft, die die extreme Rechte besetzt. Wo es bedingt durch Abwanderung und Strukturschwäche an soziokultureller Infrastruktur mangelt, Teile des öffentlichen Lebens zum Erliegen kommen, ebendort erlangt einen Bedeutungszuwachs, wer sinnstiftende Angebote unterbreitet und an Mentalitäten und Traditionen anknüpfen kann.

Zudem bieten verhältnismäßig günstige Immobilienpreise extrem rechten ProtagonistInnen in ländlichen Regionen des Ostens umfassende Entfaltungsmöglichkeiten, fernab einer kritischen Öffentlichkeit oder antifaschistischer Intervention. Bürgermeister*innen kleiner ostdeutscher Gemeinden sind froh, wenn der leerstehende Gasthof des Ortes an Menschen geht, die diesen wieder aufbauen und sich zudem willig in die Dorfgemeinschaft im Dreieck zwischen Feuerwehr, Heimatverein und der Mitwirkung am Osterfeuer einfügen. Dass es sich dabei um Neonazis oder andere extrem rechte ProtagonistInnen handelt, spielt so lange keine Rolle wie sich diese adäquat zum dörflichen oder kleinstädtischen Sozialraum verhalten. Umgekehrt achten extrem rechte Strukturen in der Regel sehr genau darauf, in ihrem unmittelbaren Umfeld nicht negativ aufzufallen. So gelang es neonazistischen Organisationen bereits in den frühen 90ern, im Osten Immobilien zu nutzen und um diese herum Szenen zu etablieren. Beispielhaft seien hier nur der *Nationale Jugendblock* in Zittau oder das „Haus Montag" in Pirna benannt.

Westdeutsche Importware

Die Präsenz aus dem Westen stammender Kader führte zu dem in der Ostdeutschland-Debatte wiederkehrenden Vorwurf, der ostdeutsche Rechtsextremismus sei im Kern westdeutsche Importware. Diese Argumentation wird gern zur Entlastung der Verantwortung der Ostdeutschen für extrem rechte Erfolge im Osten herangezogen. Das Argument, eigentlich sei die Entwicklung der extremen Rechten von Wessis gesteuert, reicht bis in die Zeit der DDR zurück, deren Propaganda verkündet hatte, die Ursache für das Erstarken einer neonazistischen Skinhead-Szene sei im Westen zu suchen. Es ist zutreffend, dass es zahlreiche extrem rechte Führungspersonen in Ostdeutschland gibt, die im Westen sozialisiert wurden. Doch den gesellschaftlichen Resonanzraum und eine Anhängerschaft für ihre rechten Inhalte finden sie unter Ostdeutschen. Zudem ignoriert diese Argumentation die zahlreichen Akteure der extremen Rechten, die in der DDR aufwuchsen, dann nach der „Wende" auf dem Gebiet der ehemaligen DDR blieben und heute wichtige Bereiche der extremen Rechten, wie bei-

spielsweise den Markt extrem rechter Musik, prägen.

Die Bereitschaft der Ostdeutschen, sich selbstkritisch mit der Kontinuität der extremen Rechten zwischen Erzgebirge und Ostsee zu beschäftigen, ist nicht gerade ausgeprägt. Dies musste im Frühjahr 2021 der Ostbeauftragte der damaligen Bundesregierung, **Marco Wanderwitz** (CDU), erfahren, als er im politischen Raum aussprach, was gesicherte sozialwissenschaftliche Erkenntnis ist: extrem rechte Einstellungen und Verhaltensweisen stoßen in Ostdeutschland nicht auf gesellschaftliche Ächtung, sondern unter dem Schutzschirm der Meinungsfreiheit auf Akzeptanz und Normalisierung. Dass die extreme Rechte und ihre politische Praxis in Ostdeutschland über drei Jahrzehnte verharmlost, kleingeredet und geduldet wurde, stattete sie mit jenem Selbstbewusstsein aus, mit welchem sie heute in Gestalt etwa der *Freien Sachsen* im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen auftritt. Die sächsische Landespolitik hat es über Jahrzehnte versäumt, dem rechten Block in der Gesellschaft Grenzen zu setzen. Das dominante Auftreten der extremen Rechten gerade in Sachsen hat seine Quelle im Zusammenspiel einer systematischen Verharmlosung der extremen Rechten durch die seit 30 Jahren dort regierende CDU und die von ihren Gefolgsleuten besetzte Verwaltung und Polizei.

Ost ist nicht gleich Ost

Der Osten ist kein monolithischer Block. Es gibt mit Leipzig, Jena, Potsdam und Rostock Städte, deren Sozialstruktur bedingt durch Universitätsstandorte der westdeutscher Großstädte nicht unähnlich ist. Andererseits gibt es in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt Regionen, in denen ein rechter gesellschaftlicher Block eine Hegemonie ausübt, deren Wirkungsmacht weit über nominelle parlamentarische Mehrheiten für die in Sachsen rechtskonservative CDU und die völkisch-nationalistische AfD hinaus in den vorpolitischen Raum der regionalen politischen Kultur reicht und etwa jugend- und soziokulturellen Zentren in Kleinstädten das Leben schwer macht. Dies hat im Alltag zur Folge, dass die gesellschaftliche Linke unter einem permanenten Rechtfertigungsdruck steht, der von einem medialen Linksextremismusverdacht bis hin zu offener Repression reicht.

Öffentlich wahrnehmbar wird dieser rechte Block in den in Sachsen bereits 2013 einsetzenden rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete, den besonders starken Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung und der weitgehenden Normalisierung der AfD im politischen Betrieb. Das Milieu derer, die den autoritär-regressiven Protest in Ostdeutschland tragen, ist weitgehend stabil und in sich geschlossen. Das seit 2013 zu beobachtende offensive Zugehen der CDU-Regierungen Ostdeutschlands auf diesen rechten Block in Gestalt einer Rhetorik des Dialogs mit „besorgten Bürgern" stärkt diesen, bindet ihn aber nicht, wie von der CDU erhofft, an sie. Vielmehr verschafft dies der AfD und ihrem politischen Vorfeld Reichweite und Legitimität, indem eindeutig extrem rechte Positionen als „konservativ" geführt werden.

Ausblick

Von den zeitgeschichtlich bedingten Unterschieden abgesehen profitiert die extreme Rechte in Ostdeutschland von den Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung wie der anhaltenden Abwanderung, einer schwach aufgestellten demokratischen Kultur und den vielfältigen politisch erzwungenen Abbrüchen emanzipatorischer Traditionen. Es besteht die reale Gefahr, dass Ostdeutschland zum Testfeld für extrem rechte Realpolitik wird oder schon geworden ist. Hingewiesen sei hier nur auf die neonazistischen Großkonzerte, welche im thüringischen Themar oder im sächsischen Ostritz mit teils mehreren tausend Zuschauer*innen stattgefunden haben. Die Gefahr besteht jedoch nicht in erster Linie in einer Re-Inszenierung des Nationalsozialismus. Die extreme Rechte findet in Ostdeutschland ein Terrain vor, auf dem sie auszuprobieren trachtet, was sie dem Ziel näher bringt, politische Verhältnisse einer autoritären Formierung wie in Ungarn oder Polen zu etablieren. Besonders hinzuweisen ist hier auf die Nähe einzelner Akteure der CDU und der AfD, welche zumindest eine punktuelle Zusammenarbeit propagieren. So erwogen CDU-Politiker in Sachsen-Anhalt mehrfach offen eine Kooperation mit der AfD. Ein rechts-autoritärer gesellschaftlicher Rollback, so ist in den programmatischen Aussagen der AfD und ihres „neurechten" Umfeldes zu lesen, soll in Ostdeutschland seine Basis finden.

Gegen eine monolithische Sicht auf den Osten sprechen die Erfahrungen im Umgang mit der extremen Rechten in den vergangenen zehn Jahren. Scheiterte mit dem Trauermarsch in Dresden doch der bedeutendste Aufmarsch der extremen Rechten ab 2010 am massiven Widerstand. Das neofaschistische „Fest der Völker", welches zwischen 2005 und 2007 in Jena stattfand, wurde auf Grund starker antifaschistischer Proteste in den Jahren 2008 und 2009 verlegt, bis es gänzlich eingestellt wurde. Die antifaschistische Initiative *Polylux* macht Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen im Osten sichtbar, die sich gegen den rechten Block stemmen. (vgl. S. 18 ff.) Diese zu unterstützen, hilft jenen, die in den ländlichen und kleinstädtischen Kontexten Ostdeutschlands antifaschistisch aktiv sind.

Foto: Johannes Grunert

Siedler*innenhof im Dorf Nicollschwitz im Landkreis Mittelsachsen.

Von Johannes Grunert

„Die Volkssubstanz bewahren“

Die „Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland“

In Mittelsachsen hat sich in den vergangenen Jahren ein Netzwerk völkischer Neonazi-Familien angesiedelt. Zusammen werben sie für den Zuzug westdeutscher Neonazis in Ostdeutschland. Ihr Projekt genießt in der Szene hohes Ansehen. Obwohl sie ihr Netzwerk größer aussehen lassen als es ist, geht ihre Strategie in Teilen auf und die Siedler*innen werden zunehmend zu einer Gefahr.

Mit seinen hohen Mauern und den massiven Toren ähnelt der Hof der Familie Strauch einer Festung. Vater **Dankwart Strauch** leitet von dem ehemaligen Bauerngut im 150-Einwohner*innen-Dorf Naunhof nahe der sächsischen Stadt Leisnig aus ein Geflecht von Verlagen und Vertrieben für neonazistische Literatur. „Warum biologische Lebensgestaltung”, „Der Totale Krieg” und „Das Organisationsbuch der NSDAP” sind Beispiele für die zahllosen Buchtitel, die er vertreibt. Dankwart Strauch und seine Frau **Bente Strauch** zogen 2015 mit ihren fünf Kindern in den kleinen Ort an der A14 zwischen Dresden und Leipzig. Die Familie wohnte vorher in Schleswig-Holstein und zählt zu den sogenannten völkischen Siedler*innen.

Zugezogen

Die Strauchs waren mit die ersten, die kamen. Heute wirbt die neonazistische Siedler*innen-*Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland* gezielt um Menschen wie die Strauchs: Junge Familien mit gefestigter nationalsozialistischer Einstellung, die das Leben in Westdeutschland nicht mehr hinnehmen wollten, da selbst ländliche Gegenden „überfremdet“ seien, wie es bei der Initiative heißt. Nach den Strauchs kamen weitere Familien. In der Region Leisnig mit ihren 8.000 Einwohner*innen sind es heute mindestens fünf Immobilien — meistens große Höfe –, die von Personen aus dem Umfeld der Initiative bezogen wurden.

Die meisten Siedler*innen waren schon lange vor ihrem Zuzug politisch aktiv. Auffällig ist ihre Nähe zur 2009 verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ), bei der Kinder und Jugendliche zu gefestigten Nationalsozialist*innen erzogen wurden. Dankwart und Bente Strauch waren bei der HDJ genauso aktiv wie etwa **Christian Fischer** aus dem niedersächsischen Vechta, der 2018 seinen Hof bezog. Auch **Lutz Giesen** aus Berlin, der mit seiner Familie in die Nachbarschaft der Strauchs gezogen ist und Neu-Zuzügler **Mario Matthes** aus Rheinland-Pfalz waren Teil der Organisation. Heute sind viele von ihnen bei der Partei *Der III. Weg* aktiv.

Die „Initiative Zusammenrücken“

Die treibende Kraft in der Siedlungsgemeinschaft ist Christian Fischer. Er spricht zusammen mit **Christian Müller**, ehemals Teil der *Nationalen Sozialisten Rhein-Main*, für die Initiative. Sie werben vor allem über ihren *Telegram*-Kanal für einen systematischen Zuzug nach „Mitteldeutschland“, womit alle ostdeutschen Bundesländer gemeint sind. Ein „Weiter so“ führe in den „biologisch-kulturellen Abgrund“, weshalb ein „taktischer Rückzug“ in den Osten angesagt sei. Ziel sei es, unter Weißen zu leben und die „Volkssubstanz“ zu erhalten. Die Motivation liegt damit zumindest bei der Führungsebene weniger in den persönlichen Beweggründen für einen Wegzug als in einer rechten und weißen Hegemonie im Osten. Nach eigenen Angaben richtet sich die Initiative gleichermaßen an Familien wie an „politische Aktivisten“. Als Beispiel dient ihnen der frühere Dortmunder *Die Rechte*-Kader **Michael Brück**, der 2020 nach Chemnitz gezogen war und bei der neu gegründeten extrem rechten Partei *Freie Sachsen* eine neue Heimat fand. Dass die *Freien Sachsen* mit ihren über 100.000 Follower*innen bei *Telegram* medial in die Offensive gingen und strategisch geschickter agieren als die etwas eingestaubte Vorgängerpartei *Pro Chemnitz*, dürfte zu einem Großteil Brück zu verdanken sein. Er hat erkannt, was *Zusammenrücken* gern propagiert: Viele Sächs*innen seien für rechtes Gedankengut empfänglicher als die Menschen im Westen. Für seinen Entschluss zum Umzug in den Osten dürfte die Initiative jedoch keine Rolle gespielt haben. Brück ist seit vielen Jahren mit Chemnitzer Neonazis eng vernetzt.

Anspruch und Wirklichkeit

Dass Brück von der Initiative dennoch als Paradebeispiel für einen Zuzügler präsentiert wird, zeigt, dass sie sich größer propagiert als sie tatsächlich ist. Müller und Fischer behaupten in einem Interview mit dem Multiaktivisten **Frank Kraemer** aus Eitorf (Rhein-Sieg-Kreis), sie bekämen etwa 1.000 Anfragen von Siedlungswilligen pro Jahr. Um die Siedelnden in die Regionen zu vermitteln, bediene man sich sogenannter Botschafter, die Zuzügler*innen in einer Art Pat*innenprogramm bei ihrer Ansiedlung unterstützten. 100 Siedlungswillige seien innerhalb eines Jahres mit Botschaftern vermittelt worden, „zahlreiche“ von ihnen hätten den Umzug bereits vollzogen, Interviewer Kraemer stehe selbst kurz davor. Mit eigens produzierten Imagevideos von grünen Wäldern und Brauchtumsfeiern in völkischer Gemeinschaft scheinen sie allerdings bei vielen die Erwartung geweckt zu haben, ihnen werde von der Initiative ein Komplettpaket inklusive Arbeitsplatz und Integration in neonazistische Kamerad*innenkreise organisiert. Fischer und Müller mussten schon mehrmals darauf hinweisen, dass das Siedeln auch einen großen Teil Eigeninitiative erfordere.

Rund ein Drittel aller, die sich bei *Zusammenrücken* meldeten, seien Ostdeutsche, die sich als Botschafter anböten. Die „Achse Thüringen — Sachsen“ sei mit Botschaftern gut besetzt und es gebe sie mittlerweile in allen ostdeutschen Bundesländern. Tatsächliche Zuzüge, die auf die Initiative zurückgehen, sind allerdings bisher nur in Mittelsachsen bekannt. Durch das Suggerieren eines flächendeckenden Netzwerks findet *Zusammenrücken* in der Szene jedoch eine so große Beachtung, dass weiterhin mit Zuzügler*innen zu rechnen ist, vor allem in Sachsen.

Diskussion in der Szene

In der Neonaziszene bleibt die Initiative *Zusammenrücken* nicht ohne Widerspruch: In Interviews bei Frank Kraemer und einem Podcast von *Der III. Weg* kritisiert unter anderem **Julian Bender**, Leiter des „Gebietsverbands West“ der Partei, die Initiative. Eine Tendenz zu multikultureller Hegemonie sei in den westdeutschen Großstädten zwar erkennbar, ein Leben unter Weißen im ländlichen Raum aber noch möglich. Die Angst, die Siedlungsbewegung könne die westdeutschen Strukturen weiter schwächen, ist unüberhörbar. Eine andere Kritik kam von *Freie Sachsen*-Chef **Martin Kohlmann**, den Fischer und Müller auf ihrem *Telegram*-Kanal interviewten. Der eher regionalistisch eingestellte Kohlmann, der mit seiner Partei unter anderem die Abspaltung Sachsens von der BRD fordert, verlangte den hochmütig auftretenden Siedler*innen zunächst Demut ab — schließlich seien sie in Sachsen fremd und hätten sich erst zu integrieren.

Trotz Vorbehalten genießt *Zusammenrücken* in der Szene einen großen Rückhalt, da es mit den Leisniger Siedler*innen bereits Vorreiter gibt. Im Kontrast dazu stehen andere, im Vergleich aussichtslos erscheinende extrem rechte

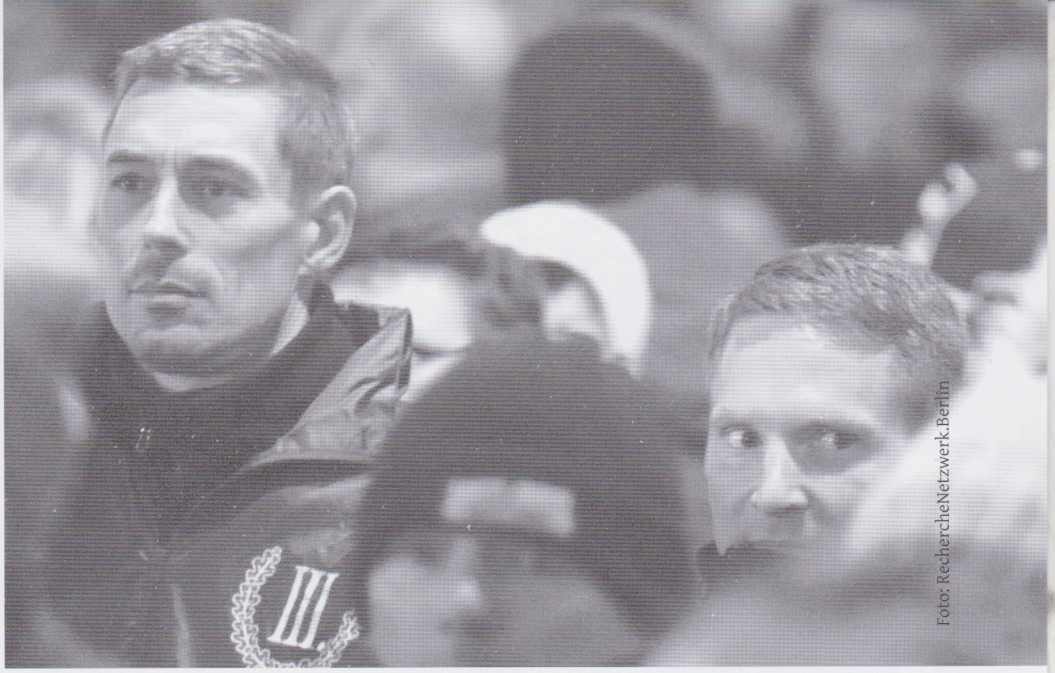


Foto: RechercheNetzwerk.Berlin

Michael Haack (links) und Christian Fischer (rechts)
auf einer rechten Kundgebung am 28. Dezember 2019 in Aue im Erzgebirge.

Siedlungsbestrebungen wie der „Weiße Ethnostaat" von Frank Kraemer oder die „Strategie der Sammlung", die der österreichische Identitäre **Martin Sellner** jüngst im *Compact*-Magazin vorstellte. Während Kraemer zusammen mit Weißen anderer Nationalitäten einen eigenen weißen „Ethnostaat" in Osteuropa gründen will, verliert sich Sellner, dessen Versuch durchaus an *Zusammenrücken* angelehnt zu sein scheint, in Träumereien von einer parallelstaatlichen Struktur, die ein eigenes Schul- und Sozialsystem beinhalten soll. Die Initiative *Zusammenrücken* hegt derlei Vorstellungen zum Teil auch, doch die Siedler*innen sind bereits da und haben mit ihren Unterwanderungsversuchen begonnen.

Durch schleichende Unterwanderung zur „National Befreiten Zone"?

Das Leisniger Siedler*innennetzwerk ist seit spätestens 2018 bemüht, an andere gesellschaftliche Kreise anzuschließen und so ihren Wirkungsbereich zu erweitern. Damit verfolgen sie das altbekannte Konzept der „National Befreiten Zone", nach dem in einer Region die eigene Machtposition zu einer derartigen Hegemonie ausgebaut werden soll, dass staatlicher Einfluss kaum noch vorhanden ist. Anfänge der Einflussnahmeversuche sind bereits erkennbar. Christian Fischer, sein Leisniger Parteikamerad **Michael Haack** und der ehemalige JN-Kader **Mathias König** gründeten im April 2020 zunächst den Leisniger Ableger der sachsenweiten Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen, um Einfluss auf das regionale verschwörungsideologische Milieu nehmen zu können. Während der Flut im Ahrtal betätigten sie sich an den Aufräumarbeiten und berichteten darüber auf *Telegram*. Auf dem gleichen *Telegram*-Kanal, den sie vor allem zur Bewerbung der Anti-Corona-Maßnahmen-Kundgebungen nutzen, kündigen die Siedler*innen zudem regelmäßig nicht-rechte Kulturveranstaltungen in Leisnig an, die sie nicht selten auch selbst besuchen. Bislang steht die Leisniger Bevölkerung der Annäherung von rechts verhalten gegenüber. In Elternvertretungen von Schulen und Kindergärten sind die Siedler*innen aber bereits vertreten und Bilder zeigen Siedler bei Bauarbeiten am Domizil eines lokalen Kampfsportvereins. Nicht zuletzt führen manche von ihnen im Namen des *Der III. Weg* klassische neonazistische Propagandaaktionen wie das Aufstellen schwarzer Kreuze oder Kriegsgräberpflege in der Stadt Leisnig durch.

Im Schatten der AfD

Mit dem Versuch, mit Kundgebungen das lokale verschwörungsideologische Milieu zu erreichen, hatten die Siedler*innen nur geringen Erfolg: Kaum mehr als 100 Teilnehmende brachten sie zu ihrer größten Kundgebung im Frühsommer 2020 zusammen, wovon ein wesentlicher Teil aus den kinderreichen Siedler*innenfamilien und der lokalen Neonaziszene kam. Stattdessen nehmen die Siedler*innen an anderen Aufmärschen in der Region teil, wo ihre Präsenz von den lokalen verschwörungsideologischen Initiativen unwidersprochen hingenommen wird. Getreu ihrer Strategie vermitteln sie so den Eindruck einer breiten Verteilung ihres Netzwerks und einer lokalen Verankerung in der oftmals bereits rechtsoffenen Zivilgesellschaft mittelsächsischer Ortschaften.

Ein Leisniger Antifaschist berichtet, dass organisierter Widerspruch gegen die Siedler*innen schwer zu organisieren sei. Ein lokales Bündnis habe einmal ein Banner in Sichtweite der Montagskundgebungen aufgehängt. Zu mehr Protest sei man kaum in der Lage: „Das liegt vor allem an der eigenen Position als Minderheit. Man kennt die Wahlergebnisse und die vorherrschende Meinung der Bevölkerung und erwartet somit wenig oder gar keinen Rückhalt aus der Zivilgesellschaft." Für linke Projekte liege die Gefahr derzeit ohnehin woanders: „Während sich die Siedler*innen auf ihren Dörfern verstecken, ist die AfD für linke Projekte derzeit eine viel größere Bedrohung. Seitdem sie mit 23 Sitzen im Kreistag zweitstärkste Kraft ist und in den Ausschüssen sitzt, hat sie eine tatsächliche Macht und versucht, lokalen Initiativen und alternativen Jugendclubs das Leben schwer zu machen." Für die Leisniger Siedler*innen macht die AfD wichtige Vorarbeit. In ihrem Schatten haben sie leichtes Spiel.

Foto: Sebastian Leber

Von Sebastian Friedrich und Volkmar Wölk

Wunsch und Wirklichkeit einer Bewegungspartei

Entwicklung, Erfolgsbedingungen und Grenzen der AfD im Osten

Die AfD ist kein ausschließliches Ost-Phänomen, aber wegen der viel tieferen Verankerung zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist die AfD dennoch ein Phänomen im Osten. Den Anspruch, Avantgarde-Partei der rechten Bewegung zu sein, konnte sie allerdings nicht einlösen. Sie droht zunehmend als „etablierte" Wahlpartei wahrgenommen zu werden.

Die AfD lässt sich nicht auf den Osten reduzieren: Die ostdeutschen Landesverbände spielen in der AfD quantitativ nur eine Nebenrolle, kommt doch nur knapp jedes vierte Parteimitglied aus den neuen Ländern. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick auf den Anteil der Wahlbevölkerung: Eine Analyse der Bundestagswahl 2021 zeigt, dass nur ein Drittel der AfD-Wähler*innen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR lebt. Allerdings findet sie dort größeren Zuspruch. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen holte sie bei der vergangenen Bundestagswahl zwischen 18 und 24,6 Prozent der Zweitstimmen. Thüringen war dabei das einzige Bundesland, wo die AfD sogar etwas zulegen konnte. Ansonsten verlor sie in jedem Bundesland, wobei die Verluste im Westen stärker waren als im Osten. In keinem westdeutschen Bundesland kam die Partei mehr auf ein zweistelliges Ergebnis.

Noch etwas fällt auf beim Ost-West-Vergleich: Während der explizit völkisch-nationalistische *Flügel* in den meisten westdeutschen Landesverbänden noch um die innerparteiliche Vorherrschaft ringt, dominiert er die Partei in den ostdeutschen Bundesländern seit Jahren klar, vor allem in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; während die *Flügel*-Anhänger*innen mit Fortschritten und Rückschlägen in den westlichen Landesverbänden (und Berlin) darum kämpfen, die verbliebenen Reste der ehemaligen „Professoren-Partei" zurückzudrängen, haben diese „Stützen der Gesellschaft", die Notablen,

die Ehemaligen aus CDU und FDP im Osten nie eine Mehrheit gehabt.
In seinen besten Zeiten war es dem *Flügel* gelungen, die AfD zumindest im Osten als das aufzustellen, was **Björn Höcke** Ende 2015 in einem Vortrag beim *Institut für Staatspolitik* (IfS) in Sachsen-Anhalt „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei" nannte. Die Aufmärsche und Pogrome gegen Refugees ab 2015 wurden zwar in der Regel nicht von der AfD initiiert, aber intensiv von ihr auf der Straße und auch parlamentarisch unterstützt. Das anfänglich distanzierte Verhältnis zu *Pegida* wandelte sich in eine geradezu symbiotische Beziehung. Die AfD wurde zur „Stimme der Bewegung" in den Landtagen.
Die Entwicklung der AfD im Osten, die dortigen Erfolgsbedingungen und die Schwierigkeit, sich dauerhaft als Bewegungspartei zu etablieren, sind erklärungsbedürftig. Dabei ist klar, dass der eine Osten nicht existiert. Dresden, Leipzig und Chemnitz unterscheiden sich strukturell vom sächsischen Hinterland, das katholische Eichsfeld vom Süden und Osten Thüringens. Der südliche Teil Sachsen-Anhalts mit seiner weitgehend umstrukturierten Industrieregion steht strammer hinter der AfD als der konservative von der Landwirtschaft geprägte Norden. Und in Brandenburg ist die AfD vor allem im Südosten stark.

Ein Projekt der Gegenaufklärung

Bei ihrer ersten Kandidatur zur Bundestagswahl 2013 hatte die AfD noch keinen Schwerpunkt in den ostdeutschen Bundesländern, lag dort nur minimal über dem Bundesschnitt. Das Hauptthema der AfD in der Anfangszeit, die Kritik an der Eurorettungspolitik der schwarz-gelben Koalition, ging vor allem von den westdeutschen Landesverbänden aus. Doch während sich von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg national gesinnte neoliberale Volkswirt*innen und Lokalpolitiker*innen vor allem aus CDU und FDP bei der neuen Partei einbrachten, waren in Ostdeutschland bereits in der Anfangszeit Rechtsradikale dabei. **Andreas Kalbitz** und Björn Höcke, die späteren Führungsfiguren des *Flügels*, traten der AfD wenige Wochen nach der offiziellen Gründung bei.
In den ostdeutschen Bundesländern war von Anfang an der Rassismus ein bedeutender Faktor für den Aufstieg der Partei. Bereits Ende 2013 marschierten im sächsischen Schneeberg mehrmals Hunderte gegen ein lokales Asylbewerberheim auf. Ein Vorläufer für die vielen zum Teil gewalttätigen Proteste gegen Geflüchtete in den folgenden Jahren, die nicht nur, aber vor allem in ostdeutschen Bundesländern stattfanden.
Gemeinsamer ideologischer Kitt der Rechten hüben wie drüben ist jenseits von Rassismus und rechter EU-Kritik die Ablehnung von allem, was mit der Chiffre „68" verbunden wird. Die Revolte der Jahre um 1968 ist das ideelle Gesamtfeindbild, ob die Folgen von **Jörg Meuthen** nun als „links-rot-grün versifftes 68-er Deutschland" denunziert oder als Herrschaft des „Kulturmarxismus" phantasiert werden. Die Revolte wird als „Kulturbruch" (**Karlheinz Weißmann**) verstanden, die das Ende der Adenauer-Republik erzwungen hatte. „68" wird von der AfD und in ihrem kulturell-ideologischen Umfeld als direkte Fortsetzung der Französischen Revolution begriffen. Und die entsprechenden Werte — Freiheit, Gleichheit und Solidarität — sind den Rechten wie der extremen Rechten, obgleich sie in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nie verwirklicht wurden, ein Dorn im Auge. Der Angriff der Rechten, für den der Aufstieg der AfD ein Symptom darstellt, ist ideologisch ein Projekt des Antikommunismus und der Gegenaufklärung.

Kraftzentrum des Flügels im Osten

In den ostdeutschen Bundesländern können sich früh besonders rechtsstehende Akteure durchsetzen. 2014 übernahmen mit Björn Höcke in Thüringen, **André Poggenburg** in Sachsen-Anhalt und **Alexander Gauland** in Brandenburg drei Rechtsausleger jeweils den Vorsitz der Landespartei. Diese bundesweit gesehen zwar zahlenmäßig zu vernachlässigenden Landesverbände bildeten dann auch 2015 den Kern der parteiinternen Fraktion des sogenannten *Flügels*. Dessen Gründungspapier, die „Erfurter Resolution", geht laut Medienberichten direkt auf **Götz Kubitschek** vom *Institut für Staatspolitik* (IfS) zurück.
Auch wenn sich der *Flügel* aufgrund innerparteilichen Drucks im Frühjahr 2020 offiziell auflöste, ist rückblickend die Strategie einer Art rechten Entrismus mit anschließender innerparteilicher Fraktionsbildung voll aufgegangen. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland, das früh als das Kraftzentrum des *Flügels* bestimmt wurde.
Dort zeigt sich, nicht nur durch den Einfluss der „Neuen Rechten" um das IfS, dass das völkisch-nationalistische Projekt weit über die AfD hinausgeht: Der ehemalige Linke **Jürgen Elsässer** hat mit seinem relativ erfolgreichen Magazin *Compact* frühzeitig einen Schwerpunkt auf die ostdeutschen Länder gelegt. Elsässer und Kubitschek wiederum haben gemeinsam das Kampagnennetzwerk *Ein Prozent* mit ins Leben gerufen und mit der *Identitären Bewegung* zusammengearbeitet, als diese noch relevant war. Genau diese Kreise sind es auch, die zunehmend in den Fraktionen und als persönliche Mitarbeitende von Abgeordneten einerseits selbst Gehalt und Brot finden und andererseits die dominante extrem rechte Ausrichtung der AfD weiter zu verfestigen helfen.

Fotos: RechercheNetzwerk.Berlin

Björn Höcke und Andreas Kalbitz beim Auftakt des Landtagswahlkampf der AfD am 13. Juli 2019 in Cottbus.

Zum rechten Projekt zählen auch Soziale Bewegungen, die sich etwa inStraßenmobilisierungen ausdrücken und von denen *Pegida* in Dresden nur die bekannteste, längst aber nicht die einzige ist. Um das Jahr 2015 herum gab es rassistische Aufmärsche in zahllosen kleineren und mittleren Städten in Ostdeutschland, bei denen immer wieder AfD-Mitglieder mitmischten oder diese sogar initiierten. **Christoph Berndt**, der Gründer von *Zukunft Heimat*, einer Cottbusser Auskopplung von *Pegida Dresden*, ist mittlerweile Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg. Der Schulterschluss zwischen der sächsischen AfD und Pegida wurde am Anfang ausgebremst, weil sich in der vergleichsweise heterogenen AfD-Landtagsfraktion noch einige Abgeordnete fanden, oftmals frühere Vertrauensleute der 2017 ausgetretenen **Frauke Petry**, die auf Distanz zu dem ganz rechten Spektrum auf der Straße gingen. Die Machtverhältnisse in der Landtagsfraktion änderten sich spätestens mit der Landtagswahl 2019 drastisch.

2018 führt die AfD die Bewegung an

Es gelang den völkisch-nationalistischen Aktiven bis Herbst 2018, die AfD als wichtigen Teil der rechten Sozialen Bewegung im Osten zu etablieren. Höhepunkt war eine Demonstration in Chemnitz am 1. September 2018, wo die AfD mit Björn Höcke und Andreas Kalbitz und nunmehr auch dem sächsischen Landesvorsitzenden **Jörg Urban** in der ersten Reihe marschierte — Schulter an Schulter mit den Galionsfiguren von *Pegida* wie **Lutz Bachmann** und **Siegfried Däbritz**, den *Identitären*, mit Neonazis aus Kameradschaften und von *Der III. Weg*. Mit dieser Demonstration präsentierte sich die AfD als führende Kraft einer rechten Einheitsfront, die die Herausforderung auf der Straße mit der parlamentarischen Arbeit verknüpft. Der Schulterschluss mit jenem Teil der Bewegung, der offiziell als „rechtsextremistisch" stigmatisiert ist, wurde damit öffentlich sichtbar vollzogen. Die letzten taktischen Hemmungen waren gefallen, der „point of no return" überschritten. Dieser September 2018 markierte gleichzeitig auch den vorläufigen Höhepunkt für die AfD: Fast 20 Prozent gaben in Umfragen zu diesem Zeitpunkt an, AfD wählen zu wollen. Ähnlich hohe Umfragewerte erreichte die AfD seitdem nicht wieder. Zudem droht die AfD, ihres bisherigen Hauptthemas, der Asylzuwanderung, verlustig zu gehen. Noch ist nicht ausgemacht, was an seine Stelle treten könnte. Das Thema des Klimawandels scheint sich anzubieten, da sich dabei dessen Leugnung diskursiv gut verknüpfen lässt mit der Propaganda gegen den erklärten politischen Hauptfeind, die Grünen, sowie mit der Forderung der volksgemeinschaftlichen sozialen Abfederung der ökologischen Kosten. Dabei greifen Teile der AfD den Begriff des „solidarischen Patriotismus", der das nationale Kapital und die Lohnabhängigen gleichermaßen von den „Globalisten" schützen soll, auf, der im IfS ausgearbeitet und von Höcke popularisiert wurde. Die Westlandesverbände tun sich erheblich schwerer mit solchen strategischen Ansätzen, da der Neoliberalismus als Ideologie dort stärker verankert ist. Eine seltene Ausnahme ist **Dimitrios Kisoudis'** Konzept des Ordnungsstaates: Der Autor diverser AfD-naher Publikationen und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten **Martin Hess** stellt sich gegen ein

explizit sozialpolitisches Profil und plädiert für einen autoritären Ordnungsstaat.

Bezeichnenderweise verliert die AfD seit 2018 aber vor allem in den westdeutschen Ländern, während sie im Osten nahezu stabil auf sehr hohem Niveau bleibt. Das befördert Diskussionen um eine mögliche Abspaltung der erfolgreicheren, aber auch deutlich weiter rechts stehenden Landesverbände in den neuen Bundesländern. Noch-Parteichef Jörg Meuthen brachte Anfang 2020 die Idee einer „Lega Ost" ins Spiel, ein Begriff, der ursprünglich vom rechten Publizisten Karlheinz Weißmann stammt, der 2015 in der *Jungen Freiheit* davor warnte, sich in der AfD zu sehr auf Leute wie Höcke und Kubitschek zu kaprizieren. Doch auch Höcke, Kubitschek und Berndt wissen, dass eine rein regionale AfD zu wenig Einfluss auf die gesamte Bundesrepublik hätte.

Erfolgsbedingungen für die AfD im Osten

Die Voraussetzungen für eine explizit völkisch-nationalistische Ansprache sind in den ostdeutschen Bundesländern günstig, da dort das Anti-Establishment-Ressentiment, das die AfD bedient, auf fruchtbaren Boden fällt. Das tut es auch, weil sich die Struktur der Klassengesellschaft im Zuge der Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik binnen kurzer Zeit fundamental verändert hat: Quasi über Nacht musste das einstige Industrieproletariat mit einem forcierten Strukturwandel, der gezielten Deindustrialisierung des Ostens und damit einhergehender Massenarbeitslosigkeit zurechtkommen. Was sich in ehemaligen Industrieregionen wie im Ruhrgebiet über Jahrzehnte vollzogen und trotz staatlicher Abfederungen zu Verwerfungen im Sozialgefüge geführt hat, spielte sich Anfang der 1990er Jahre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in Wochen ab. Statt versprochener blühender Landschaften gab es Industrieruinen; der Glaube an „die da oben", nach der Erosion der DDR ohnehin nicht besonders ausgeprägt, war ein für allemal verloren.

Die Bindungen der Bevölkerung an die Ideologien und Institutionen der alten Bundesrepublik mussten in Ostdeutschland nicht erst schwächer werden. Sie waren ohnehin nie besonders ausgeprägt. Anders als in Westdeutschland befinden sich weite Teile Ostdeutschlands seit dreißig Jahren in einer Art permanenter Hegemoniekrise, in der die führenden und herrschenden Klassen die Massen nicht erreichen und der gesellschaftliche Konsens nicht mehr hergestellt werden kann. So kann das rechte Projekt in ein Hegemonie-Vakuum stoßen. Das gilt besonders für ländliche Regionen im Osten, wo die Zivilgesellschaft sehr schwach ausgeprägt ist und es staatlichen Zugriff allenfalls noch über den Gerichtsvollzieher gibt. In dieser Konstellation können rechte Organisationen gedeihen und sich rechte Gegenerzählungen etablieren, unabhängig davon, ob diese etwas mit der Realität zu tun haben. „Der Verlust des Urvertrauens und das daraus herrührende Wutpotential ostdeutscher Generationen" böte „einmalige Chancen des alternativen Oppositionspotentials", frohlockte etwa **Benedikt Kaiser** 2019 in der IfS-Zeitschrift *Sezession*. „Es ist ein Potenzial, das bereits positive Protesterfahrungen hat: Viele derjenigen, die Ende 2021 in ostdeutschen Städten Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen organisieren und Polizeiketten durchbrechen, haben in den 1990er Jahren kämpfen gelernt. Diese Generation ist heute um die 50 Jahre alt, häufig lokal verankert, Stütze einer rechten gegenhegemonialen Zivilgesellschaft.

AfD rennt zunehmend hinterher

Und doch zeigt sich in den aktuellen Corona-Protesten auch, dass die AfD ihren Nimbus als Avantgarde-Partei der rechten Bewegung zu verlieren scheint. Sie ist zwar noch parlamentarische Repräsentantin, führt die Proteste aber nicht mehr an, rennt vielmehr hinterher. Die Dynamik geht im südöstlichen Teil Ostdeutschlands eher von den *Freien Sachsen* aus.

Der sinkende Stern der AfD ist erstens auf parteiinterne Streitigkeiten zurückzuführen: Anders als die Ablehnung von Migration und der Werte der Aufklärung bietet sich Corona nicht an, um parteiinterne Gräben zuzuschütten; zu weit auseinander gehen die Auffassungen über die richtige Positionierung während der Pandemie. Zum zweiten hat die AfD in den vergangenen Jahren vernachlässigt, Vorfeldstrukturen zu stärken und so das eigene Milieu zu verbreitern. Bei der AfD scheint sich drittens das „eherne Gesetz der Oligarchie" des zunächst linken und später faschistischen Parteienkritiker **Robert Michels** zu bestätigen, nach dem sich in Parteien über kurz oder lang Bürokratien und Machteliten entwickeln und diese so ihre Dynamik verlieren. Die AfD ist in diesem Sinne auf dem Wege, eine etablierte Partei zu werden. Viertens zeigt sich im Moment , dass es in beweglichen Zeiten, dank Messenger-Diensten wie *Telegram* und *Whatsapp*, keine Partei braucht, die die verschiedenen Fäden zusammenhält, das Geschehen zentral lenkt und die notwendige Agitation organisiert.

Die Vordenker des *Flügels* dürften sich vieler dieser Probleme bewusst sein, backen entsprechend mittlerweile kleinere Brötchen als noch vor ein paar Jahren. Auf längere Sicht zielen sie darauf, führende Kraft in der rechten Sammlungspartei AfD auf Bundesebene zu werden, die im besten Falle wieder zur Bewegungspartei wird. Das Nah-Ziel, ein Kraftzentrum im Osten aufzubauen, haben sie erreicht.

Das Interview führte Johannes Hartwig.

„Wir dürfen die Genoss*innen im ostdeutschen Land nicht alleine lassen.“

Im Gespräch mit dem Netzwerk „Polylux“

Es gibt ihn, den anständigen Antifaschismus in Ostdeutschland. Um linke, antifaschistische und emanzipatorische Initiativen und Projekte in den ländlichen Regionen zu unterstützen, hat sich im Sommer 2018 das Netzwerk „Polylux“ gründet. Mit Mxx und Jaša sprachen wir über den Support und die Herausforderungen antifaschistischer Arbeit in Ostdeutschland.

Ihr seid beide für den Verein „Polylux“ aktiv. Wie sieht die Arbeit des Vereins aus?

Jaša: Mit *Polylux* wollen wir linke, antifaschistische und emanzipatorische Aktive und Projekte in den ostdeutschen Kommunen sichtbarer machen, ihnen den Rücken stärken und für eine solidarische Finanzierung sorgen. Dazu sammeln wir durch kontinuierliche Mitgliedsbeiträge oder einmalige Spenden Geld, welches wir dann wieder an Projekte und Gruppen verteilen können.
Wir wollen die Projekte und vor allem die dazugehörigen Menschen auch langfristig unterstützen. Das heißt für uns, dass wir die Projekte besuchen, untereinander vernetzen und ihre Anliegen verbreiten. Wir haben unter anderem eine Postkartenserie aufgelegt, einen Podcast, in dem wir Projekte vorstellen, gestartet und planen ein größeres Netzwerktreffen.

Mxx: Der Zugang zur Unterstützung ist relativ niedrigschwellig, deshalb gibt es bei uns kein standardisiertes Antragsverfahren, wie es die meisten Förderprogramme haben. Initiativen können über das Kontaktformular auf unserer Website anfragen. Ein wichtiger Teil der Netzwerkarbeit ist dann der Austausch mit den Projekten und sich im besten Fall auch zu treffen, um vor Ort einen Eindruck zu bekommen. Auf unserem monatlichen Plenum entscheiden wir dann, welche Anliegen wir fördern (können).

J: Unsere finanzielle Unterstützung reicht von Einmalzahlungen kleiner Beträge für eine konkrete Vortragsreihe oder Flyer über eine monatliche Unterstützung bei der Miete bis hin zu größeren Beträgen für die Umsetzung von Brandschutzauflagen, ohne die ein Treff nicht weiter öffnen kann. Dabei liegt unser Fokus ganz klar auf kleineren Projekten im ländlichen Raum, die einen klaren antifaschistischen Grundkonsens haben.

Was war eure Motivation, den Verein zu gründen?

J: Wir wollen, dass die Menschen, die im Osten und dort vor allem im ländlichen Raum aktiv sind, weiterhin aktiv sein können und nicht ständig in existenzielle Nöte geraten. Dadurch dass die AfD im Osten seit Jahren immer stärker und auch immer etablierter wird, ändern sich auch parlamentarische Prozesse. Denn neben der Hetze auf der Straße bestimmt sie auch die Diskurse in Stadt-, Kreistags- und Ortsratssitzungen und entscheidet mit bei der Vergabe von Geldern.
In den letzten Jahren wurden immer mehr Vereinen und Projekten Gelder gestrichen oder es wurde über die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit diskutiert. Immer wieder wollen

Geldgeber*innen, dass sich Projekte von sogenannten extremistischen Inhalten distanzieren und Neutralitätsklauseln unterschreiben. Wir wollen Gruppen und Projekten einfach die Möglichkeit geben, nicht alles mitmachen zu müssen und zu wissen, dass es Geld genau für das gibt, was sie tun. Auch für die Antifa-Aufkleber in der Kneipe und die klaren Positionen am Runden Tisch.

Bei den meisten Projekten, die von euch unterstützt werden, handelt es sich um Vereine und Initiativen jenseits der Metropolen wie Halle, Dresden, Potsdam und Leipzig. Welche Bedeutung hat der ländliche Raum für euer Projekt?

J: Einen großen. Unser Fokus liegt ja hauptsächlich im ländlichen Raum. Das liegt auch daran, dass viele von uns selbst im ländlichen Raum in Ostdeutschland aufgewachsen sind, immer noch (oder wieder) dort leben und arbeiten. Wir wissen also selbst sehr gut, wie es ist, an Orten politisiert zu werden, wo es nur sehr wenig alternative Räume und Infrastruktur gibt. Wir wissen selbst, wie existenziell Orte abseits der rechten Hegemonie sind. Viele jüngere Menschen verlassen die ländlichen Regionen. Gehen für die Ausbildung in größere Städte, verbringen aber ihre Kindheit und Jugend dort — und es gehen auch nicht alle weg und manche kommen auch gezielt wieder zurück. Ich selbst bin sehr froh, in meiner Jugend wenigstens den einen Jugendtreff gehabt zu haben, wo — zumindest stand das an der Tür — Rassismus und Sexismus nicht willkommen waren.

M: Nicht zu vergessen, dass es auch Menschen gibt, die nicht das Privileg genießen, sich ohne weiteres in die nächste Großstadt begeben zu können. Für viele Menschen im Asylapparat oder auch in anderen eher prekären Lebenslagen ist ein Wegzug unmöglich oder sehr schwierig. Und diese Menschen bekommen oft erstmals in Projekten wie wir sie unterstützen Zuspruch und Solidarität.

Ostdeutschland wird aus westdeutscher Perspektive oft pauschal als Kernland der AfD, No-Go-Area und Nazi-Hochburg gesehen, wo es eine extrem rechte Hegemonie gibt. Stimmt dieses Bild? Und was bedeutet das für Linke und antifaschistische Politik?

J: Es ist nicht so leicht zu sagen „Ja, dieses Bild stimmt“ oder „Nein, das Bild stimmt nicht“. Wir wollen weder eine Image-Kampagne für Ostdeutschland machen, noch wollen wir die Menschen die täglich dort aktiv sind unter den Tisch fallen lassen. Für die Menschen, die hier leben, sind die letzten Wahlergebnisse keine Überraschung, sondern eine stetige Entwicklung. Für die kleinen Projekte erhöht sich damit aber auch der Druck immer mehr. Die Angriffe auf sie kommen von allen Seiten. Es gibt immer wieder Bürgermeister*innen, die versuchen ihr „Nazi-Problem“ zu beschönigen. Wenn diese Zustände dann von linken und antifaschistischen Projekten benannt werden, bekommen diese als „Nestbeschmutzer*innen“ eins auf den Deckel.
Die AfD versucht beispielsweise, über Kleine Anfragen Druck auf Projekte auszuüben. Dadurch entsteht in Teilen der Gesellschaft immer mehr Unsicherheit. Projekte fragen sich, was sie sagen können und was nicht. Sie denken präventiv darüber nach, wie die AfD — oder auch die CDU, etc. — auf bestimmte Sachen reagieren würde. Das macht den Alltag für die Aktiven zu einem andauernden Existenzkampf.

M: Die Situation für emanzipatorische und linke Projekte ist auch ohne die AfD schon prekär gewesen. Es war vor allem die CDU, welche etwa wie in Sachsen mit der Extremismusklausel immer wieder versuchte, antifaschistischen und kritischen Projekten die Mittel zu entziehen. Was ihr mitunter auch gelungen ist.
In den Regionen, wo 60 Prozent oder mehr rechts oder ganz rechts wählen, haben Menschen in ihrem Alltag seit Jahren mit Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus zu kämpfen. Es ist auch nicht unbedingt so, dass es in den größeren Städten und den dichter besiedelten Gegenden anders wäre, nur sind dort die Projekte und Orte, an denen sich dagegen positioniert wird, besser aufgestellt — finanziell, aber vor allem auch personell. Das sind Orte, wo sich der Alltag nicht immer direkt um Nazis und Gewalt drehen muss. Solche Orte braucht es aber auch in den kleinen Städten oder auf dem Dorf.

Nach den rassistischen Ausschreitungen im Sommer 2015 in Heidenau oder den extrem rechten Mobilisierungen 2018 nach Chemnitz reagierten Antifa-Struk-

POLY ▶ LUX
WWW.POLYLUX.NETWORK
SOLIDARITÄT IST DIE ANTWORT DER STUNDE

Spenden
Netzwerk Polylux e.V.
IBAN: DE19 8306 5408 0004 1674 06
BIC: GENO DEF1 SLR
Deutsche Skatbank

www.polylux.network

Netzwerk Polylux e.V. ist
›politisch‹ tätig und deswegen
nicht gemeinnützig.
Aus diesem Grund stellt Netzwerk
Polylux e. V. keine
Spendenquittungen aus.

turen bundesweit und mobilisierten zu großen antifaschistischen Demonstrationen vor Ort. Welche Wirkung haben solche Interventionen für die Antifaschist*innen vor Ort?

M: Aus der Perspektive eines in der Großstadt lebenden Menschen, der vor allem im kleinstädtischen Raum Menschen unterstützt, die von Rassismus betroffen sind und im Asylapparat struggeln, muss ich sagen, dass auch ich anfangs der Meinung war, es brauche einfach dreimal im Jahr — oder immer wenn es wieder zu besonders viel Gewalt durch Faschos und Anwohner*innen kam — eine große antifaschistische Demo vor Ort, wo möglichst viele im Blackblock-Style kommen und mal klarmachen, so läuft das nicht... Versteht mich nicht falsch, ich finde diese Aktionsform hat ihre absolute Berechtigung, vor allem wenn die Staatsmacht einfach wegsieht oder sich noch daran beteiligt. Gleichzeitig ist es im Alltag nicht oder kaum hilfreich, sich erst im schlimmsten Moment im eigentlich nicht mehr aushaltbaren Zustand darauf verlassen zu können, dass es Unterstützung von außen gibt.

J: Ich selbst bin im Erzgebirge in einer migrantischen Familie groß geworden, heute lebe ich in einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern und arbeite in einem Nest namens Anklam. Ich kenne einige Leute, die auch im ländlicheren Raum in Ostdeutschland leben und arbeiten. Viele von ihnen sagen, dass sie sehr geflasht sind, wenn so viele Leute kommen und supporten. Das ist dann ein sehr berauschendes Gefühl, alle stehen unter Strom. Wenn dann alle wieder weg sind, entsteht oft Leere — so ging es mir zumindest früher. Denn für eine kurze Zeit war das Gefühl des nicht- alleine-Seins da. Ganz viele coole Leute um dich 'rum — also Gleichgesinnte, Genoss*innen, andere Queers. Und dann bist du wieder mit dir und den anderen Fünfen, die du jeden Tag siehst und die auch ausgebrannt sind, übrig. Nichtsdestotrotz ist dieser Support wichtig. Zumindest fand ich das früher immer sehr gut, wenn zu Demos, Veranstaltungen oder Konzerten Leute von „außerhalb“ angereist sind. Ich glaube aber, das ist je nach Situation und Region unterschiedlich und kann nicht pauschal auf den ganzen ländlichen Osten so übertragen werden.

Ihr wollt ja nicht „nur“ als alternativer Förderverein zur Finanzierung von Projekten in Erscheinung treten, sondern ein solidarisches Netzwerk schaffen. Wie sollte der Support nachhaltiger antifaschistischer Strukturen in Ostdeutschland aus dem „Westen“ aussehen?

M: Das was wir mit *Polylux* gerade machen, ist ja eigentlich eine gesamtgesellschaftliche, staatliche Aufgabe. Beispielsweise Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen und dem Rechtsruck im ländlichen Raum etwas entgegen zu setzen. Aber diese Aufgabe wird schlicht und ergreifend nicht erfüllt. Wir können nun einfach zuschauen, wie nichts passiert, oder aber dem ganzen etwas Praktisches entgegensetzten und Verantwortung übernehmen. Einen Teil davon kann ein Verein wie *Polylux* leisten, den anderen Teil müssen auch Menschen aktiv mitgestalten — indem sie mal dahinfahren, wo sonst die Menschen wegziehen, und vielleicht nicht immer erst wenn es wieder zu Gewalt und Pogromen kam, sondern weil dort eine gute Veranstaltungsreihe ist oder auch mal zum Punk-Konzert.

J: Vernetzung, inhaltliche Unterstützung, vor Ort sein bei Aktionen und aktiv werden, mal auf ein Konzert fahren und so weiter ist selbstverständlich wichtig und eine sinnvolle Art des Supportes. Aber es ist auch logisch, dass jetzt nicht einfach mal ganze viele Linke aus den westdeutschen Städten in den ländlichen Raum im Osten ziehen. Die Menschen haben ja auch ihre Gründe, nicht dort zu leben — beispielsweise weil sie dort mehr Diskriminierung ausgesetzt wären. Wer aber aus der Ferne kontinuierlich etwas dazu tun will, kann das eben auch durch Geld. Denn die finanzielle Absicherung ist nunmal ein Grundstein für vieles. Egal ob westdeutsche Antifaschist*innen, weggezogene Ossis oder solidarische Großstädter*innen mit schlechtem Gewissen: Wir dürfen die Genoss*innen im ostdeutschen Land nicht alleine lassen.

Mxx lebt in Leipzig, ist dort aufgewachsen und politisiert worden. Während des Studiums in einer ostdeutschen Kleinstadt verfängt sich der Fokus in der Provinz. Solidarische Unterstützung gegen staatlich organisierte Ausgrenzung und gesellschaftlich getragenen Rassismus ist auch im Hinterland notwendig — die Strukturen dafür brauchen Support: finanziell wie personell.

Jaša ist mit migrantischem Background in einer Kleinstadt im Erzgebirge groß geworden, hat viele Jahre in Zwickau gelebt. Mit 18 direkt in die nächste Großstadt: nach Chemnitz. War dann viele Jahre in Dresden aktiv und lebt seit Anfang 2021 in Greifswald und arbeitet in Anklam in Mecklenburg-Vorpommern.

Von Sonja Brasch und Sebastian Hell

„Damals wie heute“

Kirtorf und seine Nazis

In den 90er Jahren bildete sich in Mittelhessen mit der Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ eine Nazistruktur, die bis heute nachwirkt. Die Protagonisten wurden als harmlose Jugendliche verklärt, das Bild vor Ort änderte sich trotz Waffenfunden und Rechtsrockkonzerten kaum. Heute werden die Neonazis vornehmlich als NachbarInnen, KollegInnen oder Familienmenschen beschrieben, mit der Szene sind einige weiterhin verwoben.

Einem Millionenpublikum eröffnete sich 2004, was mitten in der kleinen Stadt Kirtorf im hessischen Vogelsberg geduldet wird. Das ARD-Magazin *Kontraste* zeigte Aufnahmen, die der Journalist **Thomas Kuban** mit versteckter Kamera gefilmt hatte: Unmittelbar an der Hauptstraße, im umgebauten und schallisolierten Schweinestall des *Berserkers* **Bertram Köhler**, spielte die Thüringer Neonaziband *Garde18*. Band und Publikum sangen: „Blut muss fließen, knüppelhageldick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.“ Später wird es die Anfangsszene des Films *Blut muss fließen*. Es war die Hochphase der Kameradschaft *Berserker Kirtorf*.

Damals

Die Gründungszeit der *Berserker Kirtorf* liegt in den frühen 1990er Jahren. In der bürgerlich rechts-konservativ geprägten ländlichen Region wurden die Neonazis meist als harmlose Cliquen Jugendlicher wahrgenommen, die allenfalls bei Kirmesveranstaltungen über die Stränge schlügen. Doch bereits 1992 trafen sie sich zu Wehrsportübungen mit scharfen Waffen. In den folgenden Jahren sammelten sich Neonazis aus weiten Teilen des Landkreises unter dem Dach der Berserker. Mit wachsender Größe der Kameradschaft stieg ab Ende der 1990er Jahre auch das Veranstaltungsgeschehen. Die Aktivitäten beschränkten sich weitestgehend auf subkulturelle Events, an Aufmärschen nahmen meist nur Einzelne teil. Etwa 50 Personen besuchten nun regelmäßig Veranstaltungen, darunter Sonnenwendfeiern oder Partys zum Geburtstag **Adolf Hitler**s am 20. April. Dies ist auch der Geburtstag von **Glenn Engelbrecht**, Neffe von Köhler und langjähriger Anführer der Kameradschaft. Vereinzelt gab es bei Veranstaltungen Polizeikontrollen, Platzverweise oder Festnahmen wegen verbotener Nazisymbole. Trotz dessen sowie aufkommender Presseberichte wurden die rechten Skinheads weiterhin bagatellisiert oder verschwiegen. Der damalige Bürgermeister **Ulrich Künz** sprach noch im Jahr 2000 gegenüber der *Oberhessischen Presse* (OP) von „einem, höchstens zwei Aktivisten“, die zudem „keine führenden Kräfte“ seien, sondern nur das Gelände für Auswärtige zur Verfügung stellten. Er wehrte sich dagegen, dass über „jede Kleinigkeit“ berichtet und das Problem überbewertet werden würde. Einige Anwohner*innen waren derweil mehr um das Image der Stadt besorgt oder äußerten sich gleichgültig. Die Melange aus Ignoranz, Akzeptanz und Sympathie schuf das Klima, in dem sich die Kameradschaft etablierte. Es waren einzelne, die den Aktivismus oder das Konzertgeschehen vorantrieben und die überregional bedeutenden Kontakte knüpften. Sie konnten jedoch aufgrund des begrenzten (sub-)kulturellen Angebots einen erheblichen Kreis von Personen an sich binden, politisieren und eine rechte Hegemonie im Ort etablieren. Als

integrierter Bestandteil der Gesellschaft würden sie vielen jungen Menschen „Halt" bieten, sowie „feste Strukturen, Grenzen und Richtlinien, die es ihnen abnehmen Entscheidungen zutreffen" (sic), führte eine Anwohnerin gegenüber der OP aus. Parallel dazu schürten die Neonazis Angst bei jenen, die nicht ihrem Weltbild entsprachen. Mitte der 1990er wurde vermehrt von Angriffen auf Geflüchtete, PoC und nichtrechte Jugendliche in der Region berichtet. Eine Nachbarin gab in dem Bericht der OP gar an, wegziehen zu wollen. Sie habe gesehen, wie Neonazis einen Mann zusammenschlugen, aber darüber würde im Ort nicht geredet.

Zenit

Zur Hochphase der *Berserker* Anfang der 2000er Jahre fanden mehrere Rechtsrockkonzerte im Schweinestall oder auf einem Wiesengelände von Köhler am Ortsrand statt. Es spielten neben bekannten deutschen Szenebands auch Bands aus den USA. Mit *Gegenschlag* formierte sich aus den Reihen der *Berserker* eine eigene Band mit Engelbrecht als Manager, die 2003 ihre erste CD „Die deutsche Jugend schlägt zurück" veröffentlichte. Laut Polizei fanden die Konzerte meist „ungestört" statt. Das ist bemerkenswert, denn selbst hunderte Skinheads und regelmäßige Polizeiaufgebote führten nicht zu spürbarem Ärger oder Empörung in der Kerngemeinde Kirtorf, in der weniger als 2.000 Menschen leben.

Die ausgestrahlten Aufnahmen aus dem Schweinestall hatten jedoch unmittelbare Folgen, die bundesweite Aufmerksamkeit zwang die politisch Verantwortlichen zum Handeln. 2004 wurden Köhlers Gelände rund um den Schweinestall sowie die Wohnräume von Engelbrecht durchsucht, gefunden wurden neben NS-Devotionalien und Tonträgern auch Waffen und Munition. Beide wurden zu Geldstrafen verurteilt. Einen Monat später erließ der Landkreis ein Nutzungsverbot des Schweinestalls als Veranstaltungsraum. Gegen Bandmitglieder von *Gegenschlag* wurden mehrere Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, die teilweise zu Geldstrafen führten. Für die *Berserker* waren diese Rückschläge nicht zu kompensieren.

Foto: Pixelarchiv

Der ehemals führende „Berserker" Glenn Engelbrecht mit einem langjährigen Weggefährten beim „Schild und Schwert"-Festival am 3. November 2018 in Ostritz.

Überregionale Vernetzung

Einige aus dem Kreis der *Berserker* sind allerdings weiterhin in überregionalen Strukturen präsent und mit diesen verwoben. **Daniel O.** aus Lautertal zum Beispiel war bereits in den frühen 2000er Jahren umtriebig in der Naziszene und zählte zum näheren Umfeld der *Berserker*. Ihm wurde 2019 als einzigem in Hessen und als einem von sechs Personen bundesweit die Verbotsverfügung von *Combat 18* (C18) Deutschland zugestellt. Das überraschte, denn er ist keineswegs als exponierter Protagonist von C18 aufgefallen. Eher wirkt es, als hätten ihm vor allem seine Sammelleidenschaft für Rechtsrock-CDs, deren Weiterverkauf und der damit einhergehende Kontakt mit der Struktur die Verbotsverfügung eingehandelt. Man kannte sich aber: 2014 war er bei einem Aufmarsch in Dortmund in einer Gruppe von C18-Personen zu sehen. Dort waren auch weitere Personen zugegen, die in der Vergangenheit im Umfeld der *Berserker* aufgefallen sind. Einer von ihnen, **Marcel W.**, beteiligte sich im gleichen Jahr an den Ausschreitungen bei der HoGeSa-Demo in Köln und wurde im Nachgang zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, da er einen Polizisten angegriffen hatte. Eine weitere Verbindung zu C18 ist **Karsten H.** aus Lautertal. Als *Exif Recherche* den Lübke-Mörder **Stephan Ernst** auf einem C18-Treffen im März 2019 im sächsischen Mücka vermutete, habe Karsten H. eine eidesstattliche Erklärung abgelegt, dass nicht Ernst, sondern er auf den Bildern zu sehen sei. Darüber soll **Thorsten Heise** Pressevertreter*innen am Rande einer Pressekonferenz beim unweit von Mücka stattfindenden *Schild und Schwert*-Festival informiert haben. Karsten H. war in den 2000er Jahren ebenfalls den *Berserkern* zuzurechnen, sein Name findet sich außerdem auf der Grußliste der ersten beiden *Gegenschlag*-CDs aus dieser Zeit. Auch Engelbrecht ist nach wie vor in der überregionalen Szene vernetzt. Er lief im Juli 2017 mit exponierten Neonazis von C18 beim Konzert *Rock gegen Überfremdung* in Themar auf und nahm im Oktober 2021 am Aufmarsch anlässlich des Todes von **Siegfried Borchardt** in Dortmund teil. Engelbrecht wird der *Arischen Bruderschaft* (AB) um Thorsten Heise zugerechnet. Dies unterstreicht auch eine Tätowierung des Logos der AB.

Trügerische Ruhe

In Kirtorf selbst sind die Aktivitäten seit der de facto Schließung des Schweine-

Foto: recherche-nord

Bertram Köhler beim Neonazi-Aufmarsch am 9. November 2019 in Bielefeld.

stalls stark zurückgegangen. Dennoch ist spürbar, wie prägend diese Zeit für viele war und bis heute ist. Statt der organisierten Kameradschaft bildeten sich wieder Cliquen, in denen der rechte Grundkonsens weiter bestehen blieb. Die Szene wurde weniger greifbar. So ist es folgerichtig, wenn auf Gartenpartys in der Nachbarschaft eine Person mit freiem tätowierten Oberkörper sitzt, auf dem ein lieblos überstochenes „White Power"-Zeichen nebst Schriftzug „Kirtorf" noch durchschimmert. Auch in subkulturellen Kreisen bemühten sich einige nach der Repression ihre Zugehörigkeit zur Naziszene zu kaschieren.
Zwei ehemalige Mitglieder der Band *Gegenschlag* gründeten 2008 die Oi-Band *Extrem Unangenehm*. Die Band gab sich — typisch Grauzone — als unpolitisch, verklärte die Naziaktivitäten, mit denen sie nichts mehr zu tun hätte, und trat fortan öffentlich auf (vgl. LOTTA #47, S. 19). Die Konzerte der Band wie auch *Onkelz*-Parties in der Region wurden zum Ersatz der klandestinen Rechtsrockkonzerte. Hier war es kein Problem, wenn auf volltätowierten Oberkörpern irgendwo noch ein Nazisymbol zu sehen war oder der Schriftzug „Berserker" in großen Lettern auf dem Rücken prangte. Köhler reichte dies nicht: Er veranstaltete im Dezember 2018 auf seinem Gelände eine Sonnenwendfeier, die allerdings klein ausfiel, auch da die Stadt ein Feuer untersagte. Zudem kündigte er an, politisch wieder aktiver zu werden. Im folgenden Jahr lief er bei rechten Aufmärschen in Kassel und Bielefeld mit. Im Januar 2021 starb er überraschend. Seine Beisetzung spiegelte vor allem seine Bedeutung für die lokale Szene wider: Es reiste keine überregionale „Prominenz" an, doch einige der ehemaligen *Berserker* waren auf dem Kirtorfer Friedhof zugegen. Kürzlich formierte sich dann *Gegenschlag* wieder und veröffentlichte gemeinsam mit der Rechtsrockband *Projekt 8.8* im Sommer 2021 die Split-CD „Damals wie heute". Darauf beschimpft die Band auch Aktivist*innen aus dem nahe gelegenen Dannenröder Forst, wo sich während des Protests gegen die Teilrodung des Waldes immer wieder Neonazis einfanden, um die Aktivist*innen zu bedrohen.

Heute

Zwischenzeitlich stand Kirtorf erneut im Fokus medialer Berichterstattung, da seit Sommer 2018 zwei Fälle des hessischen Polizeiskandals bekannt sind, in die insgesamt drei Polizisten mit Wohnsitz in Kirtorf involviert sind. Im Grunde ist es kaum verwunderlich, dass einer der Polizisten es offenbar für unproblematisch hielt, Engelbrecht via *Facebook* persönliche Glückwünsche zum Geburtstag zu übermitteln (vgl. LOTTA #74, S. 33—35), da dieser vornehmlich als Familienvater wahrgenommen wird, obwohl er auf geposteten Bildern im Kreis der Familie Kleidung von Neonazimarken trägt. Im Januar 2019 fragten Journalist*innen der *taz* Bürgermeister Künz nach Engelbrecht, der sagte, er sei auch gut integriert, er habe ja jetzt Kinder.
Eine Abgrenzung im alltäglichen Leben findet nach wie vor kaum statt, daran hat auch ein 2004 gegründetes Bürgerbündnis nur wenig geändert. In eben diesen gesellschaftlichen Verhältnissen haben sich viele Neonazis, auch einer jüngeren Generation, eine nie gefährdete bürgerliche Existenz aufgebaut. Sie bietet sowohl das Fundament, als auch den notwendigen Rückzugsraum. Man ist noch mit den weniger aktiven „Kameraden" aus der Hochzeit lose verbunden, trifft sich im Privaten oder in Kneipen. Außer den teils ausgeblichenen Tätowierungen erinnert kaum noch etwas an die martialisch auftretenden Skinheads. Vielmehr werden die meisten als Familienmenschen beschrieben oder als nette NachbarInnen mit geregelter Arbeit, als würde dies Szeneaktivitäten ausschließen.

Von Lucius Teidelbaum

Anhaltende Unschärfe im Gesamtbild

Die rechtsterroristische „Gruppe S“ vor Gericht — Teil III

Relativ wenig beachtet findet in Stuttgart vor dem Oberlandesgericht seit neun Monaten der Prozess gegen die „Gruppe S“ statt. Zwölf Personen wird vorgeworfen, eine rechtsterroristische Vereinigung gegründet oder unterstützt zu haben. Es bleibt jedoch nebulös, was am 8. Februar 2020 im ostwestfälischen Minden geschah und was die einzelnen Angeklagten im Sinn hatten.

Laut von der Anklageschrift abweichender Einschätzung des Strafsenats wurde an diesem Tag in Minden von acht Personen eine terroristische Vereinigung gegründet, vier weitere Anwesenden und ein Nichtanwesender werden als „Unterstützer“ gewertet. Alle gehören zur extremen Rechten und fanden letztendlich über *Telegram*-Chat-Gruppen zusammen. Das Treffen in Minden war für die meisten das zweite realweltliche Treffen, vom Demobesuch am 3. Oktober 2019 in Berlin abgesehen. Einige trafen sogar zum ersten Mal auf die anderen.

Im Verfahren kristallisieren sich zwei denkbare Versionen heraus.

Version 1: Einvernehmliche Terrorplanung

Eine Möglichkeit wäre natürlich, dass in Minden tatsächlich nahezu einvernehmlich eine rechtsterroristische Gruppe gegründet wurde — mitsamt Geldzusagen für Waffen, Waffenbeschaffungs- und — noch abstrakt gehaltenen — Anschlagsplänen auf Gläubige beim Moscheebesuch. Sechs Tage rückte das LKA BaWü an und nahm alle bis auf einen fest. Daher schaffte es die Gruppe nicht, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Sie hatte zwar noch keine konkreten Ziele vereinbart und auch noch nicht das zugesagte Geld für den Waffenerwerb eingesammelt, die erforderliche Summe war aber bereits durch verbindliche Zusagen der Beteiligten zusammengekommen. Und die nächsten Schritte waren bereits abgesprochen. Gewährsmann für diese Version ist der Angeklagte **Paul-Ludwig U.** Er informierte die Polizei seit Sommer 2019 freiwillig über die sich herausbildende Struktur, offenbar ohne offiziellen Status als V-Mann oder Informant. Seine Angaben sind allerdings mit Vorsicht zu genießen, zumal er in seinen Berichten an das LKA häufig zu Übertreibungen und fantasievollen Interpretationen zu neigen schien. So behauptete er etwa, dass 2.000 gewaltbereite Kämpfer in Gruppen organisiert und abrufbereit seien. In vielen seinen Erzählungen scheint es einen wahren Kern zu ge-

ben, um den herum er kräftig ausschmückte.

Version 2: Nur wenig Begeisterung für Terrorpläne

Es trafen am 8. Februar 2020 extrem rechte, großteils gewalterfahrene Personen zusammen. Einige hatten Ideen für Aktionen, die effektiver sein sollten als Demonstrationen oder Plakataktionen oder waren sich zumindest einig, dass eine härtere Gangart vonnöten sei. **Werner Somogyi** hatte das Treffen arrangiert, um herauszufinden, wer bei seinen Plänen — durch bewaffnete Angriffe den „Tag X“ auszulösen und damit einen Systemumsturz einzuleiten — mitziehen würde. Die laut Aussagen mehrerer Angeklagter von U. eingebrachte Idee, Moscheen als Anschlagsziele ins Visier zu nehmen, verhallte aber folgenlos. Somogyi selbst ging vorsichtiger vor. Er fragte die Anwesenden, wer von ihnen persönlich eine „offensive“ und wer eine „defensive“ Vorgehensweise bevorzugen würde. Aber was verstanden die Befragten darunter? Die Mehrheit der Gruppe zog bei Terroranschlägen nicht mit. Nicht durch aktiven Widerspruch oder aus Menschenliebe, sondern aus Angst vor den Konsequenzen und weil Mordaktionen trotz ihrer rassistischen Einstellung nicht zu ihrem Handlungsrepertoire gehört. Einige sagten mehr oder weniger engagiert Unterstützung beim Kauf von Waffen zu, wollten sie aber nicht selbst offensiv einsetzen. Mehrere Teilnehmer waren zudem mit ganz anderen Erwartungen zum Treffen gekommen, ihnen wurde das Ganze unheimlich. Beispielsweise der zwischenzeitlich verstorbene **Ulf R.**, der verspätet dazu gestoßen war und sich laut Aussagen anderer Beschuldigter sichtbar unwohl gefühlt hätte.

In einzelnen Telefongesprächen, die vor Gericht als Beweismittel eingeführt wurden, fantasierten zwar einige Beschuldigte immer wieder vom „Endkampf“ am „Tag X“ und von Gewalt, aber beim konkreten Appell zuckten sie dann möglicherweise doch zurück. Eventuell waren sie noch nicht so weit, und es fehlte die Gruppen-Dynamik. Einige kannten einander vor dem Mindener Treffen nicht einmal. Somogyi zeigte sich Tage nach dem Mindener Treffen in einem Telefonat mit seinem Vertrauten **Tony Ebel** sehr enttäuscht: „Wochen- und monatelange Arbeit im Arsch. [...] Monate- und jahrelang checkt man die Leute, und dann kommt immer noch nicht das rum, was man sich vorstellt.“

Die Mission des Paul-Ludwig U.

Fragen stellen sich zum Verhältnis von U. zu den Behörden. Diese griffen gerne zu, als sich die Möglichkeit auftat, kostenlos Informationen abzugreifen. U. blieb hierbei aber stets unkontrollierbar. So spazierte er mehrfach mit einer Schusswaffe durch die Gegend, so auch anlässlich des ersten Treffens Ende September 2019 in Alfdorf bei Stuttgart. Man kann mutmaßen, dass LKA und GBA ihm Versprechungen machten oder ihn zumindest in dem Glauben ließen, dass eine weitere Zusammenarbeit und ein Dranbleiben Vorteile für ihn mit sich bringen würde. U. blieb dran, zu welchem Preis auch immer, zumal seine Hauptmotivation die Aufmerksamkeit gewesen sein dürfte, die ihm als „wichtigem Informanten“ zuteil wurde, was sich deutlich in den polizeilichen Vernehmungen und auch in seinen Telefonaten mit unbeteiligten Personen, denen er stolz von seiner Mission berichtete, zeigte.

Die Verteidiger*innen der anderen Angeklagten versuchen U. als Agent Provocateur, Manipulator, Spinner und Gewaltverliebten darzustellen; ihren Mandanten selbst sei es nie um Terror gegangen. Doch obwohl es manipulative Anteile in den Aussagen von U. geben mag, erscheint das sehr unrealistisch. Dennoch peitschte U. die Gruppe an, beispielsweise mit seinem Vorschlag in Minden, man könnte ja die große Moschee in Köln angreifen. Vor dem OLG schweigt U., aber in seinen Aussagen bei den Behörden gab er selbst zu, den Hardliner gespielt zu haben — angeblich, um nicht aufzufallen und zwecks Informationsweitergabe weiterhin in die konkreten Vorbereitungen eingebunden zu werden.

Werner Somogyi und der „Tag X“

Nachdem während des Prozesses immer offensichtlicher geworden war, dass ein Bestreiten von Somogyis rechtsterroristischen Plänen wenig Erfolgsaussichten hat, rückte für die meisten Verteidiger*innen neben Paul-Ludwig U. auch Werner Somogyi in den Fokus, für das Geschehen verantwortlich zu sein. Selbst Tony Ebel rückte vorsichtig von ihm ab. Dabei hatte er gemeinsam mit Somogyi gezielt kampfbereites Personal für die Gruppe rekrutiert und mit ihm Kontakte, körperliche Fitness, Entschlossenheit und Verschwiegenheit von potenziellen Mitstreitern bewertet.

Klar ist: Die „Gruppe S“ orientierte auf einen „Tag X“. Doch ging es den einzelnen Beschuldigten darum, am „Tag X“ vorbereitet zu sein, um sich dem halluzinierten „Feind“ entgegenzustellen, oder — wie ihnen die Anklage vorwirft — darum, durch Terrorakte selbst diesen „Tag X“ auszulösen? Auf Somogyi und wahrscheinlich auch Ebel dürfte die zweite Möglichkeit zutreffen. Aber auf wen noch?

—

Anmerkung:

Der Prozess wird kritisch beobachtet. Siehe hierzu twitter.com/prozessbeo und prozessbeobachtung.org

Foto: Marco Kemp

Alexander Karnath (Bildmitte mit „Thor Steinar"-Jacke „Walhalla")
beim Trauermarsch für Siegfried Borchardt am 9. Oktober 2021 in Dortmund.

Von Tobias Hoff

„Keine Rechtsrock-BRAVO"

Das Projekt „Rock Hate"

Unter dem Namen „Rock Hate" haben sich seit Sommer 2019 verschiedene neonazistische Medienformate herausgebildet. Ob „Telegram"-Kanal und -Chat, Podcast oder Print-Magazin, hier findet sich alles rund um „Musik, Politik und Widerstand". Hinter dem Projekt verbirgt sich mit Alexander Karnath ein alter Bekannter der nordrhein-westfälischen Neonazi- und RechtsRock-Szene.

Im August 2019 ging auf dem Messenger-Dienst *Telegram* der Kanal *Rock Hate* online, der heute rund 3.000 Abonnent*innen aufweist. Der Schwerpunkt des Kanals liegt seit Beginn auf dem Bereich Musik und liefert neben Besprechungen und Veranstaltungsankündigungen diverse Neuigkeiten aus der Welt des RechtsRock. Gründe für die Erstellung des Kanals waren nach eigenem Bekunden die „massiven Einschränkungen" und die „Zensurgewalt" von anderen Social-Media-Plattformen wie beispielsweise *Facebook*. Von Beginn an verstanden die Admins des Kanals das Projekt nicht nur als Musik- und Subkultur-Format, sondern explizit auch als überparteiliche Plattform des „Nationalen Widerstands": „Egal ob Ein Prozent, FSN, AfD, Dritter Weg, Die Rechte, NPD, Pegida, Tommy Frenck, Volkslehrer, oder wer auch immer, — wir reichen allen Patrioten die Hand und wir lassen uns auch nicht vorschreiben mit wem wir zusammenarbeiten und mit wem nicht", so die Verlautbarung. Recht schnell entwickelte sich neben dem Kanal auch der Chat *Rock Hate*-Forum auf *Telegram*, das als Diskussions- und Austauschort dient. Waren es vor rund 15 Jahren Neonazi-Foren wie *freier-widerstand.net* oder *thiazi.net*, die auch für den Bereich der neonazistischen Musikwelt eine wichtige Bedeutung hatten, kommen heute diverse Musiker, Labelbetreiber und selbsternannte „Szenegrößen" mit „Otto-Normal"-RechtsRock-Hörer*innen im *Rock Hate-Forum* zusammen.

Alter Bekannter

Betreiber der *Rock Hate*-Formate ist der 45-jährige **Alexander Karnath**, der früher in Wülfrath lebte, heute aber offenbar in Velbert (beides Kreis Mettmann bei Düsseldorf) lebt und eine lange Geschichte in der extremen Rechten in der Region vorzuweisen hat. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre ist er in der lokalen und regionalen Neonazi-Szene aktiv und durchlief hierbei diverse Gruppierungen. Schon um das Jahr 2000 war er einer von 36 Beschuldigten in einem Verfahren gegen den Velberter *Siepensturm*, gegen die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wurde. Um das Jahr 2003 war Karnath „Stützpunktleiter Mettmann“ des *Kampfbundes Deutscher Sozialisten* (KDS) und bewegte sich dann kurze Zeit später in den Reihen des *Freundeskreises Nationaler Politik* (FNP) und der Gruppierung *Autonome Nationalisten Wuppertal/Mettmann*, die Teil der Vernetzungsstruktur des damals in NRW aktiven *Aktionsbüros Westdeutschland* (AB-West) war. Bei vom AB-West zu jener Zeit des Öfteren durchgeführten Aufmärschen übernahm er zwar Ordnertätigkeiten, schaffte es innerhalb der NRW-Strukturen der „Freien Kameradschaften“ aber nie, eine Führungsrolle einzunehmen.

RechtsRock

Seit Mitte der 2000er Jahre tritt Karnath als Musiker diverser RechtsRock-Bands in Erscheinung. Ende 2005 gründete er zusammen mit den beiden Brüdern **Marco** und **Tobias C.** die Band *Dux et Patria*. Nach wenigen Veröffentlichungen war Anfang der 2010er Jahre aber von der Band nichts mehr zu vernehmen. In den letzten Jahren trat Karnath unter anderem mit dem Projekt *Farben des Krieges* in Erscheinung, an dem auch der Dortmunder **Matthias Drewer** und der frühere Sänger der Band *Notwehr*, **Stefan Strasda** aus Velbert, beteiligt waren. Strasda und Karnath kennen einander seit den 1990er Jahren und gehörten beide der Neonazi-Truppe *Nationales Forum Niederberg* an, die Ende der Neunziger von dem anschließend nach Bayern verzogenen Neonazi **Norman Bordin** geleitet wurde. Die gemeinsame Arbeit an dem Band-Projekt *Farben des Krieges* führte letztendlich dazu, dass Strasda und Karnath die Velberter Band *Notwehr* wiederbelebten. Nach über 20 Jahren veröffentlichte *Notwehr* 2020 wieder ein Album, und es fanden auch vereinzelt Live-Auftritte statt. „Die wieder gegründete Kult-Kapelle NOTWEHR wollte ihren ersten Auftritt seit 20 Jahren hinlegen! [...] Die Zuschauer flippten völlig aus und brüllten sich die Seele aus dem Leib“, heißt es beispielsweise in einem Bericht über ein Konzert am 27. April 2019 in Kirchheim (Thüringen), auf dem neben *Notwehr* auch *Scott and Steve* von *Fortress*, *Killuminati* sowie *Kraftschlag* auftraten. Erschienen ist der Konzertbericht in der ersten Ausgabe des *Rock Hate*-Magazins.

Abgrenzung von „Rock Nord“

„Wir sind keine Rechtsrock-BRAVO und Hobbynationalisten, so wie damals z.B. das Rock Nord. Dafür ist uns die aktuelle Lage in Deutschland und Westeuropa einfach zu ernst. Aus dem Grund führen wir, neben Interviews mit Kameraden aus dem musikalischen Widerstand, auch Gespräche mit Parteileuten/Funktionären, Straßenaktivisten und unbekannten Politischen Soldaten“: So stellte sich das im Jahr 2021 erstmalig erschienene *Rock Hate*-Magazin seinen Leser*innen vor. Dass sich das *Rock Hate*-Magazin von dem bis 2005 erschienenen Rechts-Rock-Hochglanzmagazin *Rock Nord* abgrenzt, überrascht nicht, galt dieses vielen in der Szene doch als kommerziell und szenefremd. Bis Ende 2021 wurden drei Ausgaben das *Rock Hate*-Magazins veröffentlicht. Das Impressum liefert die *Küsten-Textil UG* im thüringischen Artern. Dahinter verbirgt sich der Neonazi **Nils Budig**, der mit seiner Firma für eine Reihe von Labeln und Vertrieben verantwortlich zeichnet, die maßgeblich mit dem internationalen Netzwerk der *Hammerskin Nation* verbunden sind. Eines dieser Labels — *Front Records* — dient nicht nur *Notwehr*, sondern auch Karnaths aktueller Band *Kriegstreiber* sowie einem im Dezember 2021 erschienenen „Rock Hate Sampler“ als Veröffentlichungsstruktur. Für das Layout des *Rock Hate*-Magazins ist **Martin Wegerich** (*Vlanze Graphics*) zuständig. Karnath selber steckt offenbar hinter einem Großteil der namentlich nicht gekennzeichneten Inhalte und Band-Interviews. Darüber hinaus finden sich die üblichen Verdächtigen wie **Christian Worch**, **Dieter Riefling** oder **Patrick Schröder**, die Artikel und Beiträge liefern. In der Erstausgabe des Heftes war neben einem Interview mit *Notwehr* auch ein Portrait von Karnaths Band *Kriegstreiber* zu finden — völlig objektiv und uneigennützig natürlich.

Lückenschließer?

Zwar existieren auch heute noch einige wenige klassische Fanzines der neonazistischen Skinhead-Szene wie das *Love of Oi* oder das *De Kahle Plaat*, aber ein „authentisches“ Szenemagazin für den Bereich RechtsRock existierte lange Zeit nicht. Diese Lücke scheint aber nicht nur Karnath mit seinem Heft schließen zu wollen. Ende 2021 sind mit dem *Frontmagazin* und dem *Oldschool Records*-Labelheft „Keep Rocking The System“ zwei weitere neue Hochglanzdruckerzeugnisse der RechtsRock-Szene erschienen. Es bleibt abzuwarten, ob Karnath es schafft, ein Magazin für die neonazistische Szene zwischen „Bewegung“ und Musik zu etablieren. Falls nicht, bleibt ihm immer noch der *Telegram*-Kanal. Geld lässt sich mit diesem aber sicherlich nicht verdienen...

Von Jacob Weyrauch

Alternder Welterklärer

Der umtriebige Neonazi Günther Kümel

Bei „Recht und Wahrheit"-Lesertreffen, der Partei „Der III. Weg" und rechten Studentenverbindungen tritt er auf: Günther Kümel, der 1965 den österreichischen Antifaschisten Ernst Kirchweger erschlug, lebt seit mehreren Jahrzehnten unbehelligt im Rhein-Main-Gebiet. Noch in den 2000er Jahren war er an der Frankfurter Universität tätig, seit einigen Jahren veröffentlicht er immer häufiger in diversen Neonazi-Zeitungen.

Anfang der 1960er Jahre in Wien: Österreichische Deutschnationale propagieren die Solidarität mit dem vermeintlichen „Freiheitskampf" in Südtirol. Eine *Gruppe Werwolf* begeht im Jahr 1961 gar mehrere Sprengstoff- und Schussattentate. Unter ihnen sind Alt- und Neonazis, die noch danach jahrzehntelang in Österreich aktiv waren: etwa der Holocaustleugner **Gerd Honsik** oder der Neonazi **Norbert Burger**, beide inzwischen verstorben. An einer Reihe von Anschlägen, unter anderem ein Brandbombenanschlag auf die italienische Botschaft in Wien im Mai 1961, beteiligt sich auch ein junger Jurastudent. Sein Name: **Günther Kümel**. Ein Jahr später wird er wegen „Übertretung des Waffengesetzes" zu zehn Monaten Arrest verurteilt, allerdings schon nach fünf Monaten entlassen. Kümel, Jahrgang 1941, repräsentiert dabei eine neue, jüngere Generation der extremen Rechten. Er ist in dieser Zeit Mitglied der FPÖ-Studierendenorganisation *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) und der Wiener *Burschenschaft Olympia*. Im Jahr 1965 eskaliert die Auseinandersetzung um den antisemitischen, mit der NSDAP weiterhin sympathisierenden Wiener Universitätsprofessor **Taras Borodajkewycz** in Straßenschlachten. Kümel erschlägt dabei den 67-jährigen **Ernst Kirchweger**, der in der NS-Zeit als KPÖ-Mitglied im antifaschistischen Widerstand aktiv gewesen war. Da das Gericht darin aber keinen Totschlag, sondern nur eine „putative Notwehrübertretung" sieht, muss Kümel lediglich fünf Monate in „strengem Arrest" absitzen. Im Februar 1966 kommt er frei. Sein Studium, bei dem er zwischenzeitlich das Fach zu Chemie gewechselt hatte, setzt er in Innsbruck fort und arbeitet anschließend als Virologe in Deutschland.

Vielschreiber und Vielredner

Heute wohnt Kümel, der sich inzwischen Gunther und nicht mehr Günther nennt, in Waldems im Hintertaunus. Er selbst gibt an, in Würzburg als Virologe gearbeitet zu haben. In den späten 1970er Jahren ist er an der Universitätsklinik des Saarlandes in Homburg beschäftigt. In den 1980er Jahren wechselt er an das Frankfurter Uni-Klinikum, seine Mitarbeiter-Mailadresse der Universität befindet sich noch 2004 im elektronischen Adressbuch von **Horst Mahler**. Zudem tritt er seit den späten 1980er Jahren regelmäßig als Verfasser von Leserbriefen in Erscheinung. Zu Beginn der 2000er Jahre ist er häufiger Autor in der Leserbriefspalte der *Jungen Freiheit*, unterzeichnet Offene Briefe und Appelle aus dem Spektrum der extremen Rechten und kommentiert später auch eifrig auf diversen Internet-Blogs.

In den letzten Jahren scheint sich Kümels publizistische Tätigkeit zu intensiveren. Die Gründe hierfür bleiben unklar: möglich, dass Kümel, der inzwischen im Ruhestand ist, nun über die nötige Zeit verfügt. Zu prüfen wäre indes, ob er auch in seiner Zeit als Angestellter des Landes Hessen bereits unter

Pseudonym aktiv war. Seit 2019 erschienen mehrere Texte von Kümel in *Recht & Wahrheit* sowie in *Volk in Bewegung* und er trat in unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten auf. Im September 2020 referierte er beim hessischen Ableger der Partei *Der III. Weg*, auch auf *Recht & Wahrheit*-Lesertreffen und bei mindestens einer Studentenverbindung war Kümel in den letzten Jahren zu Gast. Dabei referiert er über die verschiedensten Themen: Mal spricht er nach Art eines „Zeitzeugenvortrags" über seine Zeit im österreichischen Neonazismus, mal über die Kriegsschuld des Ersten oder auch des Zweiten Weltkriegs, über die politische Linke, über Migrationsthemen oder die Rolle des Christentums in der abendländischen Philosophie.

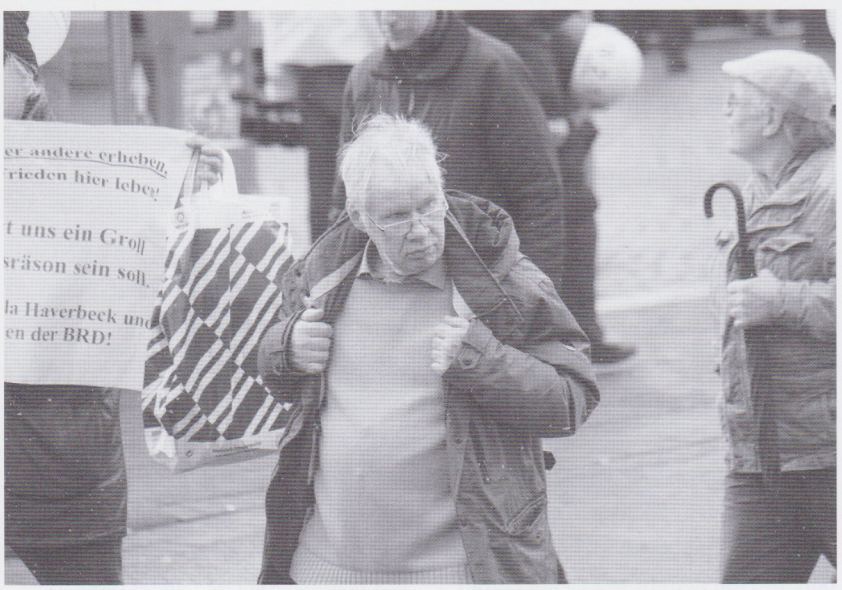
Kümels Selbstinszenierung als Universalgelehrter mag auch darin begründet sein, dass der Pensionär keine negativen beruflichen Folgen mehr zu fürchten hat. Nun kann er, offenbar unterbeschäftigt, seinen geschichtsrevisionistischen Thesen freien Lauf lassen — und das vermutlich ermöglicht durch staatliche Pensionsleistungen. Sein wichtigtuerischer Schreibstil, dem ein Hang zu Pseudo-Ironie innewohnt, offenbart, dass Kümel sich selbst für einen großen Literaten hält und sichtlich in die eigene, vermeintlich spitze Feder verliebt ist. Dabei schreibt er nicht nur eigene Meinungsbeiträge zu allen möglichen Themen, sondern fühlt sich wie selbstverständlich dazu berufen, andere Beiträge durch Leserbriefe und ähnliches zu kommentieren. In freudiger Erwartung etwaiger Korrespondenz gibt er dort oft seine Mail-Adresse oder postalische Anschrift an. Offenbar benutzt Kümel auch Pseudonyme. So meldet sich in der Internet-Kommentarspalte des *Compact*-Magazins häufig ein „Peter Fassbender" zu Wort, der als Kontakt Kümels private E-Mail-Adresse nennt.

Der Virologe und die Pandemie

In seinen Artikeln schimpft Kümel über die vermeintlich großen Probleme der Gegenwart, worunter für ihn unter anderem „Genderismus", „Klimahysterie", der Rechercheverbund *Correctiv* und das „Revoluzzer-Netzwerk" *Extinction Rebellion* fallen. Hinter all dem vermutet Kümel in antisemitischer Manier den US-amerikanischen Investor **George Soros**. Auffällig ist, dass sich Kümel, obwohl er selbst promovierter Virologe ist, kaum zur COVID-19-Pandemie äußert. In den Chor der verschwörungsideologischen Rechten, die die Pandemie oder die Wirksamkeit von Impfungen leugnen, stimmt er nicht mit ein, schimpft im Frühjahr 2020 sogar darüber, dass die BRD so schlecht gegen die Pandemie gewappnet sei und bietet selbstgemischtes Desinfektionsmittel in Internet-Kommentaren an. Danach äußert er sich nicht mehr zur Pandemie-Politik, grenzt sich aber auch nicht zu jenen Spektren der Rechten ab, die den Schulterschluss mit „Querdenken"-Demos propagieren. Es gibt bislang keine Informationen darüber, dass Kümel auf entsprechenden Veranstaltungen aufgetreten wäre und seine virologische Expertise zur Verfügung gestellt hätte.

Inszeniertes Gelehrtendasein

In anderen gesellschaftlichen Milieus würde jemand, der zu allem etwas zu sagen hat und sich selbst als Gelehrter wähnt, wohl als neunmalkluger Schwätzer gelten. Kümel dagegen treibt seine Selbstinszenierung offensiv voran und trifft in seinem Publikum auf große Autoritätsgläubigkeit. Seine Geschichte als militanter Neonazi, der einen Antifaschisten erschlug, verleiht ihm Ansehen und Authentizität. Seine radikalisierende Wirkung auf ein junges rechtes Publikum ist deswegen nicht zu unterschätzen. Seine politische Haltung hält Günther Kümel auch in seiner Nachbarschaft nicht zurück, vor seinem Haus parkt ein PKW mit Aufklebern der *Identitären Bewegung*, auf denen groß der Schriftzug „Remigration" prangt. Konsequenzen musste er in den vergangenen Jahrzehnten wohl nicht erleben.



Unter Gleichgesinnten: Gunther Kümel beim Aufmarsch für die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck am 10. November 2018 in Bielefeld.

Foto: Antifaschistische Recherche

Thomas Wagner (links) am Rande eines Neonazi-Konzertes am 15. Juli 2017 in Themar (Thüringen), das von den „Turonen" mitorganisiert wurde.

Von Simon Tolvaj

RechtsRock, Drogenhandel, Geldwäsche

Das kriminelle Netzwerk der Thüringer „Turonen"

Am 26. Februar 2021 ging die Polizei mit Razzien in Thüringen, Hessen und Nordrhein-Westfalen gegen einen Kreis von Neonazis vor, die einen schwungvollen Handel mit Drogen betrieben haben sollen. Gegen knapp 20 Personen wird ermittelt, acht von ihnen sitzen in Untersuchungshaft, darunter der Aachener Neonazi Timm Malcoci und der „Szeneanwalt" Dirk Waldschmidt aus Hessen.

Die Polizei wirft den Beschuldigten vor, in 48 Fällen größere Mengen illegalisierte Drogen beschafft und verkauft zu haben. Bei den Razzien im Februar wurden unter anderem ein Kilogramm Kokain und Crystal Meth sowie 120.000 Euro Bargeld sichergestellt. Der Kopf der Gruppe soll der 46-jährige **Thomas Wagner** aus Ballstädt bei Gotha gewesen sein. Um ihn besteht seit vielen Jahren eine neonazistische Struktur, die im sogenannten Rotlicht-Milieu im Osten und Süden von Thüringen aktiv ist. Deren Kern tritt seit 2015 im Stil einer Rockergruppe unter dem Namen *Turonen* auf. Gegen Mitglieder der *Turonen* gibt es seit 20 Jahren immer wieder Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Körperverletzungen, der Produktion volksverhetzender Musik, Verstößen gegen das Waffengesetz und vieles mehr. Die *Turonen* sind der Thüringer Ableger des internationalen *Combat 18*-Netzwerks und spielen eine gewichtige Rolle im RechtsRock-Business. Sie beteiligen sich an der Organisation von Neonazi-Konzerten bis hin in die Schweiz, um sie herum besteht ein Netzwerk von Rechts-Rock-Bands mit Namen wie *Erschießungskommando* oder *N.A.Z.I.*, die in ihren Texten die Ermordung politischer Gegner*innen propagieren. Die Politik vor Ort saß das Problem jahrelang aus, Polizei und Justiz blieben oft untätig oder erwiesen sich als zahnlos. So festigte sich eine neonazistische Struktur, die sich zunehmend für unangreifbar hielt. *Turonen* kauften Immobilien, richteten dort Räume für Konzerte und Kampfsport-Trainings ein, sie betreiben ein

Bordell und leisten sich einen Fuhrpark mit Stretch-Limousine.
Bundesweit Bekanntheit erlangte die Gruppe um Wagner durch den Überfall am 9. Februar 2014 auf eine Kirmesgesellschaft, die in einem Kulturhaus in Ballstädt feierte. Ein Dutzend Neonazis stürmte in den Raum, zertrümmerte die Einrichtung und verletzte mehrere Personen schwer. Nach einem Prozessmarathon, der im Juli 2021 endete, wurden neun Neonazis zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Kein einziger der zum Teil einschlägig vorbestraften Angreifer muss wegen dieses brutalen Überfalls in Haft.

Ein Drogenlieferant aus Aachen

Das Kokain wurde laut den Ermittlungen im Raum Aachen besorgt und von Kurieren nach Thüringen gebracht. Dem 38-jährigen Aachener **Timm Malcoci** wirft die Polizei vor, Lieferungen organisiert zu haben, zum Beispiel am 19. Februar 2020, als ein Kurier mit einem Kilo Kokaingemisch im Auto auf der Rückfahrt nach Thüringen in eine Polizeikontrolle geriet, bei der man die Drogen fand. Malcoci war einer der Anführer der neonazistischen *Kameradschaft Aachener Land* (KAL) gewesen. Nach dem Verbot der KAL im Jahr 2012 versuchte er sich unter anderem als neonazistischer Rap-Musiker unter den Namen *Nordic Walker* und *Timm Diesel*. Im Duo mit Julian Fritsch (aka Makss Damage) trat er am 15. Oktober 2016 nahe St. Gallen in der Schweiz auf. Die beiden Rapper und vier RechtsRock-Bands spielten an diesem Abend vor über 5.000 Neonazis. Organisiert hatte das Konzert das *Combat 18*-Netzwerk, *Turonen* hatten sich um den Kartenvorverkauf gekümmert und stellten an diesem Abend den Sicherheitsdienst. Ein Teil der Eintrittsgelder (insgesamt etwa 150.000 Euro) diente der Unterstützung der Angeklagten im Ballstädt-Prozess.

Schon in der Vergangenheit ist Malcoci im Zusammenhang mit organisiertem Drogenhandel in den Fokus der Ermittlungsbehörden geraten (vgl. LOTTA #70, S. 30). Seit 2014 hatte die Polizei gegen ihn und weitere Aachener Neonazis ermittelt, die über das Darknet Drogen, hauptsächlich Amphetamine und andere synthetische Drogen, verkauften. Am 31. Mai 2017 wurde die Bande verhaftet. Im Prozess offenbarten sich schwere Ermittlungsfehler der Polizei und der Staatsanwaltschaft. So kam Malcoci im März 2019 mit einer milden Strafe von zwei Jahren und vier Monaten Haft davon. Er legte gegen das Urteil Revision ein und blieb auf freiem Fuß . Spätestens im Februar 2020 begannen dann nach polizeilichen Erkenntnissen die Drogen-Kurierfahrten von Aachen nach Thüringen. Offensichtlich ist, dass weitere Personen aus dem Aachener Umfeld von Malcoci als Drogenkuriere eingesetzt wurden. Wer diese waren, darauf gibt möglicherweise der bevorstehende Prozess Auskunft.

Ein Geldwäscher aus Hessen

In Untersuchungshaft sitzt auch **Dirk Waldschmidt** aus Schöffengrund im hessischen Lahn-Dill-Kreis. Der 56-jährige Rechtsanwalt soll ab Ende 2019 in der Gruppe wichtige Funktionen ausgefüllt haben. So sei es laut den Ermittler*innen Aufgabe des Anwalts gewesen, inhaftierte Gruppenmitglieder juristisch zu vertreten um den Informationsaustausch mit diesen aufrecht zu halten. Zudem soll Waldschmidt einen erheblichen Teil der Drogengelder gewaschen haben. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin **Sonja L.** führte er eine „Unternehmens- und Projektberatungsgesellschaft“, bei der im Oktober 2019 **Andre K.** aus Bad Langensalza als „Facility Manager“ angestellt wurde. Andre K. ist ein Vertrauter von Thomas Wagner. Er war schon am Ballstädt-Überfall beteiligt und soll für den Drogenring Kurierfahrten unternommen haben. Ab 2020 erhielt auch **Sina T.** ein monatliches Gehalt. Sie ist die Lebensgefährtin von Wagner und sitzt ebenfalls in U-Haft. Im August 2020 wurde schließlich Timm Malcoci in Waldschmidts Unternehmen angestellt. Die Polizei konnte nicht feststellen, dass einer der Angestellten irgendeine Arbeit für die Firma leistete.
Im Januar 2020 erwarb Waldschmidt ein Grundstück am Stadtrand von Gotha. Dabei soll er als Strohmann von Thomas Wagner fungiert haben, der auf dem Gelände ein weiteres Bordell errichten wollte. Der Anwalt aus Hessen trat dabei als Bevollmächtigter einer *Immobilien- und Vermögensverwaltung GmbH* auf, die erst im September 2019 gegründet worden war und für die Sonja L. als Geschäftsführerin eingetragen war.
Auch bei einem Fall von Erpressung soll Waldschmidt im Auftrag von Wagner gehandelt haben. So wird Wagner vorgeworfen, im Herbst 2020 von einem ehemaligen Partner in Drogengeschäften 70.000 Euro gefordert zu haben. Dieser jedoch konnte nichts geben, da er schwer drogenabhängig war und deswegen seine Mutter sein Geld verwaltete. Nun wandte sich Waldschmidt an die Mutter und forderte in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt von ihr 35.000 Euro für eine anwaltliche Vertretung und für Darlehen, die er ihrem Sohn habe zukommen lassen. Auch täuschte ihr Waldschmidt vor, dass sie sich bei Nichtzahlung der Beihilfe zum Betrug schuldig mache. Alles war frei erfunden, doch die eingeschüchterte Frau zahlte das Geld.

Der Szeneanwalt als Späteinsteiger

Dirk Waldschmidt tauchte Mitte der 2000er Jahre als knapp 40-Jähriger erstmals in der Neonazi-Szene auf. Er sei „ein komischer Typ“ gewesen, erinnert

sich ein ausgestiegener Ex-Neonazi: „Der kam aus der Bodybuilding-Szene und hatte zuvor eher mit Rockern zu tun gehabt.“ 2005 trat Waldschmidt in die NPD ein und von 2006 bis 2008 war er stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Hessen. Sein fachlicher Ruf als Rechtsanwalt war nie gut, doch er gab sich der Szene kumpelhaft und vertrat Neonazis in juristischen Angelegenheiten für vergleichsweise kleines Geld. Seine Kontakte zu den Turonen bestanden spätestens seit 2015, als er im ersten Ballstädt-Prozess einen der Angeklagten verteidigte. Zuletzt geriet Waldschmidt 2020 als Anwalt von Stephan Ernst, dem Mörder von Walter Lübcke, in die Schlagzeilen. Ernst hatte unter anderem angegeben, er sei von Waldschmidt zu einem falschen Geständnis bewegt worden. So habe der ihm zugesagt, dass seine Familie finanzielle Unterstützung aus der Szene erhalten würde, sollte er die alleinige Schuld für den Mord auf sich nehmen. Waldschmidt bestreitet diese Darstellung.

Alimente für den NSU-Helfer

Neben den Firmen, die er mit Sonja L. führte, betrieb Dirk Waldschmidt seine Rechtsanwaltskanzlei in Schöffengrund. Über das Geschäftskonto der Kanzlei wurde seit Juni 2020 ein monatliches Gehalt an **Ralf Wohlleben** gezahlt. Der war im 2018 als Unterstützer des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Er hatte unter anderem die Ceska-Pistole beschafft, mit dem der NSU seine rassistische Mordserie begangen hatte. Da er bereits sechs Jahre und acht Monate in Haft gesessen hatte, war der Haftbefehl gegen ihn nach dem Urteil aufgehoben worden. Seit vielen Jahren ist ein freundschaftliches Verhältnis von Wohlleben zu den *Turonen* zu erkennen. Zwischen 2014 und 2017 hatten (spätere) *Turonen* mehrere Konzerte organisiert, deren Erlöse unter anderem der Unterstützung von Wohlleben im NSU-Prozess dienten. Der Thüringer Neonazi **Steffen Richter**, heute ein exponiertes Mitglied der *Turonen*, soll im August 2012 dem in der JVA Tonna (Thüringen) inhaftierten Wohlleben ein Kassiber zukommen lassen haben, was dazu führte, dass dieser aus Sicherheitsgründen in die Haftanstalt nach München verlegt wurde. Die „Gehaltszahlungen“ der Kanzlei Waldschmidt an Wohlleben werden von den Ermittler*innen zum Komplex der Geldwäsche des Drogenrings gezählt. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Wohlleben an Straftaten der Bande beteiligt war, möglicherweise wurde er von den *Turonen* aus reiner Freundschaft und politischer Verbundenheit unterstützt. Dennoch könnte er nun in die Bredouille geraten. Er hat beantragt, dass die restliche Haftstrafe aus dem Urteil im NSU-Prozess, immerhin noch mehr als drei Jahre, zur Bewährung ausgesetzt wird. Doch bei der Entscheidung darüber sind laut Strafgesetzbuch unter anderem seine „Lebensverhältnisse und die Wirkungen zu berücksichtigen, die von der Aussetzung für sie zu erwarten sind“. Sollte sich bestätigen, dass er durch Gelder alimentiert wurde, die eine durch und durch kriminelle Neonazi-Bande durch Drogenhandel und Erpressung beschafft hatte, dann würde dies ein sehr schlechtes Licht auf die „Lebensverhältnisse“ des NSU-Helfers werfen.

(Zu) Sicher gefühlt

Die „Legalisierung“ von Geldern über Scheinarbeitsverhältnisse und Immobilienkäufe ist ein in der sogenannten „organisierten Kriminalität“ geläufiges System der Geldwäsche. Doch ist verwunderlich, wie fantasielos die Beteiligten hier vorgingen. Zwar nutzten sie zum Teil verschlüsselte Kommunikationswege, doch fanden die Übergaben der Gelder und der Drogen in den eigenen „Clubräumen“ oder Privatwohnungen statt, die von der Polizei observiert wurden. Dass sich ein kleines Unternehmen in Hessen, das kaum eine Geschäftstätigkeit vorweisen kann, vier Angestellte in anderen Bundesländern leistet, ist enorm auffällig. Es zeigt, wie dreist die Neonazis vorgingen, wie sicher sie sich fühlten. Sollten sich die Vorwürfe im bevorstehenden Prozess erhärten, dann müssen die Angeklagten mit mehrjährigen Haftstrafen rechnen. Und Szeneanwalt Waldschmidt wird sich einen neuen Beruf suchen müssen.

—

Anmerkung:

Näheres zu Timm Malcoci findet sich in den jährlichen Aachener Antifa-Rechercheberichten, siehe akantifaac.noblogs.org/

Timm Malcoci beim Neonazi-Aufmarsch am 24. November 2012 im Remagen.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Parteien (Hessen)

AfD-Splitter

Foto: protest.foto-südhessen

Andreas Lichert, neuer Co-Vorsitzender der AfD Hessen.

Am 20. November 2021 wählte die hessische AfD bei ihrem Parteitag in Frankfurt einen neuen Landesvorstand. Co-Vorsitzender des Landesverbandes ist nun an der Seite des wiedergewählten **Robert Lambrou Andreas Lichert** (vgl. LOTTA #68, S. 44 f.). Die Landtagsabgeordneten **Volker Richter**, **Heiko Scholz** und **Bernd Vohl** wurden zu deren Stellvertretern beziehungsweise zum Schatzmeister gewählt. Als „Beisitzer" fungieren nun neben dem Bundestagsabgeordneten **Jan Nolte** noch **Meysam Ehtemai**, **Sonja Nilz**, **Karsten Bletzer**, **Dimitri Schulz** und **John Csapo**. Unterdessen hat die AfD-Rathausfraktion in Wiesbaden **Sascha Herr** als Referenten angestellt. Im Frühjahr, kurz vor der Kommunalwahl, musste Herr sich noch wegen Bildern rechtfertigen, die ihn mit Neonazis aus der Region auf dem Weg zu zwei RechtsRock-Konzerten zeigten. Die Fraktion äußerte gegenüber der *Frankfurter Rundschau*, dass Herr sich „sehr glaubhaft von jeglicher Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut und der Neonazi-Szene distanziert" habe.

Ermittlungsverfahren (Hessen)

Hausdurchsuchungen

Wegen des Vorwurfs der Rädelsführerschaft beziehungsweise Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wurden am 20. Oktober 2021 in Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hessen 14 Objekte durchsucht. Unter 15 Beschuldigten des *Berserker Clans* befindet sich auch ein 54-Jähriger aus Wiesbaden. Gefunden wurden bei der Razzia unter anderem Schuss- und Schreckschusswaffen, Munition, Hieb- und Stichwaffen, Devotionalien der Vereinigung sowie Betäubungsmittel.
Am selben Tag wurden wegen des Verdachts der Verwendung verfassungswidriger Symbole, Volksverhetzung und Kinderpornographie acht Wohnungen in Hessen durchsucht. Die zwölf Tatverdächtigen zwischen 14 und 54 Jahren sollen sich über Chatgruppen ausgetauscht haben, aus denen eine Drohung hervorgegangen sein soll. Am 1. Dezember 2021 wurden in Hessen Wohnungen von zehn Personen zwischen 19 und 63 Jahren durchsucht, sie sollen im Internet den Holocaust leugnende Inhalte sowie Hakenkreuze verbreitet sowie Politiker*innen bedroht und Frauen sexuell belästigt haben.

Rechte Gewalt (Hessen)

CDU-Kandidat unter Terrorverdacht

Am 11. November 2021 wurde bekannt, dass der 20-jährige **Marvin Euhus** aus Spangenberg (Schwalm-Eder-Kreis) seit September wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz in Untersuchungshaft sitzt. Die Kasseler Antifagruppe *task* informierte darüber, dass der Auszubildende bei der letzten Kommunalwahl für die CDU kandidiert hatte. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hatte erst nach der Bundestagswahl auf Nachfrage über die Verhaftung informiert.

Parteien (NRW)

Neuer JA-Landesvorstand und Landesliste der AfD

Die JA NRW hat am 2. Oktober 2021 einen neuen Landesvorstand gewählt. Als Vorsitzender wurde der Bonner JA-Funktionär und Burschenschafter **Felix Cassel** gewählt. Stellvertreter sind der ehemalige IB-Aktivist **Nils Hartwig** sowie **Maximilian Kneller**. Als Schatzmeister fungiert **Luca Leitterstorf** (JA Köln). **Carlo Clemens** aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis trat nicht mehr zur Wahl an, kandidiert jedoch auf dem aussichtsreichen 8. Platz der AfD-Landesliste zur NRW-Landtagswahl am 15. Mai, die Ende Oktober aufgestellt wurde. Als Spitzenkandidat tritt hier **Markus Wagner** an.

Rassistischer Alltag (NRW)

Beispiele aus sieben Wochen

Am 20. Oktober 2021 ereignete sich ein Brandanschlag auf eine Solinger Familie. Ein 14-jähriger Jugendlicher steht im Verdacht, in Begleitung eines 13-Jährigen einen Brandsatz auf den Balkon eines Mehrfamilienhauses geworfen zu haben. Die Polizei ermittelt wegen versuchten Mordes. In der Nähe des Tatorts wurde ein Mund-Nasen-Schutz mit SS-Runen und Hakenkreuz sichergestellt. Ein antiziganistischer Vorfall ereignete sich mutmaßlich am 22. November. Auf den Gedenkort für die ermordeten Sinti*zze und Rom*nja an der Weißenburger Straße in Dortmund wurde „Zigeuner!!!" geschmiert. Am 21. November kam es in Bonn zu einer rassistischen Bedrohung mit einem Messer, der Angreifer soll mit „Das ist ein deutsches Reichsmesser, ich steche dich ab und bringe dich um" gedroht haben. In der Nacht auf den 5. Dezember 2021 wurde ein Schweinekopf vor der *Selimiye-Moschee* in Dortmund abgelegt. Am 7. Dezember 2021 griff eine Gruppe von fünf Männern einen 13-jährigen Jugendlichen in Neuss auf dem Weg zur Schule an und beleidigte ihn rassistisch.

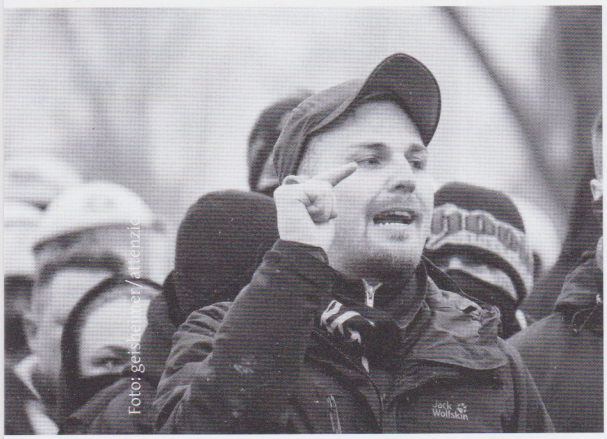


Foto: geisheimer/attenzio

Antisemit und „Gebietsleiter" der Minipartei „Der III. Weg": Julian Bender am 6. Dezember 2020 bei einer „Querdenken""-Kundgebung in Düsseldorf.

Vor Gericht (NRW)

Julian Bender verurteilt

Am 7. Januar 2022 wurde **Julian Bender**, „Gebietsleiter West" der Minipartei *Der III. Weg* in Siegen zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.000 Euro wegen Beleidigung verurteilt. Angeklagt war er allerdings wegen Volksverhetzung. Hintergrund war die Störung eines Stolperstein-Spaziergangs am 27. September 2020, unter anderem durch antisemitische Äußerungen („Scheiß Juden" und „Drecksjuden"). Die Staatsanwaltschaft sah darin den Tatbestand des §130 StGB, also Volksverhetzung, erfüllt und forderte auch aufgrund von Benders Vorstrafen eine neunmonatige Haftstrafe auf Bewährung sowie eine Geldstrafe. Benders Verteidigerin **Wölfel** sah den Tatbestand als nicht erfüllt und verklärte die Aussagen zur Schmähkritik. Das Gericht schloss sich im Wesentlichen der Argumentation der Verteidigerin an, jedoch sei mit den Äußerungen der Rahmen der freien Meinungsäußerung verlassen worden. Das Urteil: 40 Tagessätze zu je 25 Euro wegen Beleidigung.

Pandemieleugner*innen/Impfgegner*innen (NRW)

Beispiele aus dem „Widerstand" gegen die „Corona-Diktatur"

In der Nacht zum 21. November 2021 brannten zwei Testzentren im Münsterland. In Bonn zeigte ein Maskenverweigerer am 29. November mehrfach gegenüber Polizist*innen den Hitler-Gruß, er führte zudem ein Messer bei sich. In Oer-Erkenschwick wurde die örtliche Impfstelle am 6. Dezember mit NS-Gleichsetzungen beschmiert. In der Nacht zum 10. Dezember wurde das Wahlkreisbüro von Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** in Köln mit Parolen wie „Mörder" beschmiert. Ebenfalls am 10. Dezember wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter des Hagener Ordnungsamtes Migrant*innen schikaniert und sich selbst einen „Passierschein" für den Fall einer Ausgangssperre ausgestellt haben soll, auf dem ein Reichsadler mit Hakenkreuz zu sehen ist. Unterzeichnet ist der Schein mit „Adolf Hitler". Der Mann besitzt Waffen und ist in der Schießausbildung tätig. Am Gedenkstein für einen ehemaligen jüdischen Friedhof in Dortmund wurden am 14. Dezember antisemitische und geschichtsrevisionistische Parolen aufgehängt und das „Infektionsschutz-Gesetz" mit dem „Ermächtigungsgesetz" gleichgesetzt.

Rechte Gewalt (RLP)

Angriff auf Trierer Infoladen

Zu Beginn des Jahres versuchten Unbekannte, mit einem Glasschneider ein Loch in die Frontscheibe des *Infoladen Komplex* in Trier zu schneiden. Sie scheiterten am Sicherheitsglas und hinterließen ein dilettantisches Drohschreiben, um die Nutzer*innen einzuschüchtern. Nicht der erste Angriff: Zuletzt wurde im April 2019 die Fensterscheibe zerstört. Die Betreibenden ziehen aus den Angriffen Motivation für weitere linke Politik in Trier.

RechtsRock-Splitter

Live und als CD

Coronabedingt fanden offenbar in den letzten Monaten nur sehr wenige Musikveranstaltungen wie Konzerte oder Liederabende statt. Am 18. September 2021 fand in den Räumen der *Mindener Jungs* im Raum Minden (NRW) ein Konzert mit der Gruppe *Hier und Jetzt* statt. Am 9. Oktober 2021 spielte dort dann *Sturmwehr*. *FreilichFrei* spielte am 23. Oktober in Vallendar (Landkreis Mayen-Koblenz/RLP) auf. Die *Junge Alternative Bielefeld* veranstaltete am 7. November 2021 in den Räumen der Burschenschaft *Normannia Nibelungen* einen Liederabend. Am 23. November 2021 fand in der Nähe von Pirmasens (RLP) ein Liederabend mit *Eidstreu* und *FreilichFrei* statt, am gleichen Ort trat am 4. Dezember 2021 **Frank Rennicke** auf.

Wie in den letzten drei Monaten eines jeden Jahres üblich, erschienen zuletzt wieder diverse neue Tonträger. Schließlich möchten auch extrem Rechte etwas unter den Julfestbaum legen und gelegt bekommen. Die dritte Ausgabe des *Rock Hate*-Magazins (siehe S. 26) ist noch nicht erschienen, aber die erste Ausgabe eines *Rock Hate*-Samplers gibt es bereits. Dieser ist jedoch nicht — wie früher üblich — eine Beilage zum Heft, sondern erschien beim Label *Front Records* und wird für etwa 10 Euro bei diversen Versänden angeboten. Von den acht Liedern des Samplers kommen drei von der Band *Kriegstreiber* um **Alexander Karnath** aus Velbert (Kreis Mettmann/NRW). Jeweils ein Lied trugen die Bands *Pionier*, *Full of Hate* und *K.T.E.* aus Sachsen, *Heureka* aus Baden-Württemberg und das Projekt N.O.B. bei. Letzteres besteht aus Karnath und **Jens Herder**, der als *Der Oberberger* aktiv ist. Von „Johnny Zahngold", also **Benjamin Müller**, besser bekannt als *Henry8*, erschien die CD „14 foichte Toifel" mit Schlagermusik. Vom Projekt *Zoigen Rahowas*, das aus Mitgliedern der Bands *Schwarze Division Sachsen* und *Projekt Chaos* (NRW) besteht, erschien die CD „Glatzen aus Sachsen und Vandalen aus Westfalen". Die Black-Metal-Band *Tronje* aus Hessen veröffentlichte auf *Christhunt Production* die CD „Stahl mit uns".

Burschenschaften/Studentenverbindungen (Hessen)

Veranstaltungen bei Marburger Burschenschaften

Am 30. Oktober 2021 referierte der FDP-Politiker **Gerhard Papke**, Präsident der *Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland* bei der *Marburger Burschenschaft Rheinfranken* zum Thema „Ungarn und die Freiheit in Europa". Am 6. November sprach der Kapitän des „Identitären"-Schiffs „C-Star", **Alexander Schleyer**, bei der *Burschenschaft Normannia Leipzig*. Er hat im *Antaios-Verlag* ein Buch über die rassistische und erfolglose Kampagne der IB veröffentlicht. Die Veranstaltung wurde von Gegenprotesten begleitet.

Möchtegernparteien (NRW)

Neonazistische Resterampe NSP

Vom 13. bis 14. November 2021 fand der Gründungsparteitag der *Neue Stärke Partei* (NSP) in Magdeburg statt. Bisher gibt es allerdings keine Belege, dass es sich um eine Partei im Sinne des deutschen Parteienrechts handelt. Ins Leben gerufen wurde die Gruppierung maßgeblich von den Thüringer Neonazis **Michel Fischer** und **Enrico Biczysko**, die sich mit dem *Der III. Weg* überworfen hatten. Mit der Bekanntgabe der Parteigründung wurden zwei neue „Abteilungen" in Magdeburg und Rheinhessen (siehe separater Kurzbericht) vorgestellt. Die NSP, die sich bisher vorwiegend in Thüringen inszenierte, behauptet, sie baue einen „Stützpunkt Westfalen" auf. Bei einer PEGIDA-Demonstration in Duisburg am 8. November 2021 hielt der offenbar aus Münster (Westfalen) nach Krefeld verzogene **Markus Rahmsdorf** als Vertreter der NSP-„Abteilung Westfalen" eine Rede. Ersten Einschätzungen zufolge dürfte es sich in NRW um Einzelpersonen handeln und die NSP insgesamt politisch bedeutungslos bleiben, wenngleich ihre Kader ideologisch gefestigt und gewaltbereit sind.

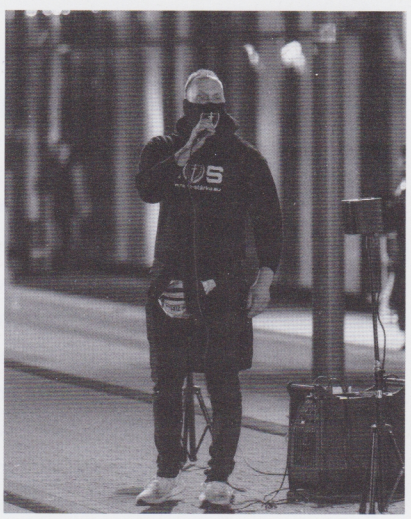


Foto: @infozentrale

Markus Rahmsdorf („Neue Stärke") als Redner auf einer PEGIDA-NRW-Kundgebung am 8. November 2021 in Duisburg.

Parteien (RLP)

„Neue Stärke Partei“

Der Landesverband „Südwest“ der Partei *Die Rechte* firmiert nun als *Neue Stärke Partei* (NSP). Zuvor kam es zu wechselseitigen Besuchen von Neonazis beider Parteien in Thüringen und Rheinland-Pfalz. **Michel Fischer** aus Erfurt sprach beispielsweise bei der Demonstration am 21. August 2021 in Ingelheim. **Florian Grabowski**, bisher Landesvorsitzender von *Die Rechte*, gibt den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NSP. Beim Bundeswahlleiter ist die Partei bislang nicht aufgeführt.

Handschlag mit Hindernissen: Michel Fischer (links) und Florian Grabowski (Mitte) beim „Rudolf-Heß“-Marsch am 21. August 2021 in Ingelheim.

„Kameradschaft Walhalla“ (NRW)

„Die Rechte“ und NPD an Odins Theke

Mehrfach meldeten *Die Rechte* und die NPD aus NRW in den letzten Monaten Abgänge zur „Großen Armee“. Nachdem sich bereits im Oktober **Siegfried Borchardt** verabschiedet hatte, folgte am 1. November 2021 die „Kameradin **Anneliese (Anja) Modler**“ vom *Die Rechte*-Kreisverband Rhein-Erft. „Anja“ habe „unsere politische Arbeit aktiv im Hintergrund“ unterstützt, heißt es im Nachruf. Die NPD Duisburg meldete Ende Oktober 2021 den Verlust ihres ehemaligen Kreisvorsitzenden **Frank Theissen**, der am 26. Oktober verstorben sei. Anfang Dezember 2021 gab *Die Rechte* in Dortmund bekannt, dass am 19. November **Erich Dombrowski** verstorben sei: „War es in den letzten Jahren eher ruhig um ihn, ist doch ein fester Bestandteil der Dortmunder Strukturen gewesen.“ Damit überlebte „Dommi“ („ein absolutes Unikat und ein Pottoriginal“) seinen Kumpel Siggi nur um etwa sechs Wochen.

Ermittlungsverfahren (Hessen)

Verfahrenseinstellungen

Ein Verfahren wegen Körperverletzung gegen einen Sanitäter aus Kassel wurde Mitte November 2021 eingestellt. Ihm war vorgeworfen worden, einem fixierten Mann in einer Unterkunft für Geflüchtete mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihm dabei das Jochbein gebrochen zu haben (vgl. LOTTA #82, S. 41). Obwohl der Vorfall in einem Video zu sehen ist, gab die Staatsanwaltschaft Kassel bekannt, dass der Verdacht sich nicht erhärtet habe. Ebenfalls eingestellt wurden die Ermittlungen gegen **Joachim S.**, der in Verdacht stand, 2018 und 2019 mehrere Brandanschläge verübt zu haben, unter anderem gegen politische Wohnprojekte und Kulturzentren (vgl. LOTTA #78, S. 25 ff.). Bereits Anfang 2020 war er wegen mehrerer Brandstiftungen angeklagt und zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Die Feuer an linken Zentren hatten vor Gericht bis auf zwei Ausnahmen keine Rolle gespielt, ebenso wie eine mögliche politische Tatmotivation (vgl. LOTTA #82, S. 4 f.).

Parteien (RLP)

Abgründe bei der AfD

Wegen verschickter Hitler-Bilder durchsuchte die Polizei am 15. Juni 2021 die Wohnung von **Justin Cedric Salka**. Im Oktober verkündete dieser, aus privaten Gründen sein Amt im Landesvorstand der AfD niederzulegen. Mit der Begründung, Salka sei verzogen, besetzte der Stadtrat von Hachenburg (Westerwaldkreis) zwischenzeitlich die von Salka wahrgenommenen Ausschussplätze neu. Die AfD schlug **Alexander Lehmann** vor, der aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.
Der Verein *Demos* (http://demos-ww.de/) hatte ihn in Zusammenhang mit Aktionen der *Identitären Bewegung* in Berlin und mit dem neonazistischen „Tag der Deutschen Zukunft“ in Dortmund gebracht.
Ende Dezember distanzierte sich die AfD-Fraktion im Kreistag Bad Kreuznach von ihrem Vorsitzenden **Lutz Haufe**, der seinen Posten aufgeben und die Fraktion verlassen musste. Der 59-jährige Polizist hatte Menschen mit Behinderungen als „Problemfälle“ bezeichnet und die Kosten für ihr angeblich „krankhaftes asoziales Verhalten“ thematisiert. Neben strafrechtlichen Ermittlungen prüft das Polizeipräsidium Mainz nun auch disziplinarrechtliche Maßnahmen.

Ermittlungsverfahren (RLP)

Waffenhandel-Verdacht

Weil sich eine österreichische Staatsangehörige im Internet zur Organisation *Right Wing Resistance* bekannt haben soll, durchsuchte die Polizei Mitte November die Kaiserslauterner Wohnung, in der sie und ihr Partner leben. Dort fand sie hunderte Waffen, darunter Armbrüste, Hieb- und Stichwaffen. Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz verdächtigt das Paar, mit den Waffen gehandelt zu haben. Das Paar züchtete außerdem Bullterrier, denen es Namen wie Adolf oder Hermann Göring gab.

Pandemieleugner-/Impfgegner*innen (RLP)

Brandstiftungen, Körperverletzungen und Bedrohungen

Die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen haben in Rheinland-Pfalz zugenommen. Auch das Gewaltpotenzial ist drastisch gestiegen. Häufiger brannte es an Testzentren, wie zum Beispiel am 28. Oktober in Speyer oder am 3. Dezember am Gesundheitsamt in Altenkirchen (Westerwaldkreis). In Wöllstein (Rheinhessen) schlugen Unbekannte auf Gemeindemitarbeiter ein, nachdem sie wegen fehlender Masken einen Imbiss verlassen mussten. Einer Testerin wurde am 19. Oktober in Weilerbach in den Finger gebissen, als sie einen Schnelltest durchführen wollte. Eine 27-Jährige schlug in Ludwigshafen auf eine Mitarbeiterin eines Ladengeschäfts ein, nachdem ihr der Zutritt wegen eines fehlenden Impfnachweises verwehrt worden war. Im Hauptbahnhof Mainz randalierte ein 56-Jähriger, weil das Servicepersonal ihn wegen fehlender Maske nicht bedienen wollte. Zudem kam es zu zahlreichen Drohungen, beispielsweise gegen Impfaktionen und einen Kinderarzt in Neuwied. In einer Trierer Chatgruppe wurde gedroht: „Das diesjährige Weihnachtsfest wird blutig!"

Die „Revolte Rheinland" am 18. Dezember 2021 in Düsseldorf.

Vor Gericht (Hessen)

Gerichtsurteile-Splitter

Der Vater des Hanau-Attentäters wurde am 6. Oktober 2021 zu einer Geldstrafe von 5.400 Euro verurteilt, da er die Angehörigen und Überlebenden des Attentats beleidigt hatte. Ein weiteres Verfahren gegen ihn wegen des Verdachts der Mittäterschaft wurde von der Bundesanwaltschaft am 16. Dezember 2021 eingestellt.

Der frühere Polizist **Fabian G.** aus Kirtorf (vgl. LOTTA #74, S. 33 ff.) wurde am 5. Oktober 2021 wegen illegaler Datenabfragen, Weitergabe von Dienstgeheimnissen sowie illegalen Waffenbesitzes zu einer Geldstrafe von 7.000 Euro verurteilt. Das Teilen von Hitler-Videos in einer Chatgruppe blieb dagegen straffrei, da dieses nicht öffentlich stattgefunden habe.

Bereits am 22. Juni 2021 standen sechs Personen, darunter ein damaliger Polizeianwärter, vor Gericht. Gegen Zahlung von Geldauflagen zwischen 250 und 1.000 Euro wurde das Verfahren eingestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, im Dezember 2018 Gäste einer Kneipe angegriffen zu haben, die wegen des Skandierens rassistischer Parolen interveniert hatten (vgl. LOTTA #73, S. 42).

„Identitäre" Resterampe (NRW/RLP)

Die „Revolte Rheinland"

„Wir stehen ein für unsere Heimat, Kultur und unsere Werte. Unsere junge Bewegung ist aktiv im Rheinland und kämpft für ein freies Deutschland und Europa." Mit diesen Worten stellte sich am 22. November 2021 eine Gruppierung bei *Telegram* vor, die sich *Revolte Rheinland* (RR) nennt. Insgesamt dürfte es sich bisher um weniger als zehn Personen handeln, die in RLP und dem südlichen NRW (insbesondere Bonn) beheimatet zu sein scheinen. Einer der Hauptakteure ist der „Identitäre" **Benjamin Stein**, Ex-NPDler sowie ehemaliger Mitarbeiter des heutigen Fraktionsvorsitzenden der AfD im Landtag Rheinland-Pfalz, **Michael Frisch**. Als erste eigene Aktion, über die RR berichtete, wurde ein Kranzabwurf („Sie starben, damit wir leben können") an einem „Ehrendenkmal" in Sankt Augustin (Rhein-Sieg-Kreis) durchgeführt, „um den deutschen Gefallenen beider Weltkriege zu gedenken". Insbesondere aber mischte die RR bei den Pandemieleugner*innen-Protesten in Düsseldorf, Bonn und Koblenz mit und präsentierte dort antikapitalistische Parolen. Bei der etwa 6.000 Personen starken Demo am 8. Januar 2022 in Düsseldorf trug sie zum Beispiel ein Hochtransparent mit der Botschaft „Die Krise heißt Kapitalismus". Dies führte zu heftiger Kritik aus den Reihen der AfD, zumal im „Patriotischen Block" der RR neben IB- und einzelnen Neonazi-Aktivist*innen auch JA/AfD-Mitglieder und -Funktionsträger mitlaufen. Neben Demoteilnahmen hatte die RR bisher eine IB-mäßige „Kunstaktion" in Koblenz im Programm.

Foto: r-press

Kundgebung von „Lukreta“ und „Bürger für echte Kinderrechte“ am 16. Dezember 2021 vor dem Landtag in Düsseldorf.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2021

Neonazi-Spektrum

In **Wuppertal (NRW)** hielt die Partei *Der III. Weg* am **2. Oktober 2021** eine Kundgebung unter dem Motto „Ein Volk will Zukunft“ mit etwa 15 Teilnehmenden ab. Am **9. Oktober 2021** fand in **Dortmund (NRW)** anlässlich des Todes des Dortmunder Neonazis Siegfried Borchardt eine als Trauermarsch bezeichnete Demonstration der Partei *Die Rechte* statt, etwa 600 Personen beteiligten sich. 13 Neonazis kamen am **9. Oktober 2021** nach **Bingen (RLP)**, um mit der *Die Rechte* und der *Kameradschaft Rheinhessen* „gegen Polizeiwillkür und Repressionen! Für wahre Meinungs- und Versammlungsfreiheit!“ zu demonstrieren. Am **16. Oktober 2021** demonstrierte die *Kameradschaft Rheinhessen* in großer personeller Überschneidung der rund zehn Teilnehmenden mit der Partei *Die Rechte* durch **Alzey (RLP)** und **Wörrstadt (RLP)**. Thema war „Freiheit und Volksgemeinschaft statt Asylterror und Impfwahn“. Am **21. Oktober 2021** fand im **Essener (NRW)** Ortsteil Steele eine Versammlung der extrem rechten *Steeler Jungs* statt, an der sich 60 Personen beteiligten.

In **Remagen (RLP)** demonstrierten am **13. November 2021** etwa 50 Neonazis unter dem Motto „Eine Million Tote rufen zur Tat“. Dass der früher größte jährliche Neonazi-Aufmarsch in Rheinland-Pfalz nochmal um rund die Hälfte geschrumpft ist, könnte auch an dem parallel stattfindenden Marsch der Partei *Der III. Weg* im bayrischen Wunsiedel liegen. Am **21. November 2021** erschienen in diesem Jahr etwa 60 Neonazis zu der jährlichen geschichtsrevisionistischen Gedenkkundgebung am „Feld des Jammers“ in **Bretzenheim (Bad Kreuznach, RLP)**. Auch Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD) besuchte die Versammlung. Am **11. Dezember 2021** hielt die Partei *Der III. Weg* in **Siegen (NRW)** eine als „weihnachtliche Versammlung“ benannte Kundgebung mit einigen Dutzend Teilnehmenden ab. Unter dem Motto „Kampfkultur“ bestritt die Möchtegernpartei *Neue Stärke* am **12. Dezember 2021** einen Aktionstag in vier Städten. In **Bad Kreuznach (RLP)** nahmen 13 Neonazis an einer Kundgebung teil.

„Alternative für Deutschland“ (NRW)

Am **30. November 2021** organisierte die AfD unter dem Motto „Gegen Impfzwang, Inflation, Massenmigration. Das Ruhrgebiet steht auf“ eine Kundgebung in **Dortmund (NRW)**. Unter den 150 Teilnehmenden befand sich auch eine Gruppe aus 20 Neonazis. Im Anschluss an die Versammlung kam es zu einem Angriff durch einige Neonazis auf Antifaschist*innen. Drei mutmaßliche Täter wurden festgenommen, darunter auch Steven F., dem jetzt ein Bewährungswiderruf wegen erneuter Straffälligkeit bevorstehen könnte.

Sonstige (NRW, RLP)

Für den **30. Oktober 2021** organisierte die Gruppierung *Pax Europa* eine antimuslimische Kundgebung in **Köln (NRW)**. 20 Personen beteiligten sich. Am **8. November 2021** fand in **Duisburg (NRW)** eine Demonstration von PEGIDA NRW statt. Unter dem gegen die Corona-Maßnahmen gerichteten Motto: „Für Deutschland — wofür kämpfst du?“ fanden sich 40 Teilnehmende ein. Am **12. Dezember 2021** demonstrierte PEGIDA NRW abermals durch die Stadt, diesmal mit 50 Personen. Erneut wurden unter dem Motto „Kulturerhalt! Freiheit und Solidarität durch Impfpflicht???“ die Corona-Schutzmaßnahmen thematisiert. In **Düsseldorf (NRW)** organisierten mehrere extrem rechte Akteur*innen, darunter Reinhild Boßdorf von der Gruppe *Lukreta* und die AfD-Landtagsabgeordnete Iris Dworeck-Danielowski, am **16. Dezember 2021** eine Kundgebung unter dem Motto „Freiheit! Kein Impfzwang für Kinder“. 80 Personen nahmen teil.

Das Fahrrad: Symbol der Proteste gegen die Janša-Regierung. Foto: Hladnikm

Von Jörg Kronauer

Die Orbánisierung Sloweniens

Ministerpräsident Janez Janša verschiebt das Land politisch nach rechts

Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša fährt einen scharfen Rechtskurs, kooperiert eng mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und versucht, die Medien des Landes komplett auf seine Linie festzulegen. Seine Partei SDS protegiert die slowenischen „Identitären".

Marine Le Pen, Präsidentschaftskandidatin des extrem rechten *Rassemblement National* (RN), absolvierte Ende Oktober 2021 drei wichtige Termine. Höhepunkt war sicherlich ihr Treffen mit **Viktor Orbán** am 26. Oktober in Budapest; Ungarns ultrarechter Ministerpräsident bot der Französin, deren Umfragewerte ins Taumeln geraten waren, die Chance, sich mit dem Empfang durch einen amtierenden Regierungschef medienwirksam auf internationaler Bühne in Szene zu setzen, und Le Pen kostete das weidlich aus. Vier Tage zuvor hatte die RN-Kandidatin ein Gespräch mit **Mateusz Morawicki** geführt, dem amtierenden Ministerpräsidenten Polens; dessen Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, *Recht und Gerechtigkeit*) zählt längst genauso zu den Rechtsauslegern in Europa wie Orbáns *Fidesz*. Ebenfalls am 22. Oktober hatte Le Pen außerdem ein Treffen mit einem dritten Ministerpräsidenten ergattern können: mit **Janez Janša**, dem Regierungschef Sloweniens, der zudem im zweiten Halbjahr 2021 die slowenische EU-Ratspräsidentschaft leitete. Wie Orbán und Morawiecki verhalf Janša damit Le Pen dazu, sich nicht nur als respektabel, sondern auch als international hoffähig zu inszenieren: für die so langsam herannahenden französischen Präsidentschaftswahlen ein starker Trumpf.

Auf EVP-Kurs

Orbán ist seit vielen Jahren für seine Rechtsaußenpositionen bekannt; seine Partei, der *Fidesz*, hat deshalb im vergangenen Jahr nach langem Hängen und Würgen die *Europäische Volkspartei* (EVP) verlassen müssen. Rechts der EVP siedelte sich auf EU-Ebene auch die polnische PiS unter ihrem faktischen Anführer **Jarosław Kaczyński** an; sie hat sich

Foto: European People's Party

Janez Janša (links) mit Viktor Orbán im März 2018.

im Europaparlament nicht zuletzt mit extrem rechten Parteien wie beispielsweise den *Fratelli d'Italia*, den *Schwedendemokraten* oder der spanischen *Vox* in den *European Conservatives and Reformists* (ECR) zusammengeschlossen. Janšas SDS (*Slovenska demokratska stranka, Slowenische Demokratische Partei*) hingegen ist bis heute Mitglied der EVP, obwohl sie durchaus auf einen ähnlichen Rechtskurs orientiert wie Orbáns Fidesz. Zieht Orbán mit seinen Exzessen schon seit geraumer Zeit regelmäßig die internationale Aufmerksamkeit auf sich, so ist das bei Janša lange nicht der Fall gewesen, und es geschieht auch heute nur punktuell. Blickt man auf seine Politik, so muss man sagen: zu Unrecht.

Waffenschmuggel und Korruption

Janša verdankt die Popularität, die er in Teilen der slowenischen Öffentlichkeit bis heute besitzt, seiner Tätigkeit als Verteidigungsminister in der Zeit der Abspaltung Sloweniens von Jugoslawien. Den Posten hatte er seit 1990 inne, und als am Tag nach der offiziellen Unabhängigkeitserklärung des Landes vom 25. Juni 1991 Kämpfe zwischen der slowenischen Territorialverteidigung und den Streitkräften Jugoslawiens losbrachen, da gelang es den slowenischen Kräften unter Janša recht problemlos, sich zu behaupten. Nach zehn Tagen, am 7. Juli 1991, war der Abspaltungskrieg vorüber; Janša blieb noch bis 1994 im Amt. In jenen Jahren fungierte Slowenien, insbesondere das Hafenstädtchen Koper, als Drehscheibe für den Schmuggel mit Waffen, mit denen Truppen und Milizen in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina unter offenem Bruch des UN-Waffenembargos aufgerüstet wurden. Recherchen investigativer Journalist*innen um **Blaž Zgaga** haben bestätigt, dass Janša als damaliger Verteidigungsminister in den Schmuggel involviert war. Demnach soll er unter anderem Waffen an **Branimir Glavaš** verkauft haben, einen kroatischen Offizier, der in späteren Jahren wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurde, darunter Mord an serbischen Zivilist*innen.

Janša hat nach dem Ende seiner Amtszeit als Verteidigungsminister seine politische Karriere als Vorsitzender der SDS fortgesetzt; auf dem Posten, den er seit 1993 innehatte, bewegte er die Partei rasch ziemlich weit nach rechts. Bei der Parlamentswahl am 3. Oktober 2004 wurde die SDS dank massiver Zugewinne mit 29,1 Prozent der Stimmen stärkste Partei; Janša wurde zum ersten Mal zum Ministerpräsidenten ernannt. Schon während seiner ersten Amtszeit wurden Klagen geäußert, die Medienfreiheit in Slowenien sei durch eine massive Einflussnahme der Regierung in Ljubljana und ihr nahestehender Unternehmer in Gefahr; im Herbst 2007 wandten sich 571 Journalist*innen — für ein kleines Land mit kaum 2,1 Millionen Einwohner*innen eine stattliche Zahl — mit einer diesbezüglichen Petition an das slowenische Parlament und die internationale Öffentlichkeit. Janša gelang es, die Proteste auszusitzen; bei der Parlamentswahl im Jahr 2008 scheiterte er dann aber. Einer der wichtigsten Gründe dafür war ein Korruptionsskandal um ein 278 Millionen Euro teures Rüstungsgeschäft. 2012 konnte Janša für etwa ein Jahr erneut den Posten des Ministerpräsidenten einnehmen, den er dann aber wegen gravierender Korruptionsvorwürfe wieder verlor.

Die SDS und die „Identitären"

In den Jahren, die die SDS in der Opposition verbrachte, hat die Partei immer wieder mit ihren Kontakten zu einschlägigen Organisationen der extremen Rechten Schlagzeilen gemacht. Besonders hat sich dabei ihre Jugendorganisation SDM (*Slovenska demokratska mladina, Slowenische demokratische Jugend*) hervorgetan. Die Journalistin **Anuška Delić** etwa konnte schon im Jahr 2011 belegen, dass ein SDM-Aktivist der extrem rechten Organisation *Tukaj je Slovenia* (*Hier ist Slowenien*) angehörte und außerdem mit dem *Blood & Honour*-Netzwerk kooperierte. 2013 wurde Delić dafür vor Gericht

gezerrt — unter dem Vorwand, sie habe für ihre Recherchen als geheim eingestufte Dokumente illegal genutzt. Die SDS und die SDM liebäugeln darüber hinaus immer wieder mit dem slowenischen Arm der „Identitären", der *Generacija identitete*. Im September 2018 warb **Žan Mahnič**, ein SDS-Abgeordneter im slowenischen Parlament, für das neue „Manifest za domovino" („Manifest für die Heimat") der *Generacija identitete* auf Twitter und schleppte das Machwerk mit zur nächsten Sitzung des slowenischen Parlaments. Gedruckt hatte das Buch übrigens der Verlag *Nova Obzorja* aus Ljubljana, an dem die SDS einen Anteil von fast 50 Prozent hält.

Keine Berührungsängste gegenüber der *Generacija identitete* hat sogar der SDS-Vorsitzende und heutige Ministerpräsident Janša selbst. Als die SDM im Dezember 2018 ihr 28. Gründungsjubiläum feierte, nahm er daran teil. Zugegen war gleichzeitig auch ein Vertreter der slowenischen „Identitären". Immer wieder hat Janša, der sich wegen seiner von **Donald Trump** abgeschauten Vorliebe für Twitter den Beinamen „Marschall Twitto" eingefangen hat, Tweets der *Generacija identitete* geteilt; einen verbreitete er etwa kurz nachdem die slowenischen „Identitären" in einer öffentlichen Mitteilung dem österreichischen „Identitären"-Sprecher **Martin Sellner** ihre Unterstützung ausgesprochen hatten. Sellner war damals gerade angegangen worden, weil er Anfang 2018 von dem australischen Rechtsterroristen und Christchurch-Attentäter **Brenton Tarrant** eine 1.500 Euro-Spende erhalten hatte. Janša störte sich nicht daran. Er teilt auch Beiträge von anderen Quellen aus der extremen Rechten, etwa solche des US-Portals *Breitbart* oder des französischen Rassisten **Renaud Camus**. Im Juli 2020 — damals führte er bereits, wieder ins Amt des slowenischen Ministerpräsidenten gelangt, die Ratspräsidentschaft der EU — twitterte er gar ein Video der extrem rechten Verschwörungsbewegung *QAnon*.

Mit Orbán zum Erfolg

Janša und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán haben sich wohl spätestens 2012 kennengelernt, als sie für rund ein Jahr lang gleichzeitig den Posten des Ministerpräsidenten ihres jeweiligen Landes innehatten. Beobachter*innen führen ihre zielgerichtete politische Kooperation auf Orbáns Besuch in Ljubljana im Januar 2016 zurück. Orbán war dort zu offiziellen Gesprächen mit Sloweniens damaligem liberalen Ministerpräsidenten **Miro Cerar** eingetroffen, kam aber auch mit Janša zusammen. Vieles spricht dafür, dass es darum ging, Wege zu finden, wie Orbán Janša und der SDS aus der Opposition an die Macht verhelfen könne. Klar ist, dass kurz nach dem Treffen ungarische Unternehmer aus dem unmittelbaren Umfeld ihres Ministerpräsidenten begannen, hohe Beträge in slowenische Medien zu investieren. Einige von ihnen stiegen etwa bei *Nova24TV* ein, einem Online- und TV-Konglomerat, das einst aus dem Dunstkreis der SDS gegründet worden war und entsprechend rechtslastige Positionen verbreitet. In ungarischen Besitz ging zudem 2017 die Mehrheit an *Nova Obzorja* über, demjenigen bereits erwähnten Verlag mit starker SDS-Minderheitsbeteiligung, der 2018 das „Manifest za domovino" der *Generacija identitete* veröffentlichte.

Bei der Parlamentswahl am 3. Juni 2018 gelang es der SDS prompt, dank zielgerichteter medialer Unterstützung kräftig hinzuzugewinnen und mit fast 25 Prozent der Stimmen stärkste Partei im Land zu werden. Geholfen hat sicherlich auch Janšas heftige Agitation gegen Flüchtlinge, die 2015 und 2016 auf der „Balkanroute" auch durch Slowenien gezogen waren. „Wir werden nicht zulassen, dass das wieder geschieht", kündigte er im Mai 2018 auf einer Wahlkampfveranstaltung an: „Slowenen sind von Haus aus solidarisch, aber wir wissen auch, wo die vernünftige Grenze zwischen Solidarität und Wahnsinn liegt."

Trotz der starken Stellung der SDS im Parlament gelang es Janša 2018 allerdings noch nicht, eine Regierung zu bilden: Der Unwille im liberalen Spektrum Sloweniens, sich mit dem Rechtsaußen zu verbünden, war noch zu groß. Freilich hielt die liberale Minderheitsregierung unter Ministerpräsident **Marjan Šarec** kaum eineinhalb Jahre — und als sie scheiterte, konnte Janša drei liberale beziehungsweise konservative Kleinparteien für ein Bündnis mit der SDS gewinnen. Nach einer Umgruppierung Ende 2020 kam schließlich noch die extrem rechte SNS (*Slovenska nacionalna stranka*, *Slowenische Nationale Partei*) hinzu.

Ende 2020 — das war die Zeit, als US-Präsident Donald Trump mit allen Mitteln versuchte, seine Wahlniederlage in einen Wahlsieg umzulügen — war Janša der erste ausländische Regierungschef, der Trump zur Seite sprang. Es sei „ziemlich klar, dass die amerikanische Bevölkerung Donald Trump und **Mike Pence** für vier weitere Jahre gewählt hat", befand Sloweniens Ministerpräsident am 4. November 2020, einen Tag nach dem Urnengang; „mehr Verzögerungen und Leugnungen der Mainstream-Medien" würden „den finalen Triumph" für Trump letztlich nur noch größer machen: „Gratulation"!

„Krieg mit den Medien"

Ansonsten legte sich Janša im Amt des Ministerpräsidenten exzessiv mit denjenigen Medien an, die sich nicht im Besitz des SDS oder ungarischer Unternehmer aus Orbáns Umfeld befanden. Während „Marschall Twitto" wie erwähnt Posts der „Identitären" und ein *QAnon*-Video verbreitete, zog er wild über angeblich „kommunistisch unterwander-

te“ Zeitungen und Sendeanstalten her. Ganz besonders hatte er es auf die staatseigene Presseagentur STA (*Slovenska tiskovna agencija*) und auf den öffentlich-rechtlichen Fernsehsender RTV (*Radiotelevizija Slovenija*) abgesehen. Dort werde „von einem kleinen Kreis von Redakteurinnen [sic!], die familiäre und finanzielle Verbindungen zu den Säulen des tiefen Staates haben, eine Atmosphäre der Intoleranz und des Hasses geschaffen“, schrieb der Ministerpräsident in einem Elaborat, das er unter dem Titel „Krieg mit den Medien“ im Mai 2020 auf der Website seiner Regierung publizierte. Umgehend machte er sich daran, die STA und ihre Chefredakteurin **Barbara Štrukelj** durch den Entzug von Finanzmitteln zu disziplinieren. Im Januar 2021 setzte er bei RTV einen neuen, SDS-nahen Direktor ein, der sich schnell der Ruf erwarb, als „Janšas neuer Besen“ zu fungieren. Im Februar 2021 führte das Vorgehen gegen die Medien zu einem ersten Streit mit der EU: Man „verurteile beleidigende Kommentare gegen Journalisten“, erklärte EU-Kommissionssprecher **Eric Mamer**.

Richtig peinlich wurde es mit dem Beginn der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2021. Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** war in Ljubljana eingetroffen, um mit Janša und seiner Regierung über die dringendsten Themen des kommenden Halbjahres zu diskutieren — über „Rechtsstaatlichkeit“ etwa, eines der Felder also, auf denen die EU mit Ungarn und Polen und damit mit den engsten Verbündeten des SDS-regierten Sloweniens einen erbitterten Konflikt austrägt. Um seine Sicht auf das Thema zu illustrieren, legte Janša den Vertretern der Kommission ein Foto vor, das eine Gruppe slowenischer Sozialdemokrat*innen zeigte, darunter zwei Richter. Man sehe doch, erklärte er: Die Justiz sei von „kommunistischen Seilschaften“ unterwandert. Peinlich berührt belehrte von der Leyen den slowenischen Ministerpräsidenten, er solle doch gefälligst „Respekt für alle demokratischen politischen Parteien“ zeigen. Ihr nach Slowenien mitgereister Stellvertreter **Frans Timmermans**, ein Sozialdemokrat, hielt sich nach dem Treffen aus Protest von dem üblichen Gruppenfoto fern. Das wiederum nahm Sloweniens Innenminister **Aleš Hojs** (SDS) zum Anlass für die kryptische Bemerkung, er werde „in der Zukunft in der Lage sein, ein gewisses Individuum ein Schwein zu nennen“. Auch wenn Hojs es offiziell abstritt: Dass er Timmermans gemeint hatte, war allen Beteiligten klar.

„Marionetten im EU-Parlament“

Der Zoff ging weiter. Als die liberale niederländische Europaabgeordnete **Sophie in ’t Veld** (*Democraten 66*) Mitte Oktober 2021 mit einer Abgeordnetendelegation nach Ljubljana reiste, um sich dort ein Bild über die Lage der Medien und über den Stand im Kampf gegen die Korruption zu machen, da twitterte Janša ein Foto, das mehrere Politiker zeigte, darunter in ’t Veld. Janša schrieb dazu, ganz im Orbán’schen Stil: „13 der 226 bekannten Soros-Marionetten im EU-Parlament“. In ’t Veld revanchierte sich, indem sie nach ihrer Rückkehr nach Brüssel berichtete, ihre Delegation habe „ein Klima der Feindseligkeit, des Misstrauens und einer tiefen Polarisierung im Land erlebt“; man sorge sich insbesondere um die Freiheit der Medien. Im Dezember machte sich das Europaparlament diese Position in einer Resolution zu eigen. Janša wiederum hatte bereits zuvor, am 1. Oktober, eine Delegation der extrem rechten Europaparlamentsfraktion *Identität und Demokratie* zu Gesprächen in Ljubljana empfangen. Der Fraktion gehören unter anderem die italienische *Lega*, der RN, die FPÖ und die AfD an.

Bei alledem wird eines gern übersehen: Janša verbindet seinen harten Rechtskurs — wie Orbán auch — mit überaus enger wirtschaftlicher und zunehmend auch militärischer Kooperation mit Deutschland. Deutlich wurde dies Ende Juni 2021, als Bundesverteidigungsministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer** bei einem Besuch in Ljubljana mit ihrem Amtskollegen **Matej Tonin** vereinbarte, die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften beider Länder zu intensivieren. Nebenbei wurde bekannt, dass Slowenien 45 deutsche Radpanzer des Typs „Boxer“ kaufen wird — für eine dreistellige Millionen-Euro-Summe. Ähnlich Ungarn: Dessen Streitkräfte kooperieren ebenfalls eng mit der Bundeswehr, es bestellte 2019 ausweislich des deutschen Rüstungsexportberichts Kriegsgerät im Wert von 1,8 Milliarden Euro in der Bundesrepublik — mehr als jedes andere Land. Ungarn ist einer der wichtigsten Produktionsstandorte der deutschen Kfz-Industrie; Slowenien gewinnt als Standort für deutsche Kfz-Zulieferer rasant an Bedeutung. Die industrielle Verflechtung ist mittlerweile so dicht, dass ein Experte des *Deutschen Industrie- und Handelskammertags* (DIHK) 2020 urteilte, der Gedanke, die ost- und südosteuropäischen Produktionsstandorte vom deutschen Zentrum zu trennen, sei wie der Versuch, „aus einer Flasche Ketchup wieder Tomaten zu machen“. Die reale Integration in den deutschen Wirtschaftsraum erklärt, wieso Orbán, Janša und andere sich in ihrem Streit mit Brüssel so sicher fühlen können: Ihre Länder sind für Berlin unverzichtbar.

Fredy Hirsch auf dem „Hagibor".

Von Finja Straub

Fredy Hirsch

Ein jüdischer Sportlehrer aus Aachen und die Rettung der Kinder von Theresienstadt

1932, irgendwo zwischen Ratingen und Düsseldorf. Kurz nachdem eine Gruppe „Kittelbach-Piraten" eine Straßenbahn bestiegen hat, fliegt die Mütze eines jüdischen Pfadfinders aus der Bahn auf die Straße. Und dann einer der „Kittelbach-Piraten" hinterher. Angelegt haben sie sich diesmal mit den Falschen — der jüdischen Pfadfindergruppe von Fredy Hirsch. Doch wer war Fredy Hirsch?

Mehr als diese kurze Begebenheit ist nicht über die Zeit bekannt, die **Fredy Hirsch** in Düsseldorf verbrachte. Es war aber wohl nicht die erste Situation dieser Art, in der sich der gebürtige Aachener erfolgreich gegen Nazis, die ihn und seine Freund:innen angingen, zur Wehr setzte. Bis zu seinem Tod am 8. März 1944 in Auschwitz-Birkenau bot er ihnen im Rahmen des Möglichen die Stirn.

Aachen

Fredy — eigentlich Alfred — Hirsch, wurde am 16. Februar 1916 in Aachen geboren. Er war der zweite Sohn von **Heinrich** und **Olga Hirsch**, die einen Lebensmittelgroßhandel am Rande der Aachener Innenstadt betrieben. Beide Söhne besuchten die Israelitische Volksschule und waren Mitglieder des *Jüdischen Jugendvereins* der Aachener Synagoge, der Aktivitäten wie Leichtathletik, Turnen und Wandern anbot. Mit dem Tod des Vaters 1926 zerfiel die Kernfamilie, und der *Jüdische Jugendverein* und die dort um etwa dieselbe Zeit gegründete erste jüdische Pfadfindergruppe Aachens wurden zur Ersatzfamilie für Fredy und seinen zwei Jahre älteren Bruder Paul. Besonders prägend schien diese Erfahrung für Fredy zu sein. Nachdem er die Oberrealschule 1931 nach der neunten Klasse verlassen hatte, baute er sich langsam, aber sicher eine Karriere als Verbandsfunktionär auf. Der 1931 gegründete *Jüdische Pfadfinderbund Deutschland* (JPD) bot ihm dazu die Möglichkeit. Der JPD verfolgte das Anliegen, Dachverband für alle jüdischen Jugendverbände zu sein und positionierte sich daher zunächst

nicht in der seit Jahren schwelenden Debatte um die Frage „zionistisch" oder „deutsch-jüdisch". Mit zunehmender Repression durch die Nationalsozialisten wurde aber bald eine zionistische Tendenz des Verbandes sichtbar, mit der sich auch Fredy identifizierte. Er setzte seine Hoffnungen in die „Alija", die Auswanderung nach Palästina, und ein neues Leben in Erez Israel, träumte vom Aufbau eines jüdischen Staates und Abenteuern in einer für ihn neuen Welt. Sein Bruder Paul hingegen war nicht bereit, seine Heimat in Deutschland aufzugeben, wollte die Nationalsozialisten überdauern und ein deutsch-jüdisches Leben erhalten, um es später, in besseren Zeiten, weiter auf- und auszubauen. Ironischerweise gelang Paul schließlich die Flucht und der Aufbau eines neuen Lebens auf einem anderen Kontinent, während Fredy Palästina niemals sehen sollte.

Zunächst aber verließ Fredy Hirsch Aachen. Mit 16 Jahren lebte er zunächst in Düsseldorf, später in Frankfurt am Main und Dresden. Er übernahm Ämter im *Jüdischen Pfadfinderbund* und begann 1935 als Sportlehrer für den jüdischen Sportverein *Makkabi* in Dresden zu arbeiten. Zu *Makkabi* gelangte er durch die Vereinigung des JPD mit der 1929 in Prag gegründeten Jugendorganisation *Makkabi Hatzair*. Das Programm der Jugendorganisation des jüdischen Sportbundes *Makkabi* und Fredys bisherige Tätigkeiten passten mehr als gut zueinander, beide verbanden einen sportlichen Schwerpunkt mit der praktischen Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina.

Prag

Am 1. September 1935 verließ Fredy Hirsch Deutschland. Sein Weg führte ihn jedoch nicht nach Palästina, sondern nach Prag. Für diesen Schritt kommen verschiedene Gründe in Frage. Einerseits verschärfte sich die nationalsozialistische Verfolgung von Jüdinnen:Juden immer mehr, andererseits befand sich in Prag die Zentrale des *Makkabi Hatzair*, ein Ort, der für Fredy Hirsch sicherlich große Anziehungskraft besaß. Nach der Verschärfung des Paragrafen 175 im Sommer 1935 arbeitete die *Gestapo* aber auch mit Nachdruck an der Verfolgung homosexueller Männer in Deutschland. Spätestens 1934 war Fredy Hirsch zum ersten Mal aufgrund seiner sexuellen Orientierung in eine problematische Lage geraten. Nachdem die Vermutung laut geworden war, er könnte homosexuell sein, musste er die Leitung seiner Frankfurter Pfadfindergruppe abgeben. Die Gerüchte folgten Fredy Hirsch nach Prag, wo er ebenfalls als Sportlehrer für *Makkabi Hatzair* arbeitete. Die Leitung der jüdischen Turnvereinigung in Prag forderte von ihm das Versprechen, „anständig" zu bleiben, nachdem andere jüdische Flüchtlinge aus Deutschland ihre Bedenken darüber, dass mit ihm „etwas nicht stimme", vorgetragen hatten. Im Gegensatz zu den Ereignissen in Frankfurt am Main gab es jedoch diesmal keine weiteren negativen Konsequenzen für Fredy Hirsch. Das Vertrauen in ihn schien ungebrochen, ihm wurde die Leitung von Jugendlagern und Freizeiten ebenso übertragen wie die Organisation und Modernisierung der Ausbildung jüdischer Sportlehrer.

Brünn

Ende 1936 zog Fredy Hirsch von Prag nach Brünn. Hier lernte er **Jan Mautner** kennen, der ebenfalls bei *Makkabi Hatzair* arbeitete. Die beiden wurden ein Paar. Nach dem deutschen Einmarsch 1939 schlossen die Nazis die tschechischsprachigen Hochschulen. Für Jan Mautner bedeutete dies das vorzeitige Ende seines Medizinstudiums, und so zog er gemeinsam mit Fredy Hirsch nach Prag. Beide setzten ihre Arbeit als Sportlehrer für jüdische Kinder fort. Die sportlichen Aktivitäten auf dem „Hagibor" genannten Sportplatz unweit des neuen jüdischen Friedhofs in Prag waren für diese Kinder einer der wenigen Lichtblicke, nachdem die Nationalsozialisten die Ausgrenzung und Isolation der jüdischen Bevölkerung im „Protektorat Böhmen und Mähren" innerhalb kurzer Zeit an die Situation im Deutschen Reich beinahe angeglichen hatten.

„Hagibor"

Neben Sport gab es in „Hagibor" viele weitere Angebote für jüdische Kinder und Jugendliche, vom gemeinsamen Singen und dem Erlernen neuer Lieder bis hin zu Wettbewerben verschiedenster Art. Auch Fredy Hirschs Tätigkeit beschränkte sich nicht nur auf das Erteilen von Sportunterricht. Für viele Kinder wurde er zu einer wichtigen Bezugsperson, er war bekannt und beliebt. Einige Zeitzeug:innen erinnern sich bis heute an ein Lied, das damals über ihn gedichtet wurde und in dem sich gleichermaßen Wertschätzung und Zuneigung wie ein gewisser Spott über seinen Hang zu beinahe militärischer Disziplin ausdrücken. Immer wieder taucht er als Schwarm pubertierender Mädchen in deren späterer Erinnerung auf, während Zeitzeugen berichten, wie unter den Jungen heimlich darüber gewitzelt wurde, dass die Mädchen bei Fredy nie eine Chance haben würden. Für viele der Kinder und Jugendlichen wurde Fredy Hirsch zu einem Idol.

Deportation nach Theresienstadt

Ende 1941 wurde Fredy Hirsch nach Theresienstadt deportiert. Er gehörte zu den ersten Gefangenen dort, die das Lager und seine Infrastruktur aufbauen mussten und wurde Teil der sogenannten jüdischen Selbstverwaltung. Zunächst leitete er die Gebäudeverwaltung, eine Aufgabe, die er mit Hilfe sei-

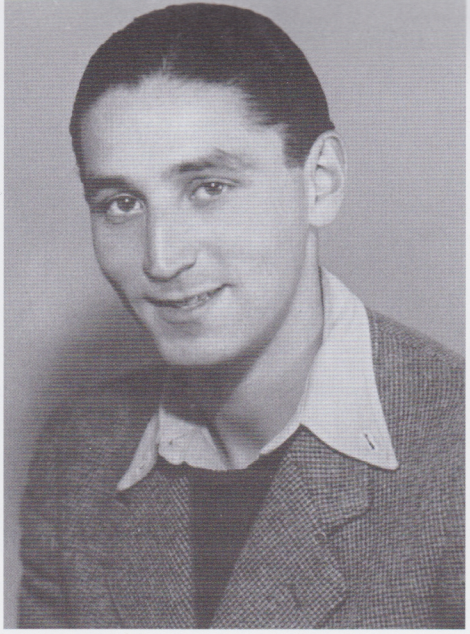
nes praktischen Zugangs zu Problemen und seines Organisationsgeschickes gut machte, aber mit der er selbst nicht zufrieden war. Er bemühte sich weiter um Kinder und Jugendliche, organisierte für sie eine Tagesstruktur und Aktivitäten, suchte nach denjenigen, die Hilfe brauchten und tat sein Bestes, um diese dann auch zu organisieren. Nach einiger Zeit wechselte er in die „Jugendfürsorge" genannte Abteilung, die er gemeinsam mit **Egon Redlich** leitete. Die Zusammenarbeit mit diesem war konfliktträchtig, aber dennoch erfolgreich. Fredy Hirsch regte die Bildung von „Kinderheimen" und „Jugendheimen" an, die Schutz boten vor dem Ghettoalltag und trotz des Verbots durch die SS die Möglichkeit eröffneten, so etwas wie Schulunterricht zu organisieren. Disziplin gehörte weiter zu den Kerninhalten seiner pädagogischen Bemühungen.

Disziplin

Disziplin und Selbstdisziplin waren für Fredy Hirsch immer von zentraler Bedeutung. So schrieb er 1939/1940 in der deutschsprachigen Ausgabe des Prager *Jüdischen Nachrichtenblatts*: „Ein Körper, der sich von früh an in der Natur abgehärtet, der einmal an die Grenze der Leistungsfähigkeit bei Sport und Spiel geführt wird, der den sogenannten ‚toten Punkt', d.h. jene Empfindung, die besagt, ich kann nicht mehr, durch das ‚Ich will' überwunden hat, wird auch der Krankheit und vor allen Dingen den Härten des Lebens widerstehen." Konsequenterweise wandte er sich dann auch mit dieser Forderung an die Jugendlichen, die er betreute: „Du wirst begreifen, dass ich als Voraussetzung von dir verlange, dass du dich auf den Standpunkt stellst: Ich will. Denn wenn ich weiß, dass du alles versuchen wirst, um Kraft, Geschicklichkeit und Ausdauer zu erwerben, so werde ich dir schon einen Weg weisen können, der dich innerlich auf eine höhere Stufe bringen wird." Diese Haltung, die einerseits geprägt ist von Fredys eigener Erziehung im Deutschland der 1920er Jahre und andererseits von seinen zionistischen Idealen getragen wurde, traf in Prag zunächst auf weniger Anklang. Doch nach der Deportation nach Theresienstadt gewann diese idealistische Haltung zunehmend an praktischer Relevanz, die zum Überleben beitrug.

Deportation nach Auschwitz-Birkenau

In Auschwitz-Birkenau schließlich wurde sie zu etwas, das tatsächlich über Leben und Tod entscheiden konnte. Anfang September 1943 wurde Fredy Hirsch dorthin deportiert. Eigentlich genoss er als Mitglied der „jüdischen Selbstverwaltung" in Theresienstadt vor einer weiteren Deportation Schutz, doch Fredy Hirsch war bekannt dafür, seine Grenzen auszutesten. Viele erinnern sich daran, dass er der SS gegenüber selbstbewusst auftrat. In Auschwitz gelang es ihm, selbst mit dem SS-Arzt **Josef Mengele** auf eine Art zu reden, die von anderen als „auf Augenhöhe" wahrgenommen wurde. Und immer wieder erhielt er Dinge von der SS, die andere zu erbitten für unmöglich hielten. In Theresienstadt erreichte er die Freigabe eines Ortes als Sport- und Erholungsgelände für die Gefangenen des Ghettos. Im Gegenzug, so heißt es, soll er aber auch SS-Männer in Kampfsport unterrichtet haben. Des Zwiespalts dieser Handlungen soll er sich bewusst gewesen sein, offenbar setzte er aber klare Prioritäten — solange es den Kindern und Jugendlichen half, war es für ihn vertretbar, auch Deals mit der SS zu machen. Als Ende August 1943 ein Transport mit 1.200 Kindern aus Bialystok in Theresienstadt eintraf, verhängte die SS eine strikte Kontaktsperre, um jeden Informationsaustausch zu unterbinden.



Fredy Hirsch.

Die Kinder, so stellte sich schnell heraus, wussten genau, was „im Osten" geschah. Sie weigerten sich, duschen zu gehen, denn sie nahmen an, dass dies ihren Tod bedeuten würde. Fredy Hirsch versuchte, die Kontaktsperre zu umgehen. Er wurde erwischt.

Das „Theresienstädter Familienlager"

Wenige Tage später wurde er mit vielen anderen nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Hier richtete die SS das sogenannte Theresienstädter Familienlager ein, das sich in einigen Punkten grundsätzlich von den meisten übrigen Teilen des Lagers unterschied. Die aus Theresienstadt ankommenden Transporte wurden keiner Selektion unterzogen, weder die Alten noch die Kinder wie üblich umgehend nach der Ankunft ermordet. Fredy Hirsch erreichte bei der SS die Einrichtung eines Kinderblocks. Er überzeugte sie offenbar mit dem Argument, dass ihnen dies die Arbeit erleichtere, bei der die Kinder ansonsten nur stören würden. Für die Kinder bedeutete der Kinderblock einen Ort, an dem sie verhältnismäßig großen Schutz genossen, an dem die SS zwar auch regelmäßig erschien, jedoch eher in der Rolle des freundlichen Onkels auftrat oder als Publikum für ein Theaterstück. Es gelang sogar, den Kinderblock regelmäßig zu heizen und eine bessere Ernährung als im übrigen Lager zu organisieren. Dis-

Gedenktafel für Fredy Hirsch im „Park der Kinder" in Terezín (Tschechische Republik).

ziplin spielte hier eine noch viel größere Rolle als in Theresienstadt. Um weder Privilegien zu verlieren noch Leben zu gefährden, durften die Kinder und ihre zumeist jugendlichen Betreuer:innen keine Fehler machen, wenn ihnen Fragen gestellt wurden, denn im Kinderblock ging man durchaus auch Aktivitäten nach, die von der SS nicht genehmigt worden waren. Beispielsweise wurde der Schulunterricht so gut es ging fortgeführt. Um die SS bei Laune zu halten, galt es, deutsche Lieder und Gedichte auswendig zu lernen und jederzeit auf Verlangen möglichst gut vorzutragen. Sich auch im Winter bei Minusgraden mit Schnee zu waschen, erforderte ebenfalls viel Disziplin und Selbstüberwindung, rettete aber unter den Lagerbedingungen als einzige Möglichkeit zur Körperhygiene Leben.

Fredy Hirschs Leben aber war nicht zu retten. Er starb am 8. März 1944 in Auschwitz-Birkenau. Die genauen Umstände seines Todes sind bis heute ungeklärt. Lange galt er als Selbstmörder, den im entscheidenden Moment der Mut verlassen habe. Angesichts der bevorstehenden Ermordung des gesamten September-Transportes, mit dem er nach Auschwitz-Birkenau gekommen war, soll ihm angetragen worden sein, einen Aufstand anzuführen. Er soll dieser Bitte nicht nachgekommen und ein starkes Schlafmittel genommen haben, um seinem Leben, das er als Funktionshäftling mit guten Kontakten vermutlich zumindest einstweilen hätte retten können, ein Ende zu setzen. Eine Zeitzeugin sagte später jedoch aus, dass Fredy Hirsch sich Bedenkzeit für eine Entscheidung erbeten und sich ob der besonderen Situation mit der Bitte um ein Beruhigungsmittel an ebenfalls gefangene Ärzt:innen in der Position von Funktionshäftlingen im Lager gewandt hätte. Diese hätten ihm aus Angst, auch sie selbst würden im Falle eines Aufstands von der SS getötet, ein absichtlich zu stark dosiertes Medikament ausgehändigt. Ob Fredy Hirsch an diesem Medikament starb oder — ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben — in einem der Öfen des Krematorium IV, ist nicht bekannt.

Im „Park der Theresienstädter Kinder"

Die nationale Gedenkfeier anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges fand in Tschechien am 21. Mai 1995 statt. Nach dem Ende des offiziellen Gedenkaktes kam eine Gruppe Überlebender am Nachmittag erneut zusammen — auf dem Gelände hinter dem Gebäude, das seit 1991 das Ghetto-Museum beherbergt. Zwei Jahre zuvor war hier der „Park der Theresienstädter Kinder" eingeweiht worden. Der „Park" ist eigentlich „nur" ein Garten, angelegt um die Statue eines nackten jungen Mädchens herum, das den Triumph des Lebens über den Tod symbolisieren soll. Aus dem Empfinden heraus, dass sie ihr Überleben Fredy Hirsch verdankten, fügten die Überlebenden an diesem Tag eine weitere Plastik hinzu. Sie wurde an der Hauswand des ehemaligen ersten Kinderheims, das Fredy Hirsch im Ghetto Theresienstadt einrichten konnte, angebracht. Von hier aus blickt Fredy Hirsch seitdem über den „Park der Theresienstädter Kinder". Dass er hier viel Besuch erhält, ist unwahrscheinlich, bedenkt man, wie versteckt der Park selbst im übersichtlichen Festungsstädtchen Terezín gelegen ist.

Erinnerung an Fredy Hirsch

Fredy Hirsch ist nicht in Vergessenheit geraten. Seit dem Jahr 2000 erschienen mehrere Bücher in verschiedenen Sprachen über ihn und sein Leben, mehrere Filme wurden gedreht, selbst eine ZDF-History-Folge ist ihm gewidmet. Ein Pfadfinderstamm in Berlin trägt seinen Namen, ein Stolperstein liegt vor dem Grundstück, auf dem sein Elternhaus in Aachen stand. Und die heute dort bestehende Gemeinschaftsgartenanlage trägt ebenfalls einen Namen, der an ihn erinnern soll. Seine ehemalige Schule, heute das *Couven-Gymnasium* in Aachen, benannte die Schulmensa in „Fredy-Hirsch-Forum" um. Am 11. Februar 2021 begrüßte ein Fredy-Hirsch-Doodle sämtliche *Google*-Nutzer:innen in Deutschland, Tschechien und Israel. Und auch die Tatsache, dass Fredy Hirsch homosexuell war, ist Bestandteil dieser Erinnerung an ihn geworden.

—

Der *Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten* bietet unter anderem jährliche Fahrten nach Terezìn (Theresienstadt) an und erinnert hierbei auch an Fredy Hirsch. Die nächste Fahrt findet vom 20. bis 24. Juli 2022 statt. Siehe hierzu die Anzeige auf der Rückseite dieser Ausgabe.

Foto: Kolanin

Monument zur Erinnerung an die Opfer des Massenmordes in Chełmno.

Von Günter Born

„Der Beginn der ‚Endlösung'"

Das Vernichtungslager Kulmhof in Chełmno

In der 300 Einwohner*innen umfassenden Gemeinde Chełmno, 70 Kilometer nordwestlich der Großstadt Łódź, errichteten die Deutschen im Dezember 1941 das erste Vernichtungslager im besetzten Polen. Mindestens 152.000 Jüdinnen*Juden sowie über 5.000 weitere Menschen, die allermeisten Sinti*zze und Rom*nja, wurden dort durch Kohlenmonoxid in zu mobilen Gaskammern umgebauten Lastkraftwagen ermordet.

Es war ein albtraumhaftes Geschehen, das sich in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1945 auf dem Hof eines ehemaligen, von einem Bretterzaun umgebenen Gutshauses am Rande des Dorfes Chełmno, das nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 in Kulmhof umbenannt wurde, abspielte. Rund um die auf dem Anwesen gelegene Scheune, in der mehrere Dutzend jüdische Männer gefangen gehalten wurden, hatten sich schwerbewaffnete SS- und Polizeiangehörige — Mitglieder eines sogenannten „Sonderkommandos" postiert. In Gruppen zu je fünf Personen mussten die Gefangenen auf den Hof treten und sich auf die Erde legen. Dann wurden sie erschossen. Unter ihnen befand sich der damals 14-jährige **Szymon Srebrnik**. Doch wie durch ein Wunder überlebte er das Massaker. Von den Angehörigen des „Sonderkommandos" offenkundig für tot gehalten, gelang es ihm, trotz seiner schweren Verletzungen in einem unbeobachteten Augenblick in der Dunkelheit zu entkommen. Er versteckte sich in einem nahe gelegenen Dorf und erlebte dort nur kurze Zeit später die Befreiung durch die *Rote Armee*. Szymon Srebrnik ist einer der wenigen Überlebenden des Vernichtungslagers Kulmhof.

Beginn der „Endlösung"

Die Mordstätte in Chełmno, an der am 8. Dezember 1941 die Angehörigen eines „Sonderkommandos" ihr akribisch vorbereitetes tödliches Werk in Gang setzten, war das erste Vernichtungslager im Rahmen der Shoah, noch bevor am 20.

Januar 1942 auf der „Wannseekonferenz“ in Berlin die bereits angelaufene systematische Ermordung der europäischen Jüdinnen*Juden weiter koordiniert werden sollte. Die Politik der Vernichtung auf dem Gebiet des „Reichsgau Wartheland“, wo Chełmno lag, ging der „Aktion Reinhardt“ (vgl. LOTTA #66, #67 und #69) voraus — der im März 1942 beginnenden Ermordung der jüdischen Bevölkerung im östlich angrenzenden „Generalgouvernement“, der mindestens 1,6 Millionen Jüdinnen*Juden, aber auch rund 50.000 Sinti*zze und Rom*nja vor allem in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka zum Opfer fielen. Im Hinblick auf die Organisation des Tötens sowie die Beseitigung der zahllosen Leichen diente das Vernichtungslager Kulmhof den Tätern der „Aktion Reinhardt“, aber auch den Protagonisten des Massenmords im Lagerkomplex Auschwitz als Referenz- und Anschauungsobjekt und führte den „Vordenkern der Vernichtung“ (**Götz Aly/Susanne Heim**) die prinzipielle Realisierbarkeit ihrer in der Menschheitsgeschichte präzedenzlosen Mordplanungen vor Augen. Es ist also durchaus plausibel, dass der israelische Historiker und Shoah-Überlebende **Shmuel Krakowski**, Mitglied der Widerstandsbewegung im Ghetto von Łódź, die Errichtung des Vernichtungslagers Kulmhof als den „Beginn der ‚Endlösung‘“ bezeichnet.

„Vergessener Ort des Holocaust“

Umso erstaunlicher mutet hingegen die Beobachtung an, dass die Geschichte der Mordstätte im Vergleich zu anderen Verbrechenskomplexen der NS-Vernichtungspolitik in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, aber auch in inter- und transnationaler Perspektive kaum präsent ist — obwohl Szymon Srebrnik in einer Reihe von Strafprozessen gegen die wenigen, sich schließlich vor polnischen und bundesdeutschen Gerichten zu verantwortenden Täter als Zeuge aussagte: Etwa im Verfahren gegen zwölf ehemalige Mitglieder der Lagermannschaft vor dem Landgericht Bonn im Jahr 1962 und auch im Prozess gegen **Adolf Eichmann** vor dem Jerusalemer Bezirksgericht, der im Dezember 1961 endete. Seine Berichte fanden in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Erst **Claude Lanzmann**s Dokumentarfilm „Shoah“ (1985), in dem neben Szymon Srebrnik auch **Mordechaï Podchlebnik**, ein weiterer Überlebender, porträtiert wurde, setzte den Opfern des Massenmords im Vernichtungslager Kulmhof ein auch international wahrnehmbares, mediales Denkmal.

Foto: רוגע ע"ל

Fundamentreste eines der Krematorien auf dem Gelände des ehemaligen „Waldlagers“ des Vernichtungslagers Kulmhof.

„Exerzierplatz des Nationalsozialismus“

Die maßgebliche Initiative zur systematischen Ermordung der Jüdinnen*Juden im „Reichsgau Wartheland“ ging von „Reichsstatthalter“ **Arthur Greiser** und dem ihm unterstellten Verwaltungsapparat aus. Der fanatische Nationalsozialist stand seit Oktober 1939 an der Spitze des „Warthegaus“, einem Verwaltungsgebiet, das aus denjenigen annektierten polnischen Territorien gebildet worden war, die an das Deutsche Reich angegliedert wurden. Greiser deklarierte seinen Machtbereich zu einem „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“, der zu einer nach völkischen Kriterien strukturierten „Musterregion“ umgestaltet werden sollte. So wurden mindestens 630.000 polnische Einwohner*innen in das östlich angrenzende „Generalgouvernement“ deportiert, während fast 200.000 Deutsche aus dem „Altreich“ sowie mindestens 230.000 „Volksdeutsche“ — etwa aus dem Baltikum und Südosteuropa — im „Warthegau“ angesiedelt wurden. Schon unmittelbar nach dem Beginn der deutschen Besatzung kam es zu zahlreichen Massakern durch Wehrmachtseinheiten, Polizei und SS. Seit Anfang Dezember 1940 wurde die jüdische Bevölkerung in 173 Arbeitslager und Ghettos gezwungen, von denen das Ghetto in der Stadt Łódź, die von den Deutschen in Litzmannstadt umbenannt worden war, mit rund 160.000 Menschen — Jüdinnen*Juden aus dem „Warthegau“, ab 1941 auch aus dem „Altreich“ sowie im November 1941 mindestens 5.000 Sinti*zze und Rom*nja — das größte darstellte.

Die Entscheidung zum systematischen Massenmord fiel vermutlich im Sommer 1941. Am 16. Juli 1941 schickte SS-Sturmbannführer **Rolf-Heinz Höppner**, der beim Stab des „Höheren SS- und Polizeiführer" im „Warthegau" tätig war, einen Vermerk an den im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) für die Deportationen von Jüdinnen*Juden aus Deutschland verantwortlichen Adolf Eichmann, „dass bei Besprechungen in der Reichsstatthalterei [...] von verschiedenen Stellen die Lösung der Judenfrage [...] angeschnitten" worden sei. Angesichts einer vermeintlich prekären Ernährungslage im bevorstehenden Winter müsse erwogen werden, „ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirksames Mittel zu erledigen". Dies klinge zwar „phantastisch", sei aber „durchaus durchführbar". Die zynische Sachzwanglogik, die von der Reichsstatthalterei konstruiert wurde, um den Genozid zu legitimieren, stieß bei der NS-Führung in Berlin auf Zustimmung. Greiser hatte zudem **Adolf Hitler** über seine Pläne in Kenntnis gesetzt, der dem Gauleiter seinerseits vollkommene Handlungsfreiheit ließ.

Ablauf des Massenmords

Den Kern der „Sonderkommandos" in Chełmno bildeten 15 bis 20 Angehörige der Staatspolizeistelle in Posen unter der Führung von SS-Hauptsturmführer **Herbert Lange**, die bereits über eine einschlägige Verbrechensgeschichte verfügten, waren sie doch verantwortlich für die gezielte Tötung von über 6.200 Patient*innen in Heil- und Pflegeeinrichtungen im „Warthegau" und in Ostpreußen. Bereits Ende September 1941 begann das „Sonderkommando" mit der systematischen Ermordung der Jüdinnen*Juden im Kreis Konin, die in einem Waldstück erschossen und in Massengräbern verscharrt wurden. Ab November 1941 errichtete die Einheit um Herbert Lange, ergänzt um etwa 100 Ordnungspolizisten des in Łódź stationierten Polizeibataillons, das Vernichtungslager in Chełmno. Der Massenmord sollte hier durch „Gaswagen" verübt werden, ein Mordinstrument, das bereits im Rahmen der sogenannten „Euthanasie"-Verbrechen zum Einsatz gekommen war. Ab Anfang Dezember trafen begleitet von „Transportkommandos" der Ordnungspolizei die ersten Deportationszüge mit Jüdinnen*Juden aus den in der Umgebung von Łódź gelegenen Ghettos auf dem durch einen Bretterzaun abgeschirmten Gelände ein. Den Verschleppten war erklärt worden, dass sie in Arbeitslager gebracht würden, tatsächlich aber trieben Angehörige des „Sonderkommandos" die Menschen in das Gutsgebäude, das sogenannte Schloss, wo sie sich entkleiden und ihre Wertsachen abgeben mussten. Anschließend wurden sie gezwungen, in den Laderaum eines unmittelbar am Gebäude postierten Lkws zu steigen. Nachdem bis zu 120 Männer, Frauen und Kinder auf diese Weise zusammengepfercht worden waren, verschlossen Mitglieder der Wachmannschaft die Türen des LKW, starteten dessen Motor und leiteten die Abgase in den Laderaum, die die Gefangenen innerhalb von 15 Minuten töteten. Daraufhin verließ der Transporter das Gelände und fuhr zu einer wenige Kilometer entfernt gelegenen Waldlichtung, dem „Waldlager". Dort wurden die Körper der Ermordeten in zwei riesige Massengräber geworfen und der LKW gereinigt. Die Bewachung des „Waldlagers" oblag der Ordnungspolizei, für die Beseitigung der Leichen bildeten die Täter ein „Arbeitskommando" aus etwa 30 jüdischen Häftlingen, die nach einiger Zeit ebenfalls getötet und durch andere Verschleppte ersetzt wurden.

Im März 1943 fiel die Entscheidung, das Vernichtungslager aufzugeben. Zu diesem Zeitpunkt waren mit Ausnahme des Ghettos Litzmannstadt alle Ghettos des „Warthegaus" aufgelöst und deren Bewohner*innen nach Chełmno deportiert worden. Anfang April sprengte das „Sonderkommando" das „Schloss" und versuchte sämtliche Hinweise auf den Massenmord zu beseitigen. Dies betraf vor allem die in den Massengräbern des „Waldlagers" nur notdürftig verscharrten Körper der Ermordeten. Bereits im Sommer 1942 waren dort unter Anleitung von SS-Standartenführer **Paul Blobel** Öfen errichtet worden, um die Leichen zehntausender Menschen zu verbrennen.

Die Täter waren mit ihrem Werk zufrieden. Anfang März 1943 fand in einer Gaststätte in Koło — von den Deutschen in „Warthbrücken" umbenannt — eine bizarre „Abschlussfeier" des „Sonderkommandos" statt, an der auch Arthur Greiser teilnahm. In einem Schreiben an **Heinrich Himmler** attestierte er den Mördern, „haltungsmäßig bestes Soldatentum repräsentiert" zu haben.

Fortführung der Vernichtung

Doch damit war die Geschichte des Vernichtungslagers nicht zu Ende. Im Frühjahr 1944 entschieden die Führungsspitzen von SS und „Reichsstatthalterei", das Ghetto Litzmannstadt aufzulösen und die dort bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin Zwangsarbeit leistenden Jüdinnen*Juden zu ermorden. Im April 1944 kehrte das „Sonderkommando" nach Chełmno zurück. Die Ruinen des Gutshofes waren als Tötungsstätte nicht mehr zu gebrauchen. Daher wurden die über 7.100 Deportierten aus dem Ghetto Litzmannstadt direkt im Bereich des früheren „Waldlagers" ermordet und verbrannt. Hierfür nutzten die Täter erneut Gaswagen und gemauerte Verbrennungsöfen. Kleidungsstücke und Wertgegenstände der Opfer wurden zur Sortierung durch ein jüdisches Häftlingskommando auf dem ehemaligen Gutsgelände gesammelt. Angesichts der heranrückenden *Roten Armee* töteten in

der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1945 Angehörige des „Sonderkommandos" die letzten verbliebenen Gefangenen auf dem Hof des Anwesens. Szymon Szrebrnik und **Mordechai Zurawski** überlebten als einzige das Massaker.

Mehr als ein offenes Geheimnis

Obgleich die Täter versuchten, die Spuren des Massenmords in Chełmno zu verwischen, war die Shoah im „Warthegau" mehr als ein offenes Geheimnis. Im Dorf selbst, wo die Angehörigen des „Sonderkommandos" ihre Quartiere bezogen hatten, war deren Auftrag allgemein bekannt. Vor allem aber reichte der Kreis der am Massenmord Beteiligten weit über die unmittelbar in Chełmno eingesetzten Einheiten hinaus. Die Shoah im „Warthegau" war ein arbeitsteiliges Projekt, in das neben SS und Polizei auch die „Reichsstatthalterei" und ihre Verwaltungsstrukturen, etwa die von **Herbert Mehlhorn** geleitete Finanzverwaltung des „Warthegaus", zuständig für sämtliche Sach- und Personalkosten der am Massenmord beteiligten Akteur*innen, eingebunden waren. Kulmhof war, resümiert der Historiker **Peter Klein**, ein „Vernichtungslager vor aller Augen". Bereits im Sommer 1942 hatten britische und US-amerikanische Medien, wie etwa die *New York Times* über das Vernichtungslager und die systematische Tötung von Jüdinnen*Juden durch Kohlenmonoxid berichtet. Die Informationen stammten von **Jaakow Grojanowski**, einem Angehörigen des jüdischen „Arbeitskommandos" im Vernichtungslager Kulmhof, dem im Januar 1942 die Flucht gelungen war. Grojanowski schlug sich bis ins Warschauer Ghetto durch, wo er Kontakt zu Widerstandsgruppen und dem von **Emanuel Ringelblum** gegründeten klandestinen Ghetto-Archiv aufnahm und detailliert das Geschehen schilderte. Schließlich erreichte sein Bericht auch die polnische Exilregierung in London. Grojanowski selbst überlebte die Shoah nicht. Er wurde im Vernichtungslager Belzec ermordet. Sein Versuch, eine größere Öffentlichkeit über den Massenmord im Vernichtungslager Kulmhof zu informieren, war zweifellos ein beeindruckender Akt des Widerstands angesichts eines von den Deutschen betriebenen Mordprogramms, dem nach heutigem Wissen im Vernichtungslager Kulmhof lediglich drei Menschen entrinnen konnten.
Gleichwohl gab es auch dort unterschiedliche Formen der Selbstbehauptung. So leisteten in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1945 die letzten Angehörigen des jüdischen Arbeitskommandos aktiven, wenngleich vergeblichen Widerstand. Es gelang den Gefangenen, einem Polizeibeamten die Pistole zu entreißen, ihn zu erschießen und einen weiteren Gendarmen zu töten. Bereits in den Wochen und Monaten zuvor hatten Angehörige des Arbeitskommandos an verschiedenen Stellen Berichte über das Geschehen vergraben. Sie verknüpften damit die Hoffnung, auf diese Weise das präzendenzlose Verbrechen zu dokumentieren und den an die Weltöffentlichkeit gerichteten eindringlichen Appell, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Strafverfolgung und Nachkriegskarrieren

Zumindest in der BRD konnte in den folgenden Jahrzehnten von einer umfassenden juristischen Ahndung freilich keine Rede sein. In Polen wurde Arthur Greiser unter anderem wegen der Verbrechen in Kulmhof im Sommer 1946 hingerichtet, in der DDR **Ernst Kendzia**, der in der Führungsspitze der „Reichsstatthalterei" verantwortlich war für die Organisation des Massenmords im „Warthegau", zum Tode verurteilt. Die bundesdeutsche Justiz zeigte indessen kein großes Engagement bei der Verfolgung mutmaßlicher Täter. Erst 1962 mussten sich zwölf ehemalige Angehörige des „Sonderkommandos" vor dem Landgericht Bonn wegen gemeinschaftlicher „Beihilfe zum Mord" verantworten. Letztinstanzlich wurden im Juli 1965 schließlich acht der Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen 13 Monaten und zwei Wochen sowie 13 Jahren verurteilt. Drei Angeklagte kamen straffrei davon. Ein weiterer galt als verhandlungsunfähig.
Auch **Wilhelm Koppe** konnte sich erfolgreich auf seine angebliche Verhandlungsunfähigkeit beziehen. Der ehemalige „Höhere SS- und Polizeiführer" im „Warthegau" war hauptverantwortlich für die Deportationen in das Ghetto Litzmannstadt und das Vernichtungslager Kulmhof gewesen. Bis 1960 lebte er unter falschem Namen in Bonn, wo er für die Schokoladenfabrik *Sarotti* arbeitete. Nachdem seine wahre Identität aufgeflogen war, wurde er in Untersuchungshaft genommen, aus der er aber 1962 nach Zahlung einer Kaution entlassen wurde. Das im Jahr 1964 eröffnete Verfahren vor dem Landgericht Bonn wegen „Beihilfe zum Mord" in mindestens 145.000 Fällen wurde zwei Jahre später „aus gesundheitlichen Gründen" eingestellt. Bis zu seinem Tod im Jahr 1975 verbrachte Koppe einen geruhsamen Lebensabend in Bonn. Den konnte auch Rolf-Heinz Höppner genießen. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer hatte zwar unter anderem wegen seiner Beteiligung am Massenmord in Chełmno rund zehn Jahre in polnischer Haft verbracht, in der BRD musste er jedoch keine Strafverfolgung fürchten. Vielmehr avancierte er zum Oberregierungsrat im Bundesbauministerium und starb 1998 in Bonn-Bad Godesberg. Herbert Mehlhorn, der „Buchhalter" der Shoah im „Warthegau", blieb von der deutschen Justiz gänzlich unbehelligt. Er verdingte sich bis zu seinem Tod im Jahr 1968 als Justiziar in Oberndorf am Neckar und als Berater des Waffenherstellers *Mauser*.

Foto: Riccardo Cuppini (CC BY-NC-ND 2.0)

Von Alexander Häusler

Gramscis Hegemoniebegriff

Ein analytisches Werkzeug für rechte Theorie?

Der im Jahr 1937 an den Folgen faschistischer Einkerkerung verstorbene italienische Kommunist Antonio Gramsci ist mittlerweile zur meistzitierten und wenig gelesenen Referenz geworden, wenn es um die Frage politischer Vorherrschaft geht. Unter geht dabei zumeist, dass sich Gramsci um die Weiterentwicklung marxistischer Theorie bemühte und dazu einflussreiche Anknüpfungspunkte lieferte.

Gramscis „Gefängnishefte" werden — in einem Atemzug genannt mit „Geschichte und Klassenbewusstsein" von **Georg Lukács** sowie „Marxismus und Philosophie" von **Karl Korsch** — als theoretische Grundlage des sogenannten „Westlichen Marxismus" (**Perry Anderson**) interpretiert. Besonders seine Ausführungen zu Hegemonie und Zivilgesellschaft dienen als — oftmals unreflektierte — Schlagwörter, wenn es um die Frage politischer Meinungsvorherrschaft geht. Während im grün-alternativen Milieu und auch im bürgerlichen Feuilleton Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft meist entpolitisierend und moralisierend als verklärendes Synonym für den „guten, demokratischen" Teil der Gesellschaft verwendet wird, dient der extremen Rechten das Schlagwort der Hegemonie zur pseudointellektuellen Verkleisterung ihrer faschistoiden Umsturzfantasien.

„Kulturrevolution von rechts"

1985 erschien im rechten *Sinus-Verlag* unter diesem Titel ein Sammelband des französischen Rechtsintellektuellen **Alain de Benoist** in deutscher Übersetzung (2017 neu aufgelegt im „neurechten" *Jungeuropa-Verlag*). Seither galt auch hierzulande das Schlagwort der Hegemonie als Zauberformel für die Strategie einer „Neuen Rechten". **Armin Mohler**, früher Privatsekretär des Schriftstellers **Ernst Jünger**, selbsterklärter Faschist und geistiger Stichwortgeber der extremen Rechten, schrieb das Vorwort. Darin beschwor er schwülstig die „geistige Kühnheit" von Benoist und dessen „Neue Rechte" als „Kern von Ideenstreuern". Der deut-

schen Rechten hingegen warf Mohler geistige Trägheit vor: „Nur zu oft ist ein naturburschenhafter Anti-Intellektualismus die Ausrede, mit der man um die fatale Tatsache herumzukommen sucht, dass der Geist die Welt regiert. (Wer es Gramsci nicht glaubt, sollte es wenigstens Meister Eckhart glauben)." Als kommunistischer Theoretiker hätte Gramsci über solche Deutungen wohl gelacht. Doch die „Neue Rechte" ist nicht am historischen und dialektischen Materialismus interessiert, sondern lediglich fasziniert von wirkmächtigen Schlagworten zur Erlangung von Meinungsführerschaft. Trotz zahlreicher Initiativen ließ die ersehnte rechte kulturelle Vorherrschaft in Deutschland auf sich warten — weder rechte Thinktanks und Zeitschriftenprojekte noch Hinwendungen zu neofaschistischer Subkultur entfalteten die erhoffte Breitenwirkung. Aber sie halfen mit zur Herausbildung einer extrem rechten Bewegung, die mit der Gründung und vorläufigen Etablierung der AfD ihr parteipolitisches Dach erhielt. Ein medial anschlussfähiger völkisch-autoritärer Populismus ist seither Ausdruck eines rechten Strebens nach kultureller und politischer Hegemonie. Mit Gramscis Theorie hat dies jedoch nichts gemein.

Hegemonie und Hufeisen

Eine simplifizierende Verzerrung von Gramscis Denken lässt sich auch bei Vertretern der sogenannten Extremismustheorie feststellen, welche als quasiamtlicher ideologischer Gradmesser für die Verfassungsschutzberichte dienlich ist. So weiß etwa der Politikwissenschaftler **Uwe Backes**, einer ihrer führenden Stichwortgeber, in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* (46/2001) über die angebliche Strategie rechter wie linker „Extremisten" zu berichten: „Wer politische Macht erobern will, muss zunächst den kulturellen Raum besetzen. Jenseits der Macht besteht die primäre Aufgabe in der Bildung einer Gegenelite, die mit ihren zukunftsweisenden Konzepten in den Bereich der veröffentlichten Meinung vordringt, eine ‚Umwertung der Werte' betreibt und den geistigen Boden für die revolutionäre Überwindung des Bestehenden bereitet." Ein Schelm, wer hier den Verursacher eines solchen Übels errät: „der italienische Kommunist Antonio Gramsci"! Der Extremismusforscher glaubt zu wissen: „Vordenker einer ‚Neuen Rechten' knüpften daran ebenso an wie diverse Spielarten der (extremen) Linken." Folgt man diesen Vorstellungen von der angeblichen Wesensähnlichkeit eines linken und rechten Extremismus, müssten sich in Bezug auf die hier konkret bemühten Analogien Gramsci und **Benito Mussolini** damals eigentlich blendend verstanden haben. Das, was hier sinnentstellend in einen Topf geworfen wird, sind in Wirklichkeit fundamentale Gegensätze: Auf der einen Seite eine postfaschistische Rechte, die nach Anknüpfungsmöglichkeiten zur Wiederauferstehung sucht, und auf der anderen Seite eine radikale Linke, die nach Möglichkeiten zur Überwindung kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse sucht. Zu letzterem gab Gramsci vor dem Hintergrund der eigenen historisch-politischen Niederlage Anstöße.

Westlicher Marxismus

Der englische Marxist und damalige Herausgeber der *New Left Revue*, Perry Anderson, veröffentlichte 1976 ein viel diskutiertes Werk über den westlichen Marxismus. Im Unterschied zur realsozialistischen Politik unter Leitlinie der KPdSU verstand er darunter eine marxistische Soziologie und Philosophie aus dem Blickwinkel der eigenen Schwäche und Niederlage. Das Scheitern revolutionärer Bestrebungen in der deutschen Novemberrevolution, die Unterdrückung revolutionärer Bestrebungen in vielen Ländern Westeuropas und das Aufkommen des Faschismus zogen auch in der marxistischen Theorie die Frage nach sich, wie in entwickelten kapitalistischen Staaten fundamentale Kapitalismuskritik und Bewusstsein für emanzipatorische Politikansätze wirkungsmächtig werden können. Neben Lukács, Korsch und Gramsci zählte Anderson etwa **Theodor W. Adorno**, **Max Horkheimer**, **Herbert Marcuse**, **Walter Benjamin**, **Jean-Paul Sartre**, **Louis Althusser**, **Galvano Della Volpe**, **Lucien Goldmann** und **Lucio Colletti** zu den Theoretikern des Westlichen Marxismus. Frauen wurden von ihm nicht benannt. Und in der Tat ist ab 1923 und bis zum Aufkommen der sogenannten „neuen Marx-Lektüre" ab 1965 bislang noch keine Theoretikerin aus diesem Wirkungskreis bekannt gemacht und gewürdigt worden. Einzige Ausnahme ist die Lukács-Schülerin **Ágnes Heller** als bekannter Vertreterin der Budapester Schule. Gramsci rage laut Anderson aus all den Theoretikern des westlichen Marxismus heraus. Er allein habe noch die „revolutionäre Einheit von Theorie und Praxis", jenes Typs der klassischen Tradition des Marxismus verkörpert, der die Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft habe mit einer Analyse des bürgerlichen Staatsapparates und der Suche nach Strategien für dessen Sturz durch einen hierzu erforderlichen Klassenkampf. Diese Wertung erscheint angesichts der politischen Biografie von Karl Korsch und besonders von Georg Lukács unzutreffend. Jedoch lässt sich festhalten, dass Gramsci — im Unterschied etwa zu den Vertretern der Kritischen Theorie — zugleich Organisator parteipolitischer Praxis und zeitlebens revolutionärer Stratege war, wie es **Johannes Bellermann** in seiner kürzlich veröffentlichten Einführung in Gramscis Denken auch im Hinblick auf dessen Lebensweg eindrücklich beschreibt.

Gramscis Hegemoniebegriff

Als Mitbegründer der Kommunistischen Partei strebte Gramsci die revolutionäre Umgestaltung Italiens an, musste jedoch erleben, dass unter Mussolini der Faschismus an die Macht kam. Inhaftiert und weitestgehend isoliert von der politischen Kommunikation suchte er in seinen Gefängnisheften nach Antworten, wie im Unterschied zur bolschewistischen Revolution in Russland kommunistische Politik in den westlichen Staaten erfolgreich sein könnte. Angesichts der politischen Situation war Gramsci klar, dass der Sozialismus nicht in naher Zukunft erreichbar und die Verhältnisse auch nicht so leicht zu kippen sein würden, wie sie der sowjetische Regisseur **Sergei Eisenstein** in seinem Film über den Sturm auf den Winterpalast in Petrograd dargestellt hatte. Den großen Unterschied sah Gramsci hierbei in der unterschiedlichen Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen: Während das zerfallende zaristische Russland noch durch einen „Bewegungskrieg" im Sturm zum Einsturz gebracht werden konnte, sei im Westen angesichts anderer Formen politischer Macht ein „Stellungskrieg" in den „Schützengräben" der Zivilgesellschaft erforderlich. Gramsci tarnte unter den Zensurbedingungen der Haft seine Ausführungen oftmals in einer militärischen Sprache. Politische Hegemonie, Vorherrschaft, basiere auf einer „Kombination von Zwang und Konsens". Während eine „Diktatur ohne Hegemonie" Ergebnis einer „passiven Revolution", also einer gewaltsamen Machtergreifung ohne aktive Massenzustimmung sei, erfordere eine aktive Revolution einen „organischen Konsens". Dies meint hier die Fähigkeit einer Klasse, über ihre eigene Beschränktheit hinaus einen klassenübergreifenden Konsens zur gesellschaftlichen Veränderung durch das Erlangen politisch-kultureller Hegemonie herzustellen: „politische Herrschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang", so steht es in einer berühmten Passage der Gefängnishefte. In ihrer Habilitationsschrift über die Staatstheorie des italienischen Marxismus weist die 2020 verstorbene Politikwissenschaftlerin **Karin Priester** auf die besondere Bedeutung des „integralen Staatsbegriffs", der Zusammenfassung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft, bei Gramsci hin: „Die Notwendigkeit, schon vor der Machtergreifung ‚führend' zu sein, d.h. die ideologische, intellektuelle und moralische Führung der Bourgeoisie in Frage zu stellen und ein Bündnissystem führen zu können," so Priester, „ergibt sich aus den Kampfbedingungen der westlichen Länder." Gramsci verweist in seiner Hegemonietheorie auf die Notwendigkeit zur Erlangung der „Vorherrschaft" im „Alltagsverstand", also das Ringen um Einfluss auf die öffentliche Meinung, um Narrative und Deutungen kultureller Traditionen. Er bemüht sich hierbei um die Formulierung einer Theorie der Politik, der Gesellschaft und des Staates unter marxistischen Voraussetzungen — seine Gefängnishefte liefern Lichtblicke und Anknüpfungspunkte für eine Erweiterung marxistischer Theorie unter den Bedingungen verfestigter kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse.

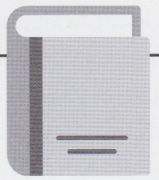
Neo- und Post-Gramscianismus

Gramscis Schriften dienten als eine Art Steinbruch, aus dem sich Linke unterschiedlicher Couleur scheibchenweise zur Weiterentwicklung marxistischer Theorie bedienten. Nicht nur seine Hegemonie-Theorie lieferte dazu Anlass, auch etwa seine Ausführungen zu „Amerikanismus und Fordismus" gelten als wegweisende Ausgangsüberlegungen zum Verständnis historisch-hegemonialer Formen kapitalistischer Regulation. Vor dem Hintergrund der sich damals herausbildenden Taylorisierung erkannte Gramsci im Fordismus das Emporkommen einer neuen Form kapitalistischer Regulationsweise. Taylorismus bezeichnet das Prinzip der Steigerung der Produktion durch Zerlegung in mechanisierte Abschnitte nach einem durch **Frederick Winslow Taylor** entwickelten „Scientific Management" in den Automobilwerken des amerikanischen Industriellen und glühenden Antisemiten **Henry Ford**. Gramscis Ausführungen zu diesen Entwicklungen waren Ansatzpunkte zur Entwicklung neomarxistischer Staatstheorien: Die sogenannte Regulationsschule in Frankreich entwickelte daraus ebenso analytische Werkzeuge zum Verständnis der Funktionsweise kapitalistischer Herrschaft wie hierzulande der Politikwissenschaftler **Joachim Hirsch** in seiner materialistischen Staatstheorie sowie — nach dem Beginn neoliberaler Deregulierung — in seiner Auseinandersetzung mit dem „Postfordismus". Weiterentwicklungen hat ein solcher Ansatz in der Theorie internationaler Beziehungen sowie der Internationalen Politischen Ökonomie durch **Robert W. Cox**, **Steven Gill**, **Hans-Jürgen Bieling** oder **Sonja Buckel** erhalten.
Auch im Feld postmarxistischer poststrukturalistisch geprägter Theorie galt und gilt immer noch Gramsci als Stichwortgeber. Einflussreich war im Kontext der Debatte um Populismus insbesondere die nicht unumstrittene Hegemonie- und Diskurstheorie der Politikwissenschaftler*innen **Ernesto Laclau** und **Chantal Mouffe**: Hier geht es um die Frage der diskursiven Konstituierung von Identitäten durch die Wiederbelebung des Gegensatzes von rechts und links. Die Klassenidentität würde demzufolge in einem diskursiven Akt durch die Wiederbelebung der Auseinandersetzung um Rechts/Links

sowie Oben/Unten geformt. Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie angelehnt an die Ausführungen Gramscis unternahm jüngst auch die Politikwissenschaftlerin und ak-Redakteurin **Lene Kempe**: Sie beleuchtet den oft repressiven, zuschreibenden Charakter von Diskursen um Hegemonie, indem Narrative — etwa „Exportnation Deutschland" — zur Bewältigung ökonomischer Krisen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Zugleich wird dort diskursives Handeln als politische Ressource im Hinblick auf Veränderung untersucht.

Rechte Verballhornung

Die extreme Rechte instrumentalisiert Gramscis Schriften durch pseudointellektuelle Taschenspielertricks: „Intellektuelle Vorherrschaft" ist dort ein Schlagwort zur Aufwertung eigener inhaltlich schlichter Bedeutsamkeit. Die Versuche eines ziegenmelkenden Salonfaschisten, sich mit schlichten Kopierversuchen linker Agitprop-Aktionen ein Denkmal zu setzen, sind genauso billig wie die Inszenierungen des AfD-Bundestagsabgeordneten und Sloterdijk-Schülers **Marc Jongen**, sich als rechter „Parteiphilosoph" zu inszenieren. Um es klar zu sagen: Die Rechte hat in Bezug auf Gramsci nichts zu bieten. Ihr hierbei inhaltliche Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, ermöglicht ihr, inhaltliche Relevanz zu beanspruchen. Die Literaturwissenschaftlerin **Sabine Kebir** verwies deshalb auf die Notwendigkeit einer Offensive linker Kultur- und Wissenschaftspolitik, um die Diskurspiraterie der Rechten wirkungsvoll dekonstruieren und unterbinden zu können. Die Schriften Gramscis liefern hierzu wertvolle Grundlagen.



Tipps zur vertiefenden Lektüre:

Johannes Bellermann: Gramscis politisches Denken. Eine Einführung, Schmetterling Verlag, Reihe theorie.org, Stuttgart 2021, 216 Seiten, 12 €

Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007, 209 Seiten, 29 €

Sabine Kebir: Dekonstruktion von Wackelkandidaten und Diskurspiraten. Gramsci, Brecht und Anverwandlung linker Signifikanten durch rechte Politik, in: Regina Wamper/Helmut Kellershohn/Martin Dietzsch (Hg.): Rechte Diskurspiraten. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Edition DISS, Münster 2010, 288 Seiten, 20 €, S. 54—79

Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag — Ökonomie — Kultur — Politik, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 256 Seiten, antiquarisch (s. auch: http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/KebirKulturkonzeptionGramscis.pdf)

Lene Kempe: Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen. Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2021, 236 Seiten, 26,00 €

Karin Priester: Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1981, 241 Seiten, antiquarisch

Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus, Syndikat Verlag, Frankfurt a.M. 1976, 187 Seiten, antiquarisch

...und natürlich Gramscis gesammelte Gefängnisschriften beim Argument Verlag!

Alle Fotos (S. 55–59): Soja Photography

Von Maximilian Pichl

Das Drama an Polens Grenze

Europas Abschied vom Asylrecht

Vorwort der LOTTA-Redaktion: Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um eine Zweitveröffentlichung eines von Maximilian Pichl in der Ausgabe Januar 2022 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beitrags — mit freundlicher Genehmigung des Autors und der „Blätter". Vor dem Hintergrund der Situation an der polnisch-belarussischen EU-Außengrenze beleuchtet Maximilian Pichl den Zustand des europäischen Asylrechts. Die Quellenhinweise in Form von Fußnoten sind nicht enthalten, können aber online auf der Homepage der „Blätter" (https://www.blaetter.de) nachgelesen werden. Auf den Seiten 56 und 57 findet ihr zudem ein von Britta Kremers geführtes Interview mit einer polnischen No-Border-Aktivistin, die in der Unterstützungsarbeit für die an der polnisch-belarussischen Grenze festsitzenden Geflüchteten engagiert ist.

Im Jahr 2021 feierte die Staatengemeinschaft das 70-jährige Jubiläum der Genfer Flüchtlingskonvention — das bis heute wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz. Die mittlerweile von 149 Staaten unterzeichnete Konvention entstand im Jahr 1951 in Reaktion auf die millionenfachen Fluchtbewegungen in Europa infolge des nationalsozialistischen Terrors, den fehlenden Willen der internationalen Staatengemeinschaft, den europäischen Jüdinnen und Juden Schutz zu gewähren, und die damit zusammenhängende Rechtlosigkeit von Geflüchteten. Heute jedoch wird die Gültigkeit der Konvention ebenso wie ihre Umsetzung in europäisches Recht grundsätzlich infrage gestellt: An den europäischen Außengrenzen werden Schutzsuchende immer öfter brutal abgewiesen, und ihnen wird ein individuelles Asylverfahren verwehrt. Die Eskalation der Situation an der polnisch-belarussischen Grenze im Oktober und November 2021 markiert eine besonders dramatische Episode dieser systematischen Politik der Entrechtung. Schon im

November waren dort laut Zählung der *taz* insgesamt 13 Menschen gestorben. Statt jedoch die humanitäre Notlage zu beenden, sprechen die EU-Mitgliedstaaten von einem „hybriden Krieg", den der belarussische Machthaber **Alexander Lukaschenko** mittels der „Migranten" führen würde. Zwar verfolgt dieser mit dem Durchwinken der Geflüchteten tatsächlich handfeste politische Interessen, nämlich das Ende der EU-Sanktionen gegen sein Land. Die EU wiederum ist angesichts der Tatsache, dass in der Vergangenheit alle Bemühungen einer innereuropäischen Umverteilung von Asylsuchenden gescheitert sind, in dieser Frage leicht erpressbar. Dennoch dient das Bedrohungsszenario von der hybriden Kriegsführung, das angesichts von einigen Tausend schutzsuchenden Geflüchteten an der Grenze gezeichnet wird, den EU-Regierungen vor allem als Rechtfertigung, um sich ihrer rechtsstaatlichen Verantwortung zu entledigen.

Rechtliche Betrachtung

Rechtlich betrachtet ist die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze eigentlich recht einfach zu bewerten: Pushbacks — also die Zurückweisung von schutzsuchenden Menschen an der Grenze ohne ein individuelles Verfahren — sind nach Europa- und Völkerrecht verboten. An dieser Rechtslage ändert auch das neue polnische Gesetz vom Oktober 2021 nichts, demzufolge die Grenzschutzkommandeure Geflüchtete umge-

Das Interview führte Britta Kremers

„Bis alle in Sicherheit sind!"

Interview mit einer polnischen No-Border-Aktivistin

Seit dem Sommer 2021 ist die EU-Außengrenze zwischen Polen und Belarus zu einer Falle für Geflüchtete geworden. Auf der polnischen Seite hat die Regierung das Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt, die von Auswärtigen nicht betreten werden darf, auch nicht von Journalist*innen und Hilfsorganisationen. Wir sprachen mit Angie, die in der No-Border-Bewegung und der Unterstützung von geflüchteten Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze aktiv ist.

Magst du dich und deine Gruppe kurz vorstellen? Was ist euer Anliegen und wie sieht eure Arbeit aus?

Wir sind Aktivisten und Aktivistinnen, die an der polnisch-belarussischen Grenze arbeiten. Wir sind eine der No-Border-Gruppen, aber eigentlich arbeiten hier alle zusammen. Formelle Gruppen mit informellen Gruppen und Einzelpersonen. Unsere Arbeit besteht hauptsächlich darin, humanitäre Hilfe und Unterstützung bei der Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten zu leisten. Da diese Situation für uns neu ist und wir noch nicht viel Erfahrung mit der No-Border-Bewegung in Polen haben, sind wir noch dabei, Strukturen aufzubauen und Aktionsformen zu entwickeln. Dabei übernehmen wir viele Aufgaben gleichzeitig. Einige von uns erledigen eher häusliche Dinge wie die Zubereitung von Lebensmitteln, die Bestellung und das Packen von Notfallsets. Andere organisieren Sammlungen, übersetzen oder kümmern sich um Logistik und Kommunikation.

Wie ist die aktuelle Situation der Geflüchteten im Grenzgebiet?

Wir haben derzeit etwas weniger Andrang an der Grenze. Aber die Situation ist immer noch schwierig. Die Temperaturen sind niedrig, und es schneit oder regnet häufig. Auch das Gelände ist nicht einfach: Podlasie besteht größtenteils aus Wald, sumpfigem Gelände und ist schwer zugänglich. Die Ausgabe von warmer Suppe und Kleidung hält die Menschen am Leben. Die Menschen sind oft erschöpft vom wochenlangen Herumirren im Wald, bei sehr kalten Temperaturen und ohne ausreichende Nahrung und Getränke. Die meisten von ihnen haben mehrfach Pushbacks erfahren. Sowohl auf der belarussischen Seite der Grenze als auch auf der polnischen Seite erleben die Menschen Gewalt durch Armee und Polizei. Ihre Telefone werden absichtlich zerstört. Wir wissen, dass auf der belarussischen Seite Soldaten den Migrantinnen und Migranten Wasser, Lebensmittel, Zigaretten oder die Möglichkeit, ihre Handys aufzuladen, zu absurd hohen Preisen anbieten und so an den Geflüchteten verdienen. Zum Beispiel wird Wasser in

hend des Landes verweisen dürfen. Denn Polen ist als EU-Mitgliedstaat an das höherrangige europäische Recht gebunden und kann diese Verpflichtungen nicht durch nationale Regelungen umgehen. Auch das höchst umstrittene Urteil des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* (EGMR) zu Zurückweisungen an der spanisch-marokkanischen Grenze aus dem Februar 2020 bietet der polnischen Regierung keinen Freifahrtschein: Laut dem EGMR dürften Zurückweisungen nur erfolgen, wenn die betroffenen Personen die Grenze gewaltsam und in einer großen Gruppe überwinden wollen und sie zugleich legale Zugangswege meiden. Aber Polen hat gerade keine Möglichkeit für Schutzsuchende geschaffen, legal an der Grenze einen Asylantrag zu stellen.

Für die Geflüchteten an der Grenze hat diese Rechtslage jedoch in der Praxis kaum einen Wert. Polen hat den Grenzraum militärisch abgesichert, und die polnische Asylpraxis ist von enormer Willkür geprägt, wie die Rechtsanwältin **Marta Górczynska** berichtet. Auch Journalisten und Menschenrechtsbeobachtern wird kein Zugang in die Grenzregion gestattet. Doch ohne eine Dokumentation der Vorfälle lassen sich Pushbacks vor Gericht nur schwer beweisen. Aufgrund der rigiden Kontrollen wird den Geflüchteten zugleich der Zugang zu Rechtsberatung und -vertretung verwehrt. Damit aber fehlt ihnen eine wichtige Voraus-

Flaschen für 100 Dollar verkauft. Es gibt auch Hinweise auf Menschen- und Organhandel. Ein zusätzliches Problem sind die von der belarussischen Regierung verbreiteten Fehlinformationen, die die Öffnung der Grenze oder die Rückkehr aller, die dies wünschen, versprechen. In der Praxis wissen wir, dass die Menschen an der Grenze festsitzen und oft nicht einmal die Möglichkeit haben, nach Minsk zurückzukehren. Wir haben auch von Wechselstuben gehört, die Falschgeld verkauften, wodurch die Menschen alles verloren haben, was sie bei sich hatten.

Welche Möglichkeiten habt ihr überhaupt, den Menschen zu helfen, und mit welchen Gefahren ist das verbunden? Wart ihr bereits staatlicher Repression oder gar Angriffen ausgesetzt?

Da es an der polnischen Grenze eine Sperrzone gibt, was bedeutet, dass Hilfsorganisationen bei Strafe nicht hineingelassen werden, wird die gesamte Last der Unterstützung in dieser Region auf die Bewohnerinnen und Bewohner abgewälzt. Außerdem wird die Unterstützung der Geflüchteten von den Behörden durch die Einrichtung von Kontrollpunkten auf den Straßen erschwert. Es wird gefragt, wohin man fährt, die Autos werden kontrolliert, wodurch Zeit verloren geht. Das Risiko, strafrechtlich verfolgt zu werden, ist groß. Es gab bereits Verhaftungen wegen Hilfeleistungen, die meisten endeten mit Geldstrafen und unbegründeter Inhaftierung auf der Polizeiwache. In einem der Stützpunkte der Aktivist*innen gab es eine Polizeirazzia, bei der die gesamte Ausrüstung beschlagnahmt und alle Anwesenden verhört wurden.

Wie reagieren die Menschen, die in Grenznähe leben? Gibt es von dort auch Unterstützung?

Das ist schwer zu sagen, denn wie überall sind die Menschen völlig unterschiedlich. Podlasie ist eine recht konservative Region, so dass wir auch mit Nationalisten zu tun hatten. Es gab auch eine Situation, in der Nazis Migrantinnen und Migranten geschlagen und ausgeraubt haben. Andererseits wird ein großer Teil der Hilfe von den Anwohnerinnen und Anwohnern selbst organisiert. Ohne ihre Arbeit wäre das, was jetzt geschieht, nicht möglich. Einige der Älteren in der Region erinnern sich noch an die Zeit, als sie den Juden und Jüdinnen auf ähnliche Weise halfen.

Welche Möglichkeiten gibt es, eure Arbeit von Deutschland aus zu supporten?

Wir bekommen bereits viel Unterstützung aus Deutschland. Was trivial ist, aber sehr notwendig, ist natürlich die Beschaffung von Geld. Darüber hinaus versuchen wir, viele Gruppen und Organisationen in die Verbreitung von Informationen, die Organisation von Übersetzungen und juristischer, aber auch materieller Unterstützung in Form von Kleidung, Telefonen und so weiter einzubeziehen.

Möchtest du abschließend noch etwas sagen, was dir wichtig ist?

Wir werden versuchen, diese Unterstützungsarbeit so lange zu leisten, bis alle in Sicherheit sind!

Vielen Dank für das Interview.

Anmerkung der LOTTA-Redaktion:

Kontaktieren könnt ihr die Unterstützer*innen unter der E-Mail-Adresse grenzehilfe@riseup.net. Wenn ihr etwas spenden möchtet, könnt ihr hier auch erfahren, welches Konto ihr dafür nutzen könnt.

setzung, um ihre Rechte vor Gericht einklagen zu können.

Die Verantwortung der EU

Dass an der Grenze eine „Black Box" errichtet wird, ist jedoch keine polnische Besonderheit: Die Innenminister der EU versuchen seit langem, die Anwendung des geltenden Rechts zu umgehen, sei es an der griechischen, der italienischen oder der spanischen Grenze. Dahinter steht das Kalkül, die Durchsetzung des Rechts so schwer wie nur möglich zu gestalten. Dass die polnische Regierung für ihre Abriegelung der Grenze — geplant ist unter anderem eine 5,5 Meter hohe und 140 Kilometer lange Stahlbarriere — Beifall und Solidaritätsbekundungen aus vielen EU-Mitgliedstaaten und auch von führenden deutschen Politikern erhalten hat, trägt zur Unterstützung dieser Politik der Entrechtung bei.

Was an der polnischen Grenze passiert, liegt in mehrfacher Hinsicht in der Verantwortung der *Europäischen Union*. Die EU-Kommission und viele Mitgliedstaaten betrachten die visafreie Einreise von Geflüchteten über den Flughafen von Minsk als den Versuch, die EU zu erpressen. Doch wenn sich die EU in einer Lage befindet, in der sie durch autoritäre Machthaber auf diese Weise unter Druck gesetzt werden kann, so hat sie das selbst zu verantworten. Seit mehr als dreißig Jahren werden schrittweise alle legalen Fluchtwege in die EU, ob zu Land, per Flugzeug, über das Mittelmeer oder per direkter Aufnahme aus dem Ausland, versperrt. Schutzsuchende werden so regelrecht dazu gezwungen, illegale Wege zu beschreiten.

Verantwortungslos handelt die EU auch in ihrem Umgang mit der polnischen Regierung. Die EU-Kommission ist die „Hüterin der Verträge" und müsste auch das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta kodifizierte individuelle Asylrecht verteidigen. Vorrangig sicherte die Kommission der polnischen Regierung jedoch eine solidarische Unterstützung bei der Grenzabwehr zu. Auf einem Treffen Mitte November verständigten sich die EU-Außenminister zudem darauf, mit den Herkunftsländern der Geflüchteten Vereinbarungen zu ihrer Rückkehr zu treffen, ohne vorher ihre Asylgesuche anzuhören. Ein fundamentales Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention, das in Artikel 33 verankerte Prinzip der Nichtzurückweisung in eine Situation der unmenschlichen Behandlung, ist mit dieser Entscheidung faktisch umgangen worden.

Der ehemalige deutsche Außenminister **Heiko Maas** (SPD) verteidigte diese Linie nach dem Treffen der EU-Außenminister in den „Tagesthemen": Den polnischen Zaunbau bezeichnete er darin zwar als nicht „schön", aber man müsse schließlich Bedingungen für eine geordnete Migration schaffen. Den Hinweis der Moderation, dass jeder Mensch ein Recht darauf habe, einen Asylantrag zu stellen, wehrte er mit der angeblich fehlenden „Aufnahmebereitschaft" in Europa ab und behauptete außerdem, bei den Menschen an der Grenze handele es sich nicht um „politische Flüchtlinge". Damit stellte der deutsche Außenminister das Prinzip des Rechtsstaates auf den Kopf: Denn ob jemand verfolgt ist, kann erst nach einem individuellen Verfahren festgestellt werden.

Große Teile der EU dulden den Zaunbau und illegale Pushbacks oder unterstützen das gar aktiv, weil sie eine problematische Analyse teilen. Demnach könnten autoritäre Parteien wie die AfD oder der französische *Rassemblement National* aus der Aufnahme von Geflüchteten politisches Kapital schlagen. Eine harte Migrationspolitik hingegen würde zugleich die politischen Freiheiten, darunter die Binnenfreizügigkeit, innerhalb der EU verteidigen. Doch diese These ist angesichts der tatsächlichen Konsequenzen des brutalen Grenzregimes nicht haltbar.

Gerade die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze demonstriert eindrücklich, dass der Abbau von Rechtsstaatlichkeit an den EU-Außengrenzen mit einem Abbau von Rechtsstaatlichkeit und der Beschneidung von Bürgerrechten im Innern einhergeht. Denn die Verweigerung einer unabhängigen Presseberichterstattung aus der Grenzregion verhindert nicht nur, dass Geflüchtete ihre Rechte wahrnehmen können, sondern berührt auch die Bürger- und Menschenrechte europäischer Journalisten. Ohnehin geht die polnische PiS-Regierung, die aktiv an einer Entmachtung der unabhängigen Justiz und einer Einschüchterung der Zivilgesellschaft arbeitet, gestärkt aus diesem „Grenzspektakel" hervor. Noch Mitte des Jahres 2021 hatte die EU-Kommission den Mechanismus zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gegenüber Polen verschärft und der *Europäische Gerichtshof* Strafsanktionen verhängt. Nun aber sieht sich die rechtskonservative Regierung durch die Unterstützung bei der

Grenzabschottung in ihrem repressiven Kurs bestätigt. Ähnliches lässt sich in Ungarn beobachten: Seit 2015 hat die Regierung von **Viktor Orbán** systematisch die Arbeit von ungarischen Menschenrechts- und Anwaltsorganisationen erschwert und kriminalisiert. Obgleich der *Europäische Gerichtshof* im November 2021 das sogenannte „Stop Soros"-Gesetzespaket für europarechtswidrig erklärte, mit dem die Regierung Anwälten von Geflüchteten sogar mit Gefängnisstrafen drohte, lenkt Budapest nicht ein. Zugeständnisse in der Flüchtlingsfrage an nationalistische Kräfte tragen daher nicht zur Stabilisierung der europäischen Rechtsgemeinschaft bei, sondern erweitern stattdessen die Handlungsspielräume für autoritäre Politik.

Die Politik der Zäune

Anfang Oktober 2021 schrieben acht osteuropäische Innenminister und ihre Amtskollegen aus Österreich, Dänemark und Griechenland einen Brief an die EU-Kommission. Sie sprachen sich darin für einen stärkeren Grenzschutz aus, der auch die Errichtung „physischer Barrieren" umfassen soll. Dabei ist diese längst in vollem Gange: Insgesamt 18 Zäune stehen aktuell an den europäischen Außengrenzen, 14 davon haben die EU-Mitgliedstaaten erst seit 2015 errichtet. Laut einer Stellungnahme des juristischen Diensts des *Europäischen Rates* ist es sogar möglich, „physische Infrastrukturen" zum Grenzschutz aus EU-Mitteln zu finanzieren. Folgt die europäische Politik fortan dieser Auffassung, gegen die sich die EU-Kommission bislang positionierte, könnte neben die bisherige europäisch koordinierte Politik der Lager nun also eine Politik der Zäune treten. Damit aber stehen das europäische Asylrecht beziehungsweise der Zugang von Schutzsuchenden zum europäischen Rechtsraum grundsätzlich zur Disposition. Auf EU-Ebene treibt die Kommission ihren „New Pact on Migration and Asylum" voran, der die Auslagerung der Flüchtlingsaufnahme an die Außengrenzen fortsetzen wird. Gewaltsame Pushbacks werden dabei von den Innenministerien teilweise sogar offensiv verteidigt. Die Rede von „hybriden Kriegen" legitimiert eine solche Politik: Wer sich nicht mit Menschen, sondern mit „menschlichen Waffen" konfrontiert sieht, greift auch schneller zu gewaltsamen Mitteln.

Die Ampel-Koalition bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zwar dazu, „die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen" zu beenden. Auf welche Weise dies geschehen soll, bleibt jedoch unklar. Erwähnt wird nur der unkonkrete Vorschlag, „rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten im Rahmen des Europa- und Völkerrechts" zu schließen, möglicherweise nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals. Einen solchen Vorschlag hatten bereits einige SPD-Politiker zur Entschärfung der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze ins Spiel gebracht. Sie fassten die Ukraine als Aufnahmeland ins Auge, hatten jedoch offenbar vorher nicht mit Kiew gesprochen. **Andrij Melnyk**, der ukrainische Botschafter in Deutschland, konterte den Vorschlag auf *Twitter* denn auch mit den Worten: „Diesem zynischen Angebot, die Ukraine zum Abstellgleis für Migranten zu machen, hat Kyjiw bereits eine sehr klare Absage erteilt. Das einzige Angebot aus Brüssel und Berlin, das wir annehmen werden, ist die EU-Mitgliedschaft. Dann reden wir über Solidarität. Punkt." Die Externalisierungspolitik der EU, also das Auslagern der asylpolitischen Verantwortung auf Drittstaaten, stößt offenbar an ihre Grenzen.

Gegen jede Abschottungslogik

Die politische und rechtsstaatliche Antwort auf die aktuelle Krise an der polnisch-belarussischen Grenze ist eigentlich einfach: Würde man sich an europäisches und internationales Recht halten, dürfte man die Geflüchteten an der Grenze nicht abweisen. Vielmehr müsste man sie in Europa aufnehmen, ihnen Rechtsbeistände zur Verfügung stellen und ihre Asylgesuche rechtsstaatlich prüfen. Die Bundesregierung könnte sogar — wie auch im Sommer 2015 — auf dem Wege des humanitären Selbsteintrittsrechts nach der Dublin-III-Verordnung die Asylverfahren der Betroffenen übernehmen. Damit würde nicht zuletzt auch Lukaschenko sein wichtigstes Druckmittel genommen. Doch diese rechtsstaatlichen Selbstverständlichkeiten zählen nicht mehr. Deswegen bietet die reine Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit keine hinreichende Lösung der aktuellen humanitären Krise an den europäischen Außengrenzen. Es bedarf vielmehr einer politischen Gegenbewegung, die sich der Abschottungslogik in Europa offensiv entgegenstellt.

Von Alexander Häusler

Faschisierung des Subjekts

Emanuel Kapfinger entwickelt eine Theorie der Faschisierung des Subjekts anhand der Auseinandersetzung mit dem Philosophen **Martin Heidegger**. Hierbei wird nicht bloß, wie schon oft publiziert, das Wirken des Philosophen in der NS-Zeit kritisch aufgegriffen, sondern der Autor weist Heideggers faschistische Kontaminierung anhand von dessen Ausführungen über die „Freiheit zum Tode" nach: Die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität in gesellschaftlichen Krisensituationen führt beim faschistischen Subjekt zur Bejahung der Bedrohung durch die Verneinung der eigenen Subjektivität („Liquidierung der eigenen Identität") mittels der Unterordnung unter die — sowie das Kämpfen für die — Volksgemeinschaft. Kapfingers Auseinandersetzungen mit der „faschistischen Philosophie" fußen auf freudomarxistischen Ansätzen, auf frühen Schriften von **Wilhelm Reich** und der Kritischen Theorie (hier besonders von **Erich Fromm**). Zwar steht die Auseinandersetzung mit Heidegger im Zentrum, doch der Autor liefert darüber hinaus wertvolle Anregungen zur Entwicklung eines allgemeinen — und damit auch auf die heutige Zeit anwendbaren — Modells zur Erklärung von Faschisierungsprozessen. Zur Differenzierung zwischen einem autoritätsgebundenen Charakter und einem faschistischen Subjekt verweist er auf die Autoritarismusstudien der Kritischen Theorie, die er nicht für dienlich hält zur Erklärung einer faschistischen Persönlichkeit, da sie eben nicht den Faschismus, sondern die autoritäre Charakterstruktur analysierten. Kapfingers Unterscheidung hat folgenschwere Konsequenzen für die Kennzeichnung extrem rechter Gruppen. So fordert er die grundsätzliche Unterscheidung zwischen einem autoritären völkischen Nationalismus und einem Faschismus und illustriert diesen Unterschied am Beispiel des Röhm-Putsches: Während die SA unter **Ernst Röhm** einen autoritär-völkisch-nationalistischen Kurs verfolgt habe, sei die Ermordung ihrer Führungsriege durch Hitler Ausdruck eines originär faschistischen Vernichtungswillens gewesen — die SA war demnach noch gar nicht faschistisch? Kapfinger überträgt seine Unterscheidung auch auf die heutige Zeit in Form einer Gegenüberstellung von AfD, *Pegida* und Querdenker*innen einerseits und dem faschistischen Rechtsterrorismus anderseits. Kern des Faschismus sei laut Autor der Vernichtungswille, der im autoritären Charakter nicht notwendigerweise zum Ausdruck komme. Hier wird ein Problem absolut gesetzter analytischer Grenzziehungen in Kapfingers Faschismusdefinition deutlich: Historisch wie aktuell nachweisbare reale und zum Teil fließende Übergänge von rechten autoritär-völkisch-nationalistischen Akteur*innen hin zu faschistischen Gewalt- und Vernichtungsoptionen lassen sich durch solche argumentativen Abgrenzungen nicht mehr erkennen und verstehen. Zwar relativiert der Autor im Schlussteil seine Abgrenzungen innerhalb der radikalen Rechten, was jedoch das Grundproblem seiner Argumentation nicht grundsätzlich aufhebt. Trotz dieser fragwürdigen Deutungen liefert das Buch in vielerlei Hinsicht äußerst anregende Denkansätze und Hintergrundinformationen: Kapfinger gibt wertvolle Anstöße zur erneuten und vertiefenden Auseinandersetzung mit freudomarxistischer Faschismusdeutung sowie zur Hinterfragung oft rezitierter Interpretationen der Autoritarismusstudien und der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer und Adorno. Zudem liefert der Autor aus marxistischer Sicht anregende Überlegungen zum Zusammenhang von gesellschaftlich-ökonomischer Krise und der Herausbildung faschistischer Subjekte, indem er die „Idee des Subjekts als einer historisch spezifischen Form des Menschen unter bürgerlich-kapitalistischen Lebensbedingungen" in das Zentrum seiner Gedanken zu rücken versucht. Kapfingers Buch ist anregend und verdient eine intensive Lektüre sowie eine breite Diskussion.

Emanuel Kapfinger
Die Faschisierung des Subjekts. Über die Theorie des autoritären Charakters und Heideggers Philosophie des Todes.
Mandelbaum Verlag,
Wien/Berlin 2021
231 Seiten, 24 Euro

Von Fanny Schneider

Auf den Spuren von Julius Hirsch

Eine Broschüre der Kulturstiftung des DFB erzählt von Fußball-Pionier **Julius Hirsch** und von den Menschen, die wie er im März 1943 in das Konzentrations- und Mordlager Auschwitz verschleppt wurden. Im März 2018 besuchten Fußballfans, Aktive aus den DFB-Vereinen und in Fanprojekten die Gedenkstätte „Auschwitz". 75 Jahre nach seiner Deportation und Ermordung widmeten sie sich der Lebensgeschichte von Julius Hirsch: geboren am 7. April 1892, Kaufmann und populärer Linksaußen-Stürmer des *Karlsruher Fußball-Vereins* und der *Spielvereinigung Fürth*, ab 1911 Spieler in der Nationalmannschaft. Als Jude 1933 ausgeschlossen aus der Sportwelt, in Zwangsarbeit erniedrigt und ausgebeutet, verschleppt im März 1943, ermordet in Auschwitz.

Ein siebenköpfiges Redaktionsteam hat Konzept und Materialien dieses Gedenkstättenworkshops nun dokumentiert und damit die Möglichkeit eröffnet, sich der Spurensuche von 2018 gewissermaßen nachträglich anzuschließen. Die Autor:innen richten ihr Augenmerk auf die Geschichte der „Fabrikaktion" vom Frühjahr 1943: der massenhaften, reichsweiten Verschleppung von jüdischen Zwangsarbeiter:innen in das Konzentrations- und Mordlager Auschwitz. Dabei folgt der Band dem Weg eines der Deportationszüge: Aus Stuttgart, Karlsruhe und Trier, aus Düsseldorf und Essen, aus Dortmund, Paderborn und Bielefeld, Hannover und Dresden verschleppten die Nazis am 1. März 1943 über 1.500 Menschen — unter ihnen Julius Hirsch. Wie Hirsch wurden die meisten von ihnen unmittelbar nach ihrer Ankunft am 4. März 1943 in Auschwitz-Birkenau ermordet.

In dreizehn eindrücklichen Porträts, flankiert von Zeitzeugnissen, von Überlebenden- und Augenzeug:innenberichten und Dokumenten fügt die Broschüre Perspektiven zusammen: Sie erzählt von einem Ausschnitt der Geschichte der Shoah und lässt uns zugleich erfahren, dass es wichtig ist, Opfer und Überlebende in ihrer Geschichte als Lebende, als Menschen mit Berufen und Freundschaften, mit Familien und Liebesgeschichten, mit Musik und Sport, mit Weltlichkeit und Religiosität zu erinnern.

DFB-Kulturstiftung (Hg.):
Auf den Spuren von Julius Hirsch. Die Deportation nach Auschwitz im März 1943
Frankfurt am Main 2021, 94 Seiten,
kostenlos zu bestellen oder als Download unter: www.dfb.de/dfb-Kulturstiftung/publikationen/auf-den-spuren-von-julius-hirsch/

Von Johannes Hartwig

Rote Bergsteiger

Zwischen 1933 und 1935 waren in den Grenzregionen der Sächsischen Schweiz und des Osterzgebirges zur Tschechoslowakei mehrere Gruppen aus dem Bergsportmilieu im antifaschistischen Widerstand aktiv. Sie schmuggelten illegale Literatur und Flugblätter aus der Tschechoslowakei ins deutsche Reich und führten in die andere Richtung von den Nazis verfolgte Personen auf der Flucht über die Grenze. 2009 veröffentlichte das *Alternative Kultur- und Bildungszentrum e.V.* (AKuBiZ e.V.) aus Pirna zusammen mit dem Dresdener Bergsport-Historiker **Joachim Schindler** das Büchlein „Rote Bergsteiger. Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge", in dem die Aktivitäten, Personen und Gruppen des antifaschistischen Widerstandes aus dem Bergsportmilieu dargestellt werden. Ende 2021 erschien nun eine zweite erweiterte Auflage mit verändertem Titel. Neu sind unter anderem die Kapitel über die Bergsteigerinnen **Elisabeth, Käthe** und **Margarete Hempel** sowie die jüdische Bergsteigerin **Ilse Frischmann**, über das Schicksal von **Helene Kirsch** und **Hans Dankner** und über den tragischen Tod des Bergsteigers **Josef Prautsch**. Ergänzt wurde auch ein Kapitel zu den Fluchtwegen im Elbsandsteingebirge und über den Erzgebirgskamm. Der Abschnitt über eines der „frühen" Konzentrationslager in der Sächsischen Schweiz auf der Burg Hohenstein ist in der Neuauflage zudem deutlich ausführlicher als in der Erstauflage ausgefallen. Joachim Schindler und das AKuBiZ beleuchten mit der Publikation einen heute fast vergessenen Teil des Widerstandes gegen den NS und leisten damit einen wichtigen Beitrag für eine antifaschistische Geschichtspolitik und Erinnerungskultur.

Joachim Schindler
Rote Bergsteiger. Ihre Spuren in der Sächsischen Schweiz und im Osterzgebirge.
Alternatives Kultur- und Bildungszentrum e.V. (AKuBiZ e.V.),
Pirna 2021, 144 Seiten, 10 Euro

Das Buch kann zzgl. Versandkosten unter kontakt@akubiz.de bestellt werden.

ARBEIT ▪ BEWEGUNG ▪ GESCHICHTE
ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1. 1. 2022: 39 € (49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

NEUERSCHEINUNG

Carl Kinsky
Proud Boys
Trumpismus und der Aufstieg ultranationalistischer Bruderschaften
88 Seiten | 7.80 Euro | 978-3-89771-150-1

Extrem rechte Bruderschaften – neue Formen nationalistischer Mobilisierung – nicht nur in den USA

Wie keine andere Gruppe stehen die ›Proud Boys‹ seit dem ›Sturm auf das Kapitol‹ für den Erfolg extrem rechter Mobilisierungen und die damit einhergehende Zunahme von rassistischer und antiemanzipatorischer Gewalt im Zuge des Aufstiegs des ›Trumpismus‹. Aber auch außerhalb der USA machen ›Proud Boys‹ auf sich aufmerksam, im Februar stufte die kanadische Regierung die Bruderschaft als ›terroristische Vereinigung‹ ein und auch in der BRD tauchte ein Ableger im Netz auf.

***UNRAST* Verlag**
www.unrast-verlag.de

Anschrift	Öffnungszeiten	Kontakt
Aachener Straße 1 40223 Düsseldorf	*Montag bis Freitag* 9.30 bis 18.30 Uhr	*Homepage* www.bibabuze.de
	Samstag 9.30 bis 16.00 Uhr	*E- Mail* Info@bibabuze.de

HIER ERHÄLTLICH: LOTTA ANTIFA INFOBLATT DER RECHTE RAND!

LITERATUR & POLITIK
BiBaBuZe
BUCHHANDLUNG GMBH

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 19 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 30 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf*innen und den Autor*innen. Nicht in allen Fällen können die Urheber*innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der*dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Dienstag im Monat

INPUT

PROGRAMM FEBRUAR BIS MAI 2022

Di., 22. Februar 2022, 19:30 Uhr, Düsseldorf
Die AfD in NRW vor dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde? Eine Bestandsaufnahme mit Blick auf die Landtagswahlen im Mai 2022. Referent: Rainer Roeser (Freier Journalist).

Di., 29. März 2022, 19:30 Uhr, Düsseldorf
Neue Player, neue Formen: Aktuelle Entwicklungen in der Pandemieleugner*innen- und Impfgegner*innen-Bewegung am Beispiel Düsseldorfs. Referent*in: ReGA Düsseldorf.

Di., 26. April 2022, 19:30 Uhr, Düsseldorf
Elitär, männerbündisch und extrem rechts: Die „Deutsche Burschenschaft" und die Düsseldorfer „Rhenania Salingia" unter der Lupe. Referentin: Sonja Brasch (ZDM, Marburg).
In Kooperation mit dem Referat gegen Faschismus des AStA der HHU.

Di., 31. Mai 2022, 19:30 Uhr, Düsseldorf
Victor Orbán und Ungarn als Vorbild: Zur zunehmenden Orbánisierung in der EU.
Referent: Jörg Kronauer (Freier Journalist, London).

Die Örtlichkeit, Veranstaltungsform (Online, Hybrid, Präsenz) sowie Coronaschutz-Regeln werden drei Wochen vor der jeweiligen Veranstaltung auf Instagram (input_duesseldorf) und Facebook (input-antifaschistischer-themenabend) bekanntgegeben.

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf

Anzeige

Veranstaltet vom Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten (NRW)

Gedenkstättenfahrten

Stigmatisierung, Entmenschlichung,
Täuschung und Vernichtung,
Widerstand und Selbstbehauptung,
Erinnern und Gedenken

Kontakt für nähere Infos
ak-gedenk@gmx.net
01520 / 849 4450

2022

Hessen, 24. April 2022:
Gedenkstätte Hadamar für die Opfer der NS-„Euthanasie"-Verbrechen.
Seminartag zur Vorbereitung: 23. April.

Brandenburg, 7.–10. Juli 2022:
Gedenkstätte Frauen-KZ Ravensbrück/ Gedenkort Jugend-KZ für Mädchen und junge Frauen Uckermark.
Seminartag zur Vorbereitung: 11. Juni.

Tschechien, 20.–24. Juli 2022:
Prag — Lety — Lidice – Terezín/Theresienstadt.
Seminartage zur Vorbereitung: 25. und 26. Juni.

Ostpolen, 5.–11. September 2022:
Warschau — Lublin — Izbica — Bełżec — Sobibór — Treblinka — Warschau.
Seminartag zur Vorbereitung: 30. Juli.